Nordirland — Kampf gegen die britischen Besatzer S. 13

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 36 vom 10. September 1982 16. Jahrgang 1 DM



AEG-Arbeiter kampfbereit! – Am Mittwoch vergangener Woche gingen in Westberlin während der Arbeitszeit mehr als 2000 AEG-Beschäftigte, vor allem aus dem Werk Brunnenstraße, auf die Straße. Die Streikenden forderten den Erhalt der bedrohten Arbeitsplätze bei AEG und die Zurücknahme der geplanten Stillegung des Werkes Brunnenstraße mit seinen fast 3000 Arbeitsplätzen. Im Anschluß an die Demonstration beteiligten sich auf Initiative des Aktionskomitees der Belegschaft im Werk Brunnenstraße etwa 400 Kollegen an einer Streikversammlung, um über die Weiterführung des Kampfes zu beraten (näheres darüber in einem ausführlichen Bericht auf Seite 5).

Nach zwei Jahren Militärjunta:

Folterkammer Türkei!

Am 12. September ist es zwei Jahre her, daß die faschistischen Generale in der Türkei mit ihrem Putsch die Macht an sich rissen. In diesen zwei Jahren wurde es immer deutlicher, trotz aller Lügenpropaganda, daß sie das Land in eine Folterkammer verwandelt haben. Über 100 000 politische Häftlinge, Tausende von Folteropfern, keinerlei politische Rechte für die Bevölkerung — so sieht es auf der einen Seite aus. Auf der anderen: Arbeitslosigkeit, Inflation und Not. Mit Bonner Hilfe stürzen Evren und seine Kumpane die Türkei ins Chaos.

Nicht zu Unrecht wurde General Kenan Evren, Chef der Militärjunta, der Pinochet Europas genannt. Von der NATO unterstützt und ermutigt, von der Bonner Regierung bezahlt, hat er das Land in ein Zuchthaus verwandelt. Seine Folterknechte versuchen jedem, der anders denkt, den Willen zum Widerstand zu brechen, die Militärrichter fällen im Akkord Urteile in Massenprozessen.

„Nachts, wenn die Soldaten kommen", schrieb vor kurzem eine westdeutsche Illustrierte — gemeint war, daß dann der nackte Terror herrscht. Der internationale Druck auf die Partner und Geldgeber der türkischen Generale hat jetzt dahin geführt, daß eine angebliche demokratische Verfassung zur Volksabstimmung vorgelegt werden soll. Um die „Wahlberechtigten" zu zählen, bekam ein ganzes Volk Ausgehverbot — man kann sich vorstellen, wie diese sogenannten Wahlen dann erst ablaufen werden. Wobei über eine Verfassung abgestimmt wird, die am Wesen der Militärdiktatur nichts ändern würde, da der Militärrat sich die Entscheidung über die wichtigsten Angelegenheiten vorbehält.

Diese Verfassung, rechtzeitig zum zweiten Jahrestag des Putsches veröffentlicht, ist eine Farce, die der Öffentlichkeit vorspielen soll, man sei in der Türkei auf dem Wege zu einer parlamentarischen Demokratie. So will vor allem die Bundesregierung, seit dem Putsch wichtigster Geldgeber der türkischen Militärdiktatoren, ihr Gesicht wahren, will sie hier sagen können, man habe Evren und seine Leute zur Demokratie gezwungen.

Und währenddessen wird weitergefoltert, werden Menschen getötet oder verstümmelt, weil sie eine eigene politische Meinung hatten, weil sie mehr Lohn wollten oder wegen einer Kleinigkeit, oder auch, weil einer der Folterknechte eine persönliche Abrechnung vorhatte. Keine Gewerkschaften, keine politischen Parteien, keine unzensierte Presse und Medien, alles dies macht das heutige politische System in der Türkei aus. Ganze Völker die es nicht geben darf, wie die Kurden, die schon bestraft werden, wenn sie sagen, sie seien Kurden. Und nicht nur sie: Auch ein deutscher Reiseleiter wurde kürzlich verhaftet, weil er seiner Reisegesellschaft sagte, man fahre jetzt durch kurdisches Gebiet. Das wird nicht nur hingenommen: Man unterstützt die Hetzjagd Evrens auf politische und nationale Opposition auch durch Auslieferungsverfahren, von denen die türkische Regierung Tausende an Bonn gestellt hat.

Die Folterkammer Türkei wird von der Bundesrepublik bezahlt und ihr werden auch noch Opfer in den Rachen geworfen. Das muß sich ändern! **Weg mit der faschistischen Militärjunta! Schluß mit der Türkei-Hilfe — in jeder Form!**

Tauziehen um Mieterhöhungen

Ein einschlägiges Bild gab es beim Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat über die Mietrechtsänderungen: Streit! Natürlich nur darum, um wieviel die Mieten erhöht werden sollen. Um die Einführung der Staffelmiete ging es, genau gesagt. Die Regierung will sie nur für Neubauten anwenden, die CDU/CSU für alle Häuser. Das soll heißen: Der Vermieter darf die Mieterhöhungen für die nächsten Jahre festlegen.

Die SPD machte sich dafür stark, weil angeblich nur so mehr gebaut werden würde —, wenn es sich „wieder rentiert". Die armen Bauherren hätten eben bisher eine zu kleine Rendite gehabt, also hätten sie ihr Kapital anderswo angelegt. Damit ist natürlich nicht derjenige gemeint, der auf ein eigenes Häuschen spart. Sondern die Versicherungen, die großen Konzerne und Anlegegesellschaften, sowie die Großspekulanten, denen zusammen der meiste Hausbesitz in der Bundesrepublik gehört. IG-Bau-Chef Sperner ging dabei sogar so weit, zu fordern, alle Bestimmungen, die Steuerersparnis erlauben, müßten unbedingt beibehalten werden, sonst wären Arbeitsplätze in Gefahr. Der Bauarbeiter also als Grund für Mieterhöhungen.

Die Unions-Parteien sind da ehrlicher: Sie fordern einfach die Möglichkeit für ihre im Haus- und Grundeigentümerverein organisierten Klienten, die Mieten zu erhöhen.

Und nur darum geht auch dieses Mal der „Streit" in Bonn. Da gibt es im ganzen Parlament keinen, der gegen diese Mieterhöhungen auftreten würde.

Das Argument, mit mehr Hausbau würden Arbeitsplätze gesichert, das als Alibi dient, ist keinesfalls stichhaltig: Heute stürzen sich die durchrationalisierten Großkonzerne der Bauwirtschaft auf die größeren Aufträge, die Pleitewelle der kleinen Unternehmer wird sich auch mit mehr Aufträgen fortsetzen, die Arbeitsplätze verloren gehen. Und die Großen werden keinesfalls mehr Leute einstellen — das haben sie noch nie getan.

Diese Woche

Auftakt der NATO-Herbstmanöver

NATO-Rakete gegen Feriensiedlung

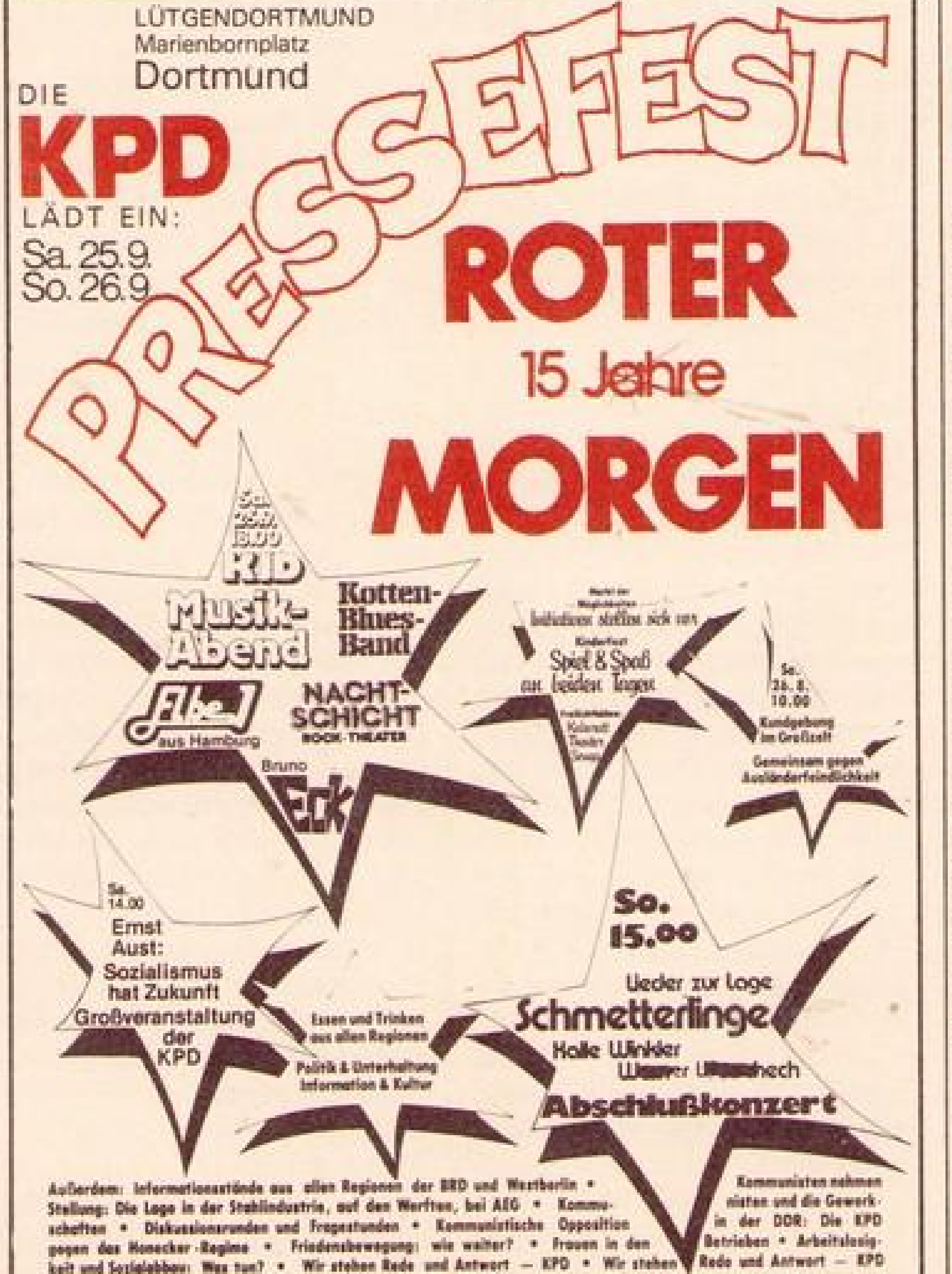
Mitten in einer Feriensiedlung explodierte am Montag eine amerikanische Rakete vom Typ Harpoon. Sie war bei der Überprüfung der Waffensysteme auf dem dänischen Kriegsschiff Peder Skram, das sich auf dem Weg zum NATO-Manöver Bold Guard befand, versehentlich abgefeuert worden und schlug 15 Kilometer weiter in der Siedlung auf der dänischen Insel Seeland ein.

Die US-Rakete zerstörte zwei Häuser vollständig, beschädigte eine Reihe von weiteren Häusern schwer und setzte die Siedlung sowie einen in unmittelbarer Nähe gelegenen Campingplatz in Brand. Nur dem Umstand, daß wegen eines Schlechtwettereinbruchs alle Häuser der Feriensiedlung verlassen waren, ist es zu verdanken, daß Menschen bei diesem Vorfall nicht zu Schaden kamen. Es zeigte sich jedoch wieder einmal — wie auch schon bei zahlreichen Manöverunfällen in den letzten Jahren —, daß die NATO bereits zu „Friedenszeiten" lebensgefährlich ist.

Der Raketenschlag von Seeland war der — zwar unbeabsichtigte, aber doch bezeichnende — Auftakt für eine ganze Serie von Großmanövern der NATO, in denen bis Mitte November vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer unter realistischen Bedingungen der Krieg in Europa geprobt wird. Allein auf dem Boden der Bundesrepublik werden sich rund 820 000 Soldaten an diesen Übungen beteiligen. Und nicht nur um die Vorbereitung auf einen künftigen Weltkrieg geht es dabei — im Rahmen des Manövers „Starke Wehr" übt das I. Heereskorps der Bundeswehr beispielsweise auch den Einsatz gegen „Demonstranten und Störer".



NATO-Flottenmanöver



Kommentar der Woche

Im September 1980 machte es der Generalstabschef der türkischen Armee wahr, was er schon Monate vorher angedroht hatte: Militärputsch. Natürlich, wie immer, zur Rettung des Vaterlandes, für Recht und Ordnung und alles Gute. Ein Militärputsch wie viele andere. Und doch anders für uns in der Bundesrepublik.

Nicht vor allem, weil es hier so viele Menschen gibt, die direkt davon betroffen sind, die Arbeitsemigranten aus der Türkei. Auch nicht vor allem deswegen, weil hier ein NATO-General putschte — das gab es schon früher, siehe den Nachbarstaat Griechenland.

Sondern vor allem deswegen, weil es noch nie einen Militärputsch gegeben hatte, an dem eine Bundesregierung so stark beteiligt war, für den ihre Haltung so entscheidend war. Mit deutscher Mark sollte das Regime aufgebaut werden, da andere Militärdiktaturen schon so viele amerikanischer Dollars verbrauchten.

Zwei Jahre nach dem Putsch in der Türkei

Noch nie — und das will viel heißen — wurde ein Militärputsch in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, in Zeitungen und Presse so stark beschönigt wie dieser des Kenan Evren. Es gehe ja nur darum, Ordnung zu schaffen, dem Terrorismus Einhalt zu gebieten, das Chaos zu beseitigen und eigentlich seien auch alle Bürger der Türkei dafür, so lautete der Tenor in jenen Tagen.

Aber die Propaganda verfehlte zunehmend ihre Wirkung, als immer mehr Nachrichten darüber aus der Türkei kamen, wie dort „für Recht und Ordnung gesorgt" wird. Keine Gewerkschaften, keine Streiks, keine Lohnerhöhung. Keine Versammlungen und Demonstrationen, keine Kundgebungen und Wahlen. Die Mordanschläge bestenfalls: verlagert. Von den Straßen in die überfüllten Militärgefängnisse, dem Königreich der Folterknechte. Politische Massenverhaftungen, Massenprozesse vor Ausnahmegerichten des Militärs. Ganz offene Pressezensur und die Allgewalt des Geheimdienstes. Die Kritik wurde stärker, man sah allmählich auch in liberalen und bürgerlich-demokratischen Kreisen, daß da Ordnung im Sinne und mit den Methoden des Herrn Hitler geschaffen werden sollte: gegen die Arbeiter, gegen die Armen, gegen die nationalen Minderheiten und gegen die Linken aller Art.

Dann begann die zweite Etappe der Bonner und Brüsseler Unterstützung für die Diktatoren in Ankara. Das Geld floß weiter, man schickte Kommissionen, die frühere Berichte widerlegen oder verharmlosen sollten, man forderte einen Zeitplan für die „Wiedereinführung der Demokratie". Man begann, je größer der Druck wurde, davon zu sprechen, man würde den Geldstrom eindämmen. Nur noch Franz Josef Strauß und Caspar Weinberger, Helmut Kohl und Ronald Reagan zeigten sich von Evrens faschistischer Diktatur begeistert.

Nun haben die türkischen Militärs ihren Verfassungsentwurf veröffentlicht, rechtzeitig vor dem zweiten Jahrestag ihres Putsches. Nur: daß dies eine Verfassung für einen bürgerlich-demokratischen Staat sein könnte, daran zweifeln selbst die eingefleischten NATO-Fans aus den Reihen der sozialdemokratische Regierungspartei. Nicht zuletzt, weil sie sich schlecht als solche verkaufen läßt.

In Wirklichkeit sieht dieser Weg zur Demokratie, den Evren auf Drängen seiner Freunde und Geldgeber beschritt so aus, daß es der Weg zur gesetzlichen Festschreibung der Militärdiktatur ist: Der Militärrat soll auf jeden Fall alles wirklich Wichtige entscheiden. Seine letzte Entscheidung lautete auf: Sturz der Regierung.

Trotz aller Manöver, trotz einiger kosmetischer Veränderungen, trotz der Hinauszögerung offizieller Entscheidungen: Nach wie vor steht Bonn voll und ganz hinter Evrens Junta. Gerade deswegen muß eine Demonstration gegen die faschistische türkische Junta, die in der Bundesrepublik stattfindet, immer auch eine Demonstration gegen die Türkei-Politik der Bundesregierung sein. Denn die Türkei ist eben das Land an dem sich heute am deutlichsten die imperialistischen Bestrebungen der herrschenden Klasse Westdeutschlands zeigen.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Mehrere Verhaftungen in Gorleben

Demonstrationen gegen Atomprojekte

Zehntausende demonstrierten am Wochenende in verschiedenen Orten gegen Projekte im Rahmen des Bonner Atomprogramms, vor allem gegen den Bau von Wiederaufbereitungsanlagen für Kernbrennstoffe. In Gorleben kam es dabei zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen mehrere Demonstranten erheblich verletzt und sechs Teilnehmer der Protestaktionen verhaftet wurden.

Im hessischen Frankenberg beteiligten sich nach den Angaben der Veranstalter insgesamt 10 000 bis 15 000 Menschen an einem „WAAld- und Wiesen-Widerstandsfest". Der Frankenberger Ortsteil Wangershausen ist von der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) zum endgültigen Standort einer WAA in Hessen bestimmt worden. Man sei, so hatte noch vor einigen Monaten DWK-Boß Scheuten erklärt, nicht zuletzt deshalb auf Frankenberg gekommen, weil hier eine „ruhige Bevölkerung" lebe. Für das Verständnis dieser Einschätzung muß man wissen, daß die DWK vor der Festlegung auf diesen Standort eigens die Firma Intelligenz System Transfer des ehemaligen Münchener Polizeipsychologen Sieber engagiert hatte, deren Auftrag es war, systematisch die Stimmung der Frankenberger Bevölkerung auszuschnüffeln.

Aber entweder hatten Siebers Leute schlecht gearbeitet, oder die DWK hatte ihre Studie nicht richtig ausgewertet: Eine diese Woche im „Spiegel" angeführte Befragungsaktion ergab jedenfalls, daß sich in Wangershausen 145 von 163 Einwohnern im wahlfähigen Alter gegen den Bau der geplanten WAA wehren wollen — nur ein einziger sprach sich für die Atomfabrik aus. Von diesem breiten Widerstand waren denn auch die Kundgebung und das Fest am vergangenen Samstag geprägt.

Der Rentner Heinz Wilhelmi von der Bürgerinitiative Bromskirchen erklärte, durch die Aktion sollten die „Politiker und Atomstrategen Klarheit darüber erhalten, was die Bevölkerung von ihren wahnwitzigen Großobjekten hält." Der Bauer Ludwig Artzt aus Sachsenberg rief dazu auf, den „Politikern einen heilsamen Schock zu verpassen, damit sie ablassen von ihrer arroganten Weise, mit der sie uns behandeln." Das war unmittelbar auf die anstehende Landtagswahl bezogen, und Artzt wie auch andere Sprecher von Bürgerinitiativen gaben Wahlempfehlungen für die Grünen ab.

Im pfälzischen Kaiseresch beteiligten sich 4000 Menschen an einer Demonstration gegen die bei Hambuch-Illerich geplante WAA. In Regensburg waren es 7000, die sich gegen den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Schwandorf/Oberpfalz protestierten. Diese Demonstration gab nicht die gesamte Stärke der Bewegung wieder, denn Schwandorf selbst hatte beispielsweise schon eine Protestaktion mit 16000 Teilnehmern erlebt — womit wohl in der bayrischen Provinz niemand gerechnet hätte.

Gerade dort aber wird massiver Widerstand notwendig sein, um die weitgesteckten Pläne von F. J. Strauß und seiner Landesregierung zu verhindern — bis 1995 soll die Atomstromkapazität in Bayern auf das Vierzehnfache gesteigert werden. Was das Projekt Schwandorf betrifft, stellte der Vorsitzende der Bürgerinitiative, der Richter Fritz Burkhardt, heraus, daß die Bevölkerung von der Strauß-Regierung systematisch „verschaukelt" worden sei. Denn aus den von der DWK zum Raumordnungsverfahren eingereichten Unterlagen gehe eindeutig hervor, daß in Schwandorf nicht nur der Bau einer WAA geplant sei. Vielmehr solle hier auch ein Zwischenlager für Kernbrennstoffe entstehen und darüber hinaus deute alles darauf hin, daß der oberpfälzische Granitstock zudem als Standort für ein Endlager für radioaktives Material vorgesehen sei.

Das würde aber bedeuten, daß die Atomindustrie und ihre Politiker in Schwandorf jenes integrierte Entsorgungszentrum bauen wollen, das ursprünglich in Gorleben vorgesehen war und von der Regierung Albrecht vor einigen Jahren als „politisch nicht durchsetzbar" gestoppt wurde.

Mehrere Sprecher bei der Kundgebung in Regensburg, darunter auch ein Vertreter der Gewerkschaft HBV, wiesen die Lügen von den angeblich durch die WAA geschaffenen Arbeitsplätzen zurück. Sie forderten dagegen, daß die jetzt schon für die Atomfabrik eingeplanten zehn Milliarden Mark für sinnvolle Projekte eingesetzt würden, mit denen tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

In Gorleben hatten sich am Samstag nach einem Sternmarsch aus Dörfern der Umgebung mehr als 10000 Demonstranten zu einer Kundgebung vor der Baustelle des dort entstehenden Zwischenlagers für Atombrennstoffe versammelt. Von den Reden war allerdings nichts zu verstehen, weil Polizei-Hubschrauber provokativ im Tiefflug über die Versammlung hinwegflogen. Eine geplante friedliche Besetzung des Walls um die Baustelle wurde von der Polizei mit massivem Einsatz der chemischen Keule verhindert.

Während sich eine Gruppe von militanten AKW-Gegnern im Wald eine Schlacht mit den Polizeitruppen lieferte, gingen Polizisten mit brutaler Gewalt auch gegen andere Gruppen vor, die sich schon auf dem Rückzug von der Baustelle befanden. Eine noch unbekannte Zahl von Demonstranten wurde dabei zum Teil schwer verletzt. Die Sanitätergruppe aus Hamburg erklärte dazu am Montag, eine Reihe von erheblichen Verletzungen (Rippenbrüche, Lungenprellungen, Bauchtrauma usw.) seien eindeutig auf den Einsatz neuer Wasserwerfer vom Typ W 9000 zurückzuführen, deren Strahl auf einen geradezu mörderischen Druck eingestellt sei.

Sowohl am Samstag wie auch am Sonntag wurden zahlreiche Demonstranten in Gorleben festgenommen — gegen sechs von ihnen wurde Haftbefehl erlassen. Was das bedeutet und mit welchen Anklagen und Strafen gerechnet werden muß, kann man am Fall der Brokdorf-Demonstranten Mohr und Duffke sehen. Eine spontane Demonstration von etwa 2000 Leuten, die sich am Sonntag in Uelzen bildete — wo die sechs AKW-Gegner in Haft sitzen — wurde von der Polizei mit massiver Gewaltanwendung sofort aufgelöst, wobei fünf weitere Demonstranten verhaftet und ins Gefängnis gebracht wurden.



Demonstration in Frankenberg

Demonstration in Gorleben

Aktion der KJD im Rheinland

Fahrrad-Stafette gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit

Zu einer Aktion gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Jugendlichen, insbesondere gegen die Jugendarbeitslosigkeit, ruft die Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) im Rheinland auf. Die KJD-Genossen planen in der Zeit vom 9. bis zum 15. Oktober eine Fahrrad-Stafette, die von Krefeld über Mönchengladbach, Düren, Köln, Leverkusen und Solingen nach Düsseldorf führen soll.

In dem Aufruf dazu heißt es: „Sparen, Arbeitslosigkeit! Wir sind es satt! Wir können es nicht mehr hören, daß kein Geld da sein soll und wir uns in unser Schicksal fügen sollen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau müssen nicht sein. Diese Sachen sind kein Schicksal, sondern kalte Berechnungen der Reichen und Superreichen, der Politiker, Bankenchefs und der Konzernbosse. Sie wollen noch reicher und reicher werden und von ihrem ‚winzigen' Vermögen nichts angetastet sehen. Wir dagegen sollen den Gürtel enger und enger schnallen.

Wir sagen Nein! Schluß damit! Die Reichen sind dran! **Die Reichen sollen die Krise bezahlen!**

Damit diese Forderung noch mehr Leute erfahren, haben wir von der Kommunistischen Jugend Deutschlands diese Fahrrad-Stafette organisiert. Dazu laden wir dich und deine Freunde herzlich ein mitzumachen. Tagsüber trampeln wir, machen kleine Aktionen wie z.B. Straßentheater und Flugblatt verteilen, und Pausen soll's auch geben, wie man munkelt. Abends übernachten wir bei Freunden und Genossen und außerdem gibt's dann eine Veranstaltung, einen Film, eine Fete oder sonst was, auf jeden Fall viel zu klönen."

Wer sich also für die Aktion interessiert und/oder dabei mitmachen will, kann nähere Informationen erhalten bei:
Lesestube Neue Zeit
Marienstr. 37a
5000 Köln 30
Tel.: 0221/559456, Dienstag und Freitag von 17.00 bis 18.30 Uhr.

Katholikentag zwischen NATO und Friedensbewegung

Unter dem Motto „Kehrt um und glaubt — erneuert die Welt", stand der diesjährige Katholikentag, zu dem etwa 65000 Dauergäste — in der Mehrzahl Jugendliche — nach Düsseldorf gekommen waren. Bei den offiziellen Veranstaltungen und denen einer „Initiative Kirche von unten" traten vor allem in der Friedensfrage Widersprüche zutage, die schon im Vorfeld des Katholikentags deutlich geworden waren.

Bereits im vergangenen Herbst hatte das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZDK) unter seinem Vorsitzenden Hans Maier, dem CSU-Kultusminister von Bayern ein sogenanntes Friedenspapier beschlossen, in dem nicht nur die offizielle NATO-Politik einschließlich des „Nachrüstungsbeschlusses" abgesegnet, sondern sogar die Neutronenbombe als Beispiel christlicher Politik gefeiert wurde. Mit dieser Festlegung auf den Kriegskurs des westlichen Militärblocks sollten vollendete Tatsachen geschaffen werden, wollte man eine breite Friedensdiskussion — wie sie etwa den Evangelischen Kirchentag in Hamburg geprägt hatte — im Keim ersticken.

Maier drückte denn auch offen die Furcht der Amtskirche aus, der Katholikentag könnte „in das Schlepptau der Friedensbewegung" geraten. Entsprechend waren denn auch die organisatorischen Vorbereitungen auf Düsseldorf. Ein vom Jugendverband der Kirche geplantes Friedenscamp wurde an den Rand der Veranstaltung gedrückt und nur mit der Auflage zugelassen, daß dort auch Bundeswehrsoldaten vertreten wären. Alle für den Kirchentag vorgesehenen Beiträge der Jugendlichen wurden auf „anstößige" Stellen hin abgeklopft. Dabei wurde unter anderm auch ein Choral verboten, der das ansonsten bei der westdeutschen Reaktion so populäre Motto „Schwerter zu Pflugscharen" zum Thema hatte. Aber was man in der DDR bejubelt, hat eben für die BRD nicht zu gelten. Der erwähnte Choral wurde jedenfalls vom katholischen Militärbischosamt als „Beleidigung" der Bundeswehr aus dem Programm gestrichen.

Aber trotz dieser Vorbereitungen konnte das ZDK seine ursprüngliche Absicht, die Friedensdiskussion auf dem Katholikentag in den Hintergrund zu drängen, nicht verwirklichen. Denn zum einen war abzusehen, daß der größte Teil der Besucher Jugendliche sein würden, die zu diesem Thema Antworten erwarteten. Zum anderen hatten die in der Initiative Kirche von unten zusammengeschlossenen Gruppen für ihre Veranstaltungen parallel zum Katholikentag gerade auf die Diskussion über die Friedenssicherung den Schwerpunkt gelegt und dazu eine Reihe von bekannten Kritikern der NATO-Politik eingeladen.

Also ging die Amtskirche notgedrungen in die Offensive und organisierte ihrerseits eine große „Friedenskundgebung" im Düsseldorfer Rheinstadion, bei der solche Experten wie Schmidt oder Kohl dann ausführlich erläutern konnten, daß der einzige Weg zur Friedenssicherung die hemmungslose Aufrüstung sei. Dabei zeigte sich dann bis ins Detail eine nahtlose Übereinstimmung mit den Reden der katholischen Würdenträger. Schmidt beispielsweise zeigte mit demagogischem Geschick „Verständnis" für die Friedensbewegung und sogar für den Pazifismus, jedenfalls dann, wenn der die individuelle Entscheidung eines Einzelnen für sich selbst bliebe. Wer aber Verantwortung für andere habe, der könne sich eine pazifistische Haltung nicht mehr leisten, der müsse auch Sorge für diese anderen tragen. So wie eben unser Kanzler uns alle aus seinem tiefen Verantwortungsbewußtsein heraus unter den Schutz der amerikanischen Atomraketen stellt.

ZDK-Generalsekretär Kronenberg wandelte diese Kanzler-Philosophie ins Religiöse ab, indem er seine Interpretation der von christlichen Pazifisten immer wieder angeführten Bergpredigt lieferte. Es sei zwar jeder aufgerufen, nach einem Schlag auf eine Wange die andere hinzuhalten. Er dürfe sich aber nicht anmaßen, auch die Wangen seiner Mitmenschen dem Schlagenden darzubieten. Für diejenigen, denen solche theologischen Erörterungen zu schwierig waren, sprach Kronenberg dann Klartext: Der Staat habe nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, seine Bürger zu verteidigen. Worauf solche Begriffsklauberei hinausläuft, liegt auf der Hand: Der gute Christ im Sinne der katholischen Amtskirche soll sich in seinen sozialen Beziehungen friedfertig verhalten, soll sich gegen an ihm begangenes Unrecht, gegen Unterdrückung und Ausbeutung nicht wehren. Alles andere, etwa die Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens, hat er gefälligst dem Staat zu überlassen.

Die massive Hetze gegen alle Formen des Widerstands und des Klassenkampfs durchzog denn auch das gesamte offizielle Programm des Katholikentags. Am deutlichsten wurde hier der Star der Veranstaltung, Kardinal Höffner, der nicht nur die „unheilvolle Empfehlung zur Gewaltanwendung durch revolutionäre Bewegungen" nachdrücklich verurteilte, sondern seine Gemeinde auch wiederholt darauf hinwies, daß die Wurzel allen Übels auf dieser Welt der Marxismus sei.

Die andere Seite dieser Medaille war die ständige Mystifizierung aller gesellschaftlichen Fragen, vor allem des Friedensproblems. Höffner etwa machte für den Unfrieden in der Welt das falsche Verständnis der Menschen zu Gott verantwortlicht und erklärte: „Weil der Frieden vor allem ein Geschenk Gottes ist, muß er stets von seiner Barmherzigkeit erbeten werden." So wird also der Frieden aus dem Bereich der Beeinflußbarkeit durch das Handeln der Menschen herausgenommen. Und im Rahmen dieser reaktionären Metaphysik bleibt dann als einzig mögliche Tätigkeit tatsächlich nur das Beten übrig. Der schon erwähnte Generalsekretär Kronenberg hat mit ungewolltem Zynismus die von der katholischen Kirche gewiesene Perspektive so auf den Begriff gebracht: „Der Friede ist heute nicht dauerhaft zu haben — aber er ist uns für die Ewigkeit verheißen." Auch angesichts der drohenden atomaren Katastrophe hat also der Katholizismus seinen Anhängern nichts anderes zu bieten als die Vertröstung auf ein Leben nach dem Tod.

Das Motto dieses Katholikentags „Kehrt um und glaubt — erneuert die Welt" ist denn auch im wesentlichen als Aufruf zum Rückzug aus den Kämpfen dieser Welt in die innere Welt des Glaubens zu verstehen. Was natürlich ganz im Sinne der Herrschenden ist. Von all den Figuren des Bonner Staates, die in ihrer Rolle als Christen diesen Katholikentag bevölkerten, hat Ernst Albrecht das am deutlichsten herausgestellt. Die Kirche, so sagte er, müsse sich wieder mehr um die „Botschaft Jesu und den heiligen Geist" kümmern und nicht so sehr politische Empfehlungen erteilen. Ihre Hauptaufgabe sei es, den Menschen den Glauben an die Auferstehung zu vermitteln.

Die Kirche soll treu zum kapitalistischen Staat stehen, und die Religion soll weiter ihre klassische Funktion als Trösterin angesichts all des irdischen Elends, als Mittel zur Ablenkung von den realen Problemen des täglichen Lebens einnehmen. Und das gilt nicht nur für die Friedensfrage. Höffner beispielsweise sprach in blumigen Worten davon, daß „dem irdischen Glück zwangsläufig enge Grenzen gesetzt sind, daß so manche Erwartungen enttäuscht worden seien." Damit sprach er Dinge an, die für den Kardinal keine Rolle spielen, für unzählige katholische Werktätige jedoch eine zentrale Bedeutung haben: Hoffnungen auf gesicherte Verhältnisse, die durch das kapitalistische System mit seinen Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit, sozialabbau usw. zunichte gemacht wurden. Auch hier weist Höffner als „Ausweg" den Glauben.

Und der allerchristlichste Tugend dabei ist der Verzicht. Pausenlos haben die klerikalen und politischen Redner des Katholikentags in diesem Sinne auf die Gemeinde eingehämmert. Die reaktionäre Parole vom "Anspruchsdenken" war eine der am meisten gebrauchten Losungen in Düsseldorf. Arbeitsamtchef Stingl geißelte einmal mehr die „fragwürdige" Ausweitung der Sozialgesetze und die „Totalversicherung" des Menschen, die man abbauen müsse. Ministerpräsident Vogel aus Rheinland-Pfalz predigte den „materiellen Verzicht" als angebliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Und Weihbischof Wöste empfahl den von den Bonner Sparbeschlüssen besonders stark betroffenen Rentnern, in christlicher Demut „die Leiden und Gebrechen des Lebens standhaft zu ertragen."

Angesichts dieses massiven Auftretens des schwarzen Reaktion waren die Aktivitäten der Initiative Kirche von unten der einzige Lichtblick auf diesem Katholikentag. Hier wurde — vor allem in der Friedensfrage — auch über den Widerstand diskutiert. Hier konnte ein Christ wie Ernesto Cardenal, der Kulturminister Nicaraguas, auftreten, der klarstellte, daß die Unterdrücker „Anstifter aller Kriege" sind und der sich eindeutig für „Waffen in den Händen des Volkes" aussprach.

Wenn es aus dem Bereich der Kirche von unten auch zahlreiche Protestaktionen gegen die offiziellen Redner gab, so ließ sich dennoch nicht übersehen, daß eine eindeutigen Konfrontation gegen die Amtskirche doch weitgehend aus dem Wege gegangen wurde. Ein wesentlicher Grund dafür ist sicher die Tatsache, daß viele der jugendlichen Opponenten selbst in solchen Vorstellungen befangen sind wie der, daß man beim Streben nach Frieden zuerst einmal bei den Beziehungen zwischen den Menschen anfangen, daß man im Umgang mit dem Gegner also auch ein friedvolles Verhalten an den Tag legen müsse.

Eine solche Haltung kann natürlich von der anderen Seite schamlos ausgenutzt werden. So erklärte ZDK-Chef Maier nach der Beendigung des Katholikentags: „Wir haben schon viel erreicht, wenn wir alle zusammenbringen, die sich um den Frieden bemühen und keines den anderen verteufelt." So werden dann also mit der demagogischen Formel von den verschiedenen Ansichten über den richtigen Weg zum Frieden die Widersprüche verwischt und die Opponenten wieder für die reaktionäre Amtskirche vereinnahmt. Um so wichtiger ist es, die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Höffner, Kohl, Schmidt oder Maier eben nicht nur einen anderen Weg zum Frieden gehen wollen, sondern daß sie sich wissentlich an der Vorbereitung eines neuen Weltkriegs beteiligen.



Demonstration der Initiative Kirche von unten.

Von verschiedenen Seiten

Die Öffentlichkeit wird über die Verurteilung von oppositionellen Kommunisten in der DDR informiert

Neben der Informationsarbeit und den Aktionen, die unsere Partei und das Solidaritätskomitee seit der Verhaftung von acht oppositionellen Kommunisten in der DDR organisiert haben, gibt es auch, vor allem nach der Verurteilung der Genossen Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt zu je acht Jahren Gefängnis wegen „staatsfeindlicher Hetze", Informationen und Solidaritätsarbeit von verschiedenen Seiten. So ging der Redaktion in der letzten Woche ein ausführlicher Brief der Gruppe von amnesty international aus Mons / Belgien zu, über deren Aktivitäten. Darüber werden wir demnächst berichten. Heute wollen wir eine Sendung des Senders Freies Berlin (SFB) vom 27. August dokumentieren, die deswegen von besonderem Interesse ist, weil in der DDR relativ viel SFB gehört wird.


Andreas Bortfeldt Manfred Wilhelm

8 Jahre Haft für KPD-ML-Bortfeldt

Andreas Bortfeldt wurde von einem Ostberliner Gericht am 9. Juli zu einer Haftstrafe von acht Jahren verurteilt, angeklagt war er sogenannter „staatsfeindlicher Hetze" nach Paragraph 106 des DDR-Strafgesetzbuches. Er erhielt damit die — 1979 heraufgesetzte — Höchststrafe.

Bortfeldt ist der Sohn des im vorigen Jahr verstorbenen DEFA-Regisseurs Kurt Bortfeldt. Er ist 29 Jahre alt, verheiratet und hat zwei kleine Kinder. Vor seiner Verhaftung hat er als Mathematiker im Institut für Wasserwirtschaft in Ost-Berlin gearbeitet. Er ist der achte junge DDR-Bürger, der wegen einer Tätigkeit für die KPD-ML/Sektion DDR zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Im Juni dieses Jahres hatte ein Ostberliner Gericht bereits den 31jährigen Betriebsschlosser Manfred Wilhelm ebenfalls zur Höchststrafe von acht Jahren verurteilt. Die internationale Gefangenenhilfe-Organisation amnesty international hat Bortfeldt und Wilhelm als Gewissensgefangene anerkannt und ihre Betreuung übernommen.

Bestraft wurden Bortfeldt und Wilhelm ebenso wie die anderen KPD-ML-Mitglieder wegen ihrer Kritik an der Politik der SED. Sie haben zum Beispiel gegen den Wehrkundeunterricht in den Schulen polemisiert, vor allem aber Informationen über die unabhängige polnische Gewerkschaft Solidarność verbreitet und sich mit ihr solidarisch erklärt. Grundsätzlich erklärt die KPD-ML, sie kämpft — so wörtlich — „für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der DDR (...). Gegen die neue Bourgeoisie in der DDR und die russischen Sozialimperialisten, die der Hauptfeind der sozialistischen Revolution in der DDR sind", sowie „für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland".

All das also ist in den Augen der SED strafwürdig, und sie nimmt diese Opposition offenbar sehr ernst — so ernst, daß sie zu Höchststrafen greift, die Prozesse aber vor der Öffentlichkeit verschweigt.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.) Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 19,** Margarethenstr. 58, Tel.: 040 / 4103501, geöffnet: Die + Do 15 - 18 Uhr; Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

DGB /SPD-Spitzentreffen zum Bundeshaushalt

Einig über „Notwendigkeit" des Sozialabbaus

„Schulterschluß" mit SPD-Führung richtet sich gegen gewerkschaftlichen Kampf

Am Donnerstag vergangener Woche (2. September) ist die DGB-Spitze in Bonn mit der Fraktionsführung der SPD zusammengetroffen. Thema war der gewerkschaftliche Protest gegen die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung. Eine genaue Prüfung dieses Treffens läßt deutlich werden, daß es für die Gewerkschaften nicht den geringsten Anlaß für eine Abschwächung oder gar Einstellung des Widerstandes gegen die Bonner Haushaltspolitik gibt. Im Gegenteil!

Das Treffen war auf Initiative des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner zustandegekommen. In der bürgerlichen Presse wurden der Verlauf und das Ergebnis des Treffens mit dem Wort vom „Schulterschluß zwischen SPD und DGB" kommentiert. Der SPD nahestehende Tageszeitungen versuchten darüber hinaus den Eindruck zu erzeugen, die SPD-Führung habe Korrekturen an den Haushaltsbeschlüssen im Sinne der Hauptpunkte der gewerkschaftlichen Kritik in Aussicht gestellt.

So erschien die auflagenstärkste Tageszeitung des Ruhrgebietes, die „Westdeutsche Allgemeine" (WAZ), am 3. September mit der Schlagzeile: *„SPD strebt Änderungen bei den Sparbeschlüssen an — Vor allem bei 5-Mark-Beteiligung an Krankenhauskosten"*. Im Vorspann des „WAZ"-Aufreißers wird dann behauptet: *„Angesichts der anhaltenden Proteste der Gewerkschaften gegen die Bonner Sparbeschlüsse zum Haushalt 1983 ist die SPD offenbar entschlossen, Korrekturen an den geplanten Maßnahmen durchzusetzen."*

Die gemeinsam Erklärung, die von der DGB-Spitze und der SPD-Fraktionsführung als Ergebnis des Spitzentreffens abgegeben wurde, gibt jedoch keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß die SPD-Führung wirklich ernsthaft an die Durchsetzung von Korrekturen denkt, die mehr als nur kosmetischer Art wären. Aber unterstellen wir dennoch einmal, die SPD-Führung wäre zu echten Korrekturen entschlossen: Könnten die Gewerkschaften daraus etwa die Konsequenz ziehen, die Organisierung des Massenprotestes im Betrieb und auf der Straße gegen die Haushaltsbeschlüsse erübrige sich nunmehr bzw. sie sei nicht mehr so brennend notwendig, wie vor dem Bonner Treffen?

Derartige Reaktionen wären falsch und verhängnisvoll!

Selbst wenn die SPD-Führung tatsächlich die Absicht hätte, aus der gewerkschaftlichen Kritik der Rotstiftoperation '83 die nötigen Konsequenzen auf der Bonner Regierungsebene, dann könnte sie die entsprechenden Änderungen doch nur unter der Vorraussetzung durchsetzen, daß ein machtvoller gewerkschaftlicher Kampf der Lohnabhängigen Massen für massiven politischen Druck sorgt, d. h. also, daß eine tatsächlich Gegenmacht der Arbeiterklasse geschaffen würde, durch die die Kräfte der Reaktion gezwungen wären, Konzessionen zu machen. Schließlich haben ja die Genscher und Lambsdorff deutlich genug zu erkennen gegeben, daß sie den Absprung aus der Bonner Regierungskoalition nicht scheuen werden und daß sie bereit sind, einer Unions geführten Regierung, die natürlich hemmungslos sozialreaktionär wäre, in den Sattel zu helfen, falls die SPD Anstalten machen sollte, die Verabschiedung der Haushaltsbeschlüsse doch noch in Frage zu stellen.

Selbst geringfügige Korrekturen an den Haushaltsbeschlüssen zugunsten der sozialen Erfordernisse sind heute nur noch durch die konsequente Entfaltung des gewerkschaftlichen Kampfpotentials zu erreichen. Kurz: durch Klassenkampf.

Den allerdings wünscht man sich — Gott bewahre! — in den Spitzengremien der sozialdemokratischen Partei wahrhaftig nicht. Und solchen DGB-Führern wie Ernst Breit oder Eugen Loderer (von Adolf Schmidt oder Hermann Rappe gar nicht erst zu reden) ist der Gedanke an klassenkämpferische Schritte zur Verhinderung der sozialen Demontage um nichts weniger ein Greuel als etwa einem Helmut Schmidt oder Herbert Wehner.

Das Bonner Spitzentreffen vom 2. September war von vorneherein in der Absicht angesetzt worden, daß damit zur Abwiegelung klassenkämpferischer Schritte der gewerkschaftlichen Kräfte gegen die Operation '83 beibetragen werde. Die sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Kreise in den Führungsgremien des DGB und siener Einzelgewerkschaften sind ganz offensichtlich gegenwärtig fieberhaft darum bemüht, soweit als möglich zu verhindern, daß es in den kommenden Wochen zu machtvollen Massenaktionen gegen die Bonner Sparbeschlüsse kommt. Was sie vermeiden wollen: Daß sich in den Gewerkschaften eine klassenkämpferische Widerstandsbewegung gegen die soziale Demontage zu entfalten beginnt.

Gelingt es den Breit und Konsorten, mit ihren Abwiegelungsmanövern den Widerstand abzublocken und zurückzudrängen, dann wäre damit ein entscheidender Schritt in diesem Sinne getan. Zum dritten Mal hätte der DGB vor einem massiven Vorstoß der Reaktion gegen das „soziale Netz" kampflos kapituliert.

Der Kernpunkt in der Halterung der sozialpartnerschaftlichen Kräfte im DGB zur Frage des Sozialabbaus besteht darin, daß man auf die grundsätzliche Ablehnung der „sozialpolitischen Wende, die heute von der Reaktion gefordert und eingeleitet wird, verzichtet, ja daß diese Wende unter dem Motto „notwendige Anpassung an die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Prinzip sogar als unvermeidlich anerkannt wird. In diesem Punkt sind sich alle auf Sozialpartnerschaft orientierten Gewerkschaftsführer einig, ob sie nun Döding oder Loderer, Hauenschild oder Mertens heißen. Und in diesem Punkt stehen sie auch mit den sozialdemokratischen Bonzen in den Bonner Regierungssesseln und in der Parteiführung der SPD gemeinsam auf ein- und demselben arbeiterfeindlichen Boden. Stichwort dafür ist die berüchtigte Parole von der „ausgewogenen Verteilung der Lasten".

Diese Parole fehlt auch in der gemeinsamen Erklärung nicht, die auf dem Bonner Treffen vom 2. September ausgebrütet wurde. Hinter solchem Gerede von „Ausgewogenheit" verbirgt sich nichts anderes, als die Anerkennung der kapitalistischen Maxime, daß unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Rezession der Abbau unserer in Jahrzehnten mühsam erkämpften ohnedies dürftigen sozialen Errungenschaften auf der Tagesordnung zu stehen habe. In der gemeinsamen Erklärung wird dieser Standpunkt mit dankenswerter Unzweideutigkeit zum Ausdruck gebracht, wenn es da heißt:

„Beide Seiten erkennen an, daß in Zeiten geringeren Wachstums auch der Sozialetat nicht von notwendigen Kürzungen ausgenommen werden kann."

Als ob nicht gerade in einer Situation, wo sich die kapitalistische Wirtschaftskrise mit all ihren sozialen Belastungen und Bedrohungen für die lohnabhängigen Massen verschärft, das genaue Gegenteil dringend notwendig wäre: nämlich die Aufstockung des Sozialetats!

Eine Gewerkschaftsführung, die dieser arbeiterfeindlichen kapitalistischen Logik folgt, unterstützt natürlich nicht den gewerkschaftlichen Kampf gegen die soziale Demontage nicht den Widerstand, gegen Abwälzung der Krisenlsten auf das arbeitende Volk, sondern sie unterstützt den reaktionären Krisenkurs des Kapitals! Damit, daß Breit und Konsorten den oben zitierten Satz unterschrieben haben, haben sie enthüllt, daß sie weder willens noch fähig sind, ernsthaft Widerstand gegen die Angriffe auf das „soziale Netz" zu leisten.

Die Reichen sollen die Krise bezahlen! Nur von diesem klaren Standpunkt aus ist es möglich, den Widerstand der Gewerkschaften zu formieren und voranzutreiben! Es kann überhaupt keine Frage sein, daß die Gewerkschaften grundsätzlich und kompromißlos jegliche Kürzung der staatlichen Sozialausgaben ablehnen müssen, daß sie jeden Haushalt der Regierung bekämpfen müssen, der solche Kürzungen und Einschränkungen sozialer Maßnahmen und Leistungen zur Folge hat. Weicht man von dieser grundsätzlichen Position ab, so schwenkt man damit auf die Position der „sozialpolitischen Wende" ein, die durch das Kapital und die politische Reaktion auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Auch wenn sie es niemals zugeben, wenn sie es auf das heftigste als Verleumdung zurückweisen: DGB-Führer wie Breit und Döding sind bereits dabei, voll auf den Krisenkurs des Kapitals, auf die „sozialpolitische Wende einzuschwenken. Mit ihrem Bonner Treffen vom 2. September und ihrer hierbei demonstrativ herausgekehrten grundsätzlichen Einheit mit der SPD-Führung gehen sie genau diesen Weg des Einschwenkens.

Das Unternehmerorgan „Handelsblatt" geht im Übrigen sicherlich nicht fehl, wenn es die Hintergedanken der Breit und Loderer im Zusammenhang mit dem Bonner Treffen unter anderem in folgendem vermutet:

„Nach dem deutlichen Schulterabschluß zwischen SPD und DGB und dem offenen Konflikt innerhalb der Koalition dürften Helmut Schmidt die angekündigten dezentralen Protestaktionen des DGB weniger als erwartet schaden. Dieses Unmutsventil, durch das der innergewerkschaftliche Druck abgelassen werden soll, richtet sich nun eindeutig gegen die Freien Demokraten."

Wir Kommunisten sind nun keineswegs der Meinung, daß die bislang angekündigten Protestaktionen des DGB auf örtlicher und Landesbezirksebene nicht nützlich und notwendig wären sondern nur ein Ventil zum „Dampfablassen". Im Gegenteil. Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, damit diese Aktionen so stark und erfolgreich wie möglich werden, denn nur so kann man dem Hintergedanken des „Dampfablassens", wie er bei gewissen Bonzen zweifellos vorhanden ist, entgegenwirken. Allerdings halten wir es für notwendig, daß solche zentrale DGB-Demonstrationen nicht nur in einigen sondern in allen Bundesländern und in Westberlin durchgeführt werden. Darüber hinaus müßte zusätzlich ein „Marsch nach Bonn" als zentrale DGB-Aktion und als vorläufiger Höhepunkt der gewerkschaftlichen Herbstaktionen '82 gegen die Bonner Rotstiftpolitik in die Wege geleitet werden.

Zugleich halten wir es für wichtig, daß die klassenkämpferischen Gewerkschafter sich offensiv für eine konsequente politische Stoßrichtung der gewerkschaftlichen Massenproteste einsetzen. Also: Klare Zurückweisung von Parolen, die der „ausgewogenen Verteilung der Lasten" das Wort reden; Aufstellung klarer Parolen im Sinne des grundsätzlichen Widerstands gegen jegliche Kürzung der Sozialausgaben; massive Propagierung des einzig konsequenten gewerkschaftlichen Standpunktes zur Frage der Sanierung des Staatshaushalts: Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Gemeinsame Erklärung von DGB-Vorstand und SPD-Fraktionsführung

Einig sind sich DGB und SPD-Fraktion in der Überzeugung, daß die Ausgaben für das Sozialsystem in der Bundesrepublik nicht — wie von den Neokonservativen behauptet — Ursache der gegenwärtigen Finanzkrise ist, sondern: die weltweite Wirtschaftskrise führt zu einem krisenbedingten Wachstum dieser Ausgaben. Es ist gemeinsame Auffassung, daß der soziale Friede im Gemeinwesen Bundesrepublik nur gewahrt werden kann, wenn den massiven Versuchen, den Sozialstaat zu diffamieren und zu demontieren, entschieden entgegengewirkt wird und wenn vor allem alle Kraft darauf konzentriert wird, der steigenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Dazu bedarf es einer aktiven Beschäftigungspolitik, wie auch der Arbeitszeitverkürzung Bedeutung beigemessen werden muß.

DGB und SPD-Fraktion sind sich weiterhin einig in ihrer festen Entschlossenheit, neokonservativen Konstellationen entgegenzutreten, die sich für eine Abkehr vom Solidargedanken und dem Sachleistungsprinzip stark machen und zu einer Ellenbogen-Gesellschaft hinwenden wollen.

Beide Seiten erkennen an, daß in Zeiten geringeren Wachstums auch der Sozialetat nicht von notwendigen Kürzungen ausgenommen werden kann. Die sozial-ökonomische Krise kann insbesondere bei einer damit einhergehenden Verschärfung des innenpolitischen Machtkampfes aber nur bewältigt werden, wenn eine ausgewogene gerechte Verteilung der Lasten erreicht wird. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird auf der Basis der am 30. Juni 1982 (bei nur acht Gegenstimmen) gebilligten Eckdaten, die durch einen Kompromiß von SPD und FDP zustande gekommen sind, den Haushaltsplan insbesondere unter diesem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit prüfen und beraten.

In ihren kritischen Anmerkungen betonen die Gewerkschaftsvertreter, daß an die Stelle unkontrollierter Einschnitte in das soziale Netz eine langfristige Konzeption der Sozialpolitik treten müsse, die vor allem die Leistungsanbieter im Gesundheitswesen, aber auch insgesamt die Selbständigen und Freiberufler mit einbezieht. Eine solche Reform dürfe keine Schlagseite zu Lasten der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer haben.

Den Kampf gegen die Bonner Rotstiftpolitik organisieren

Für machtvolle und kämpferische DGB-Aktionen

Der Druck aus der Basis hat dazu geführt, daß die zuständigen Vorstände des DGB auf Landesbezirksebene in verschiedenen Bundesländern Demonstrationen gegen die Bonner Sparbeschlüsse angesetzt haben. Auch auf örtlicher Ebene wurden in einigen Städten DGB-Demonstrationen angekündigt (bzw. haben bereits stattgefunden). Wir rufen unsere Leser auf, überall in Betrieb und Gewerkschaft das ihrige dazu beizutragen, damit diese Demonstrationen groß und machtvoll werden und damit sie eine politisch klare und konsequente Stoßrichtung erhalten.

Die Reichen sollen die Krise bezahlen! Dies muß unsere Parole sein. Davon ausgehend lehnen wir jeden Abbau sozialer Leistungen, jede Kürzung des Sozialetats in den Haushaltsplänen von Bund und Ländern kompromißlos ab. Die Parole der rechten DGB-Führer von der „ausgewogenen Verteilung der Lasten" ist abwieglerisch. Sie ist Ausdruck der Sozialpartnerschaftspolitik, denn sie orientiert auf die „Einsicht", daß die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung einen Sozialabbau in einem gewissen Ausmaß notwendig mache. Wir sollen also freiwillig die kapitalistische Krisensuppe auslöffeln! Damit wird der gewerkschaftliche Widerstand von vornherein abgeschwächt, wird auf faule Kompromisse orientiert.

Dementsprechend wollen die rechten DGB-Führer die gewerkschaftlichen Aktivitäten möglichst auf fromme Appelle an die Parlamentarier und bestenfalls auf Protestkundgebungen im Saale beschränken. Von einer zentralen und kämpferischen Großdemonstration des DGB, einem „Marsch auf Bonn", wie er innerhalb der Gewerkschaften diskutiert und gefordert wird, wollen sie nichts wissen. Erst recht nicht davon, daß der Widerstand gegebenenfalls auch über das Mittel der Demonstration hinaus auf eine höhere, weitergehende Ebene, nämlich die des Massenstreiks, vorangetrieben werden müßte, so wie es beispielsweise von Lutz Pfunder, Bezirksvorsitzender der IG Druck und Papier in Düsseldorf, angesprochen wurde. Lutz Pfunder schrieb im NRW-Bezirksinfo seiner Gewerkschaft:

„Es müßte uns egal sein, welche Partei uns ans Leder geht. Wir sind als Gewerkschafter für die Interessen der Arbeitnehmer verantwortlich, auch und besonders, wenn diese krank, arbeitslos oder Rentner sind. Unser Widerstand darf sich demzufolge nicht auf verbalen Protest beschränken, sondern der DGB muß endlich zum aktiven Widerstand übergehen. Aktiver Widerstand heißt z.B. Demonstration und Streik."

Das mindeste, was zunächst durch Druck auf die Gewerkschaftsführungen erreicht werden müßte, ist jedoch dies, daß zentrale DGB-Demonstrationen auf Landesbezirksebene in sämtlichen Bundesländern, sowie auch in Westberlin stattfinden. Die folgenden DGB-Demonstrationen sind für die kommenden Wochen bislang beschlossen worden:

- Frankfurt: 9. September Demonstration des DGB-Kreises Frankfurt in Frankfurt/Main.
- Nürnberg: 23. Oktober zentrale Demonstration des DGB-Landesbezirk Bayern.
- Bochum: 23. Oktober, zentrale Demonstration des DGB-Landesbezirks NRW.
- Stuttgart: 30. Oktober, zentrale Demonstration des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg.
- Hannover: 6. November Demonstration des DGB-Kreises Hannover.

In folgenden Bundesländern gibt es unseres Wissens bis jetzt noch keinen Beschluß für eine zentrale DGB-Demonstration auf Landesbezirksebene: Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein. Auch von Westberlin ist uns ein entsprechender Beschluß bisher nicht bekannt.

DGB-Demonstrationen am Antikriegstag

In diesem Jahr gab es mehr als in der Vergangenheit zum Antikriegstag am 1. September Kundgebungen und Demonstrationen, zu denen offiziell der DGB aufgerufen hatte. Dies ist sicher ein wichtiger Fortschritt. Auf der anderen Seite aber zeigten sich auch in diesem Jahr die negativen Auswirkungen, die von der reaktionären Haltung der rechten DGB-Führer in der Frage des Friedenskampfes ausgehen. So gab es in ganz NRW keine einzige große DGB-Demonstration. Stattdessen fand die zentrale DGB-Veranstaltung für NRW im Saale statt: im Kulturzentrum in Herne. Redner war der DGB-Vorsitzende Ernst Breit. Ganze 600 Besucher kamen zu dieser Veranstaltung. Offensichtlich waren dies noch weniger, als die DGB-Führung ohnedies nur erwartet hatte. Der Saal wies immerhin 1200 Sitzplätze auf. Die äußerst seltsamen Mobilisierungsmethoden der DGB-Führung werden deutlich, wenn man sich das entsprechende Rundschreiben des Bezirksverbandes Dortmund der IG Bau, Steine, Erden ansieht. Dort heißt es: „Der DGB-Kreis Dortmund räumt uns die Möglichkeit ein, fünf Kolleginnen bzw. Kollegen zu benennen, die an dieser Veranstaltung teilnehmen wollen." Kommentar überflüssig! Allerdings bleibt festzuhalten: Wäre zu der Herner Veranstaltung ernsthaft mobilisiert worden, dann hätte es mit Sicherheit gellende Pfeifkonzerte gegeben, als Breit in seiner Rede Aussagen wie die folgende machte: „Ich denke, wir tun gut daran, die Entscheidung über den genauen Weg, wie unser Ziel der allgemeinen und kontrollierten Abrüstung erreicht werden kann, in erster Linie den politischen Parteien und den Regierungen zu überlassen." Ganz anders demgegenüber Christian Götz vom Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV auf der Großkundgebung des DGB in Bremen, an der sich immerhin ca. 15000 Menschen beteiligten. Götz erklärte, es sei notwendig, daß der DGB Front gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß mache und ebenso auch gegen die „Bonner Allparteienkoalition für Sozialabbau". Manchen höheren Gewerkschaftsfunktionär dürfte es schockiert haben, was auf der Mainzer DGB-Kundgebung der Saarbrücker Oberbürgermeister Lafontaine sagte: Die Gewerkschaften müßten sich einmal Gedanken darüber machen, ob jener Standpunkt, der von manchem sozialistischen Arbeiterführer vor dem ersten Weltkrieg noch vertreten wurde, nicht auch heute aktuell sei, daß nämlich in dem Fall, wo eine Regierung einen Krieg beginnt, die Arbeiterschaft des entsprechenden Landes in den Generalstreik treten müsse. In Hamburg demonstrierten am Mittwochabend auf den Aufruf des DGB hin rund 20000 Menschen. Die IG Metall marschierte unter der Losung: „Stoppt den Rüstungswahn — Keine neuen Atomraketen in Europa". Und Vertrauensleute der IG Metall bei Blohm & Voss, dem größten Rüstungsbetrieb in Hamburg, hatten auf ihr Transparent geschrieben: „Stopp Aufrüstung und Entlassungen bei B & V". Alles in allem: Trotz Breit und Co. geht es in den Gewerkschaften voran mit dem Friedenskampf, wenn auch leider noch zu langsam.



DGB-Demonstration am Antikriegstag in Hamburg.

AEG-Brunnenstraße Westberlin

Streikversammlung brachte noch nicht den Durchbruch

WESTBERLIN. — Mitte August wurde klar, daß das Werk AEG-Brunnenstraße in Westberlin mit seinen fast 3000 Beschäftigten stillgelegt werden soll. Seither hat es verschiedene Anstrengungen in der Belegschaft gegeben, eine konsequente Gegenwehr zu organisieren. Ein Aktionskomitee wurde gegründet. Es kam zu Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen. Auf einer spontan einberufenen Streikversammlung sollte der schwierige Durchbruch zu entscheidenden Kampfmaßnahmen erreicht werden.

Der notwendige Widerstand der Arbeiter und Angestellten gegen die mit dem Vergleichsverfahren eingeleitete Zerschlagung von AEG-Telefunken und die Vernichtung eines Großteils der Arbeitsplätze in dem Konzern, leidet bekanntlich unter einem entscheidenden Manko: Die IG-Metall-Führung in Frankfurt, sowie die Spitze des Gesamtbetriebsrates stützen nach dem Motto, lieber das kleinere Übel, als gleich einen Konkurs, den Vergleich, anstatt eine Kampffront aller AEG-Belegschaften gegen die Zerschlagung des Konzerns und für den Erhalt aller Arbeitsplätze aufzubauen.

Infolge dieser Haltung der Loderer, Rubke und Konsorten fällt es den AEG-Konzern-Herren natürlich verhältnismäßig leicht, die einzelnen Belegschaften gegeneinander auszuspielen und Kampfaktionen zu verhindern bzw. einzudämmen. Auch für die Kolleginnen und Kollegen bei AEG-Brunnenstraße in Westberlin ist es von daher alles andere als leicht, den Schritt zu vollziehen, der allein noch Chancen auf die Rettung des Werkes Brunnenstraße und den Erhalt der knapp 3000 Arbeitsplätze bietet: unbefristeter Streik, Besetzung des Betriebes.

Aktionskomitee gegründet

Am Freitag, den 20.8., bestätigte der Konzernvorstand endgültig, daß das Werk AEG-Brunnenstraße geschlossen werden soll. Am Montag fand daraufhin eine kämpferische Betriebsversammlung auf dem Werkshof statt. Diese Versammlung, an der fast alle anwesenden Belegschaftsmitglieder teilnahmen, dauerte mehrere Stunden. Fast 30 Redner meldeten sich zu Wort. Vielfach wurden Aktionen und Kampfmaßnahmen, auch Streik, gefordert.

Mehrere Redner riefen auch zur Bildung eines Aktionskomitees gegen die Schließung des Werkes Brunnenstraße auf. Das Komitee wurde dann nach dem Ende der Schicht im benachbarten Gemeindesaal der evangelischen Kirche tatsächlich gegründet. 86 Kolleginnen und Kollegen, Arbeiter, Angestellte und Auszubildende aus allen vier Betrieben der AEG-Brunnenstraße, beteiligten sich an der Gründungsversammlung.

Für den Donnerstag (26.8.) wurde ein weiteres Treffen des Aktionskomitees angesetzt. Dazu wurde mit einer Einladung im Betrieb mobilisiert. Es kamen 110 Kolleginnen und Kollegen.

Auf dieser Versammlung wurde beschlossen, daß nun Druck gemacht werden soll, um die schon seit längerem geforderte gemeinsame Demonstration aller Westberliner AEG-Beschäftigten durchzusetzen. Und es sollte sich zeigen, daß die Beschlüsse des Aktionskomitees gut in die Tat umgesetzt wurden.

Demonstration

Das Aktionskomitee hatte beschlossen, daß am Freitagmorgen möglichst viele Kollegen vor dem Betriebsratsbüro erscheinen sollten, um der Forderung nach einer gemeinsamen Demonstration Nachdruck zu verleihen. Mittags sollten dann Kollegen vor das Haupttor kommen, wo ein Transparent aufgehängt werden sollte.

Zu dem Stelldichein vor dem Betriebsratsbüro erschienen 300 bis 400 Kolleginnen und Kollegen. Mittags zum Haupttor kamen 100 bis 200 Kolleginnen und Kollegen. Man setzte sich auf die Straße und blockierte den Verkehr. Auf dem Transparent hieß es: „Das Werk Brunnenstraße muß bleiben — Wir lassen uns nicht teilen" (vgl. letzter RM, Foto auf Seite 1, rechts oben).

Bereits am Nachmittag fand dann eine Vertrauensleutesitzung statt, auf der eine Demonstration der gesamten Belegschaft des Werkes Brunnenstraße für die folgende Woche beschlossen wurde.

Am Dienstag (31.8.) wurde bekanntgegeben, daß der Berliner Senat keine Gelder für den Erhalt von AEG-Brunnenstraße bereitstellen will. Empörung in der Belegschaft. Das Aktionskomitee forderte nun, die für den Nachmittag des Mittwoch angesetzte Demonstration solle nun am Vormittag, also während der Arbeitszeit, stattfinden. Diese Forderung fand auch bei den Vertrauensleuten breite Unterstützung.

Am Mittwochmorgen um 9.00 Uhr sammelten sich an der Brunnenstraße dann rund 2000 Arbeiter und Angestellte. Der Demonstrationszug bewegte sich am AEG-Werk Drontheimerstraße vorbei. Aus diesem Werk schlossen sich ca. 150 Kollegen der Demonstration an. Der Marsch ging dann zum Rathaus Wedding.

Dort forderten die Demonstranten das Erscheinen des Wirtschaftssenators Pieroth. Dieser erschien auch, jedoch fand er kaum Gelegenheit, die Haltung des Senats zu rechtfertigen, denn er wurde laufend ausgebuht.

Streikversammlung

Auf dem Rückmarsch gab das Aktionskomitee die Parole aus: „Im Anschluß an die Demonstration versammeln wir uns in der Grünen Halle" (es handelt sich um die zentrale Werkshalle auf dem Gelände der AEG-Brunnenstraße). Dieser Aufruf wurde auch vom Betriebsratsvorsitzenden Jäckel unterstützt.

Zu der Streikversammlung in die Grüne Halle kamen 400 Kollegen. Der anwesende 2. Ortsbevollmächtigte der IG Metall, Kollege Nasserke, antwortete auf die Frage, wie die Ortsverwaltung zu dieser Streikaktion stehe: Wir stehen hinter euch, unsere Unterstützung habt ihr!

Die entscheidende Frage war in dieser Situation allerdings, welche Haltung der Vertrauenskörper einnehmen würde. Es erwies sich, daß die meisten Vertrauensleute nicht auffindbar waren, es konnten nur 45 zusammengetrommelt werden (bei AEG-Brunnenstraße gibt es keinen IGM-, sondern einen betrieblichen Vertrauenskörper, dem z. B. auch DAG-Mitglieder angehören). Diese 45 Vertrauensleute debattierten dann über eine Stunde lang. Sie faßten dann fatalerweise bei fünf Gegenstimmen den Beschluß, den Streik nicht zu unterstützen.

Offensichtlich hatten die Vertrauensleute die falsche Einschätzung, daß die Kampfbereitschaft in der Belegschaft nicht stark genug sei. Tatsächlich aber war in dieser Situation die Kampfbereitschaft sehr wohl stark genug.

Der Beschluß der Vertrauensleute erzeugte Unsicherheit und Verwirrung unter den Versammelten und die Versammlung begann abzubröckeln. Der Plan, zu einem unbefristeten Streik und zur Besetzung des Betriebes überzugehen, konnte jetzt nicht mehr aufrechterhalten werden.

Das Aktionskomitee wird jedoch die Flinte nicht ins Korn werfen. Zunächst mußte der Kampf zwar abgebrochen werden, obwohl nicht viel gefehlt hätte, um den Durchbruch zu schaffen. Das ist bitter. Aber das letzte Wort im Werk Brunnenstraße ist noch nicht gesprochen.



Streikversammlung am 1. September in der Grünen Halle im AEG-Werk Brunnenstraße. 400 Kollegen hatten sich hier im Anschluß an eine Demonstration der Belegschaft versammelt, um über weitere Kampfmaßnahmen zu beraten.

+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++

Interesse erwacht

Liebe Genossinnen und Genossen,

normalerweise zähle ich zur Gruppe der seltenmäßigen „Roter-Morgen"-Leser, und insbesondere die langen Artikel haben bei mir immer zur äußersten Zurückhaltung geführt. Ich weiß — das ist schlecht. Und natürlich habe ich des öfteren gute Vorsätze gefaßt. Mußte ich ja auch, wenn ich mal wieder mal bei Diskussionen mit meinen Kollegen schwuppdiwupp ganz locker von ihnen in die Tasche gesteckt wurde und mir meine Begeisterung für „Kommunismus, na klar! Was denn sonst?" auch nichts nützte, weil eben dieses berühmte Hintergrundwissen fehlte. Na, wie dem auch sei, jetzt wo ich ans Krankenbett gefesselt bin, wurde ich zur regelmäßigen Leserin (zwei ganze „Rote Morgen" in zwei Tagen), und mußte feststellen, daß er ja gar nicht mehr so schrecklich kompliziert und langweilig geschrieben ist, wie ich das in Erinnerung hatte. Die beiden Serien über „Die AEG-Pleite" und „Der antijüdische Teufelspakt" finde ich tierisch gut. Beide haben mich geplättet, weil ich an so viel Sauerei auf einem Haufen irgendwie nicht glauben mochte. Besonders die Artikel über die Zionisten haben mich erschreckt und völlig überrascht. Bislang dachte ich immer, Zionismus und Judentum, also eben diese Religion, seien ein und daselbe, und es stimmt, mein Bild bzw. Wissen von den Juden beschränkt sich auch darauf, daß Millionen unter dem Hitler-Faschismus umgekommen sind, und daß sie schon immer verfolgt wurden. Jedenfalls dachte ich, daß wohl eine Menge Leute diese Fakten auch nicht kennen und ihr — wenn es zeitlich noch machbar ist — diese Artikel zu einem Flugbuch zusammenfassen und auf dem Pressefest verkaufen könntet, zumal es ja auch eine Diskussionsrunde zum Israel-Krieg gibt. Die Tagebücher des Moshe Sharett könnte man gleich mit hineinpacken. Das gleiche dachte ich als Finanzierungsidee für das Pressefest von den Geschichten aus dem Erzählwettbewerb, obwohl es schöner wäre, wenn diese Geschichten mal als Buch erscheinen.

Dann habe ich noch zwei weitere Finanzierungsvorschläge. Für das Tischtennis-Turnier könnte man ein Startgeld erheben und vielleicht kann man einen Rundlauf veranstalten, an dem die Leute teilnehmen, die sich nicht trauen, beim Turnier mitzumachen, weil sie meinen, das sei was für Profis. Erstens macht Rundlauf mit vielen tierischen Spaß, zweitens kann man ein niedriges Startgeld erheben, drittens kann man kleine Preise vergeben.

So, das wars.

Tschüß und quietschvergnügte Grüße

Eine Leserin aus Düsseldorf



Protestaktion bei AEG

Welche Fehler?

Zum Artikel „Stoppt den Kahlschlag bei AEG" im „Roten Morgen", Nr. 34.

Liebe Genossen,

da steht in der vierten Spalte unten: „Beim Aufbau des Sozialismus wurden so schwere Fehler gemacht, daß sich dort eine neue Ausbeuterklasse aus der Bürokratie entwickeln konnte."

Nun lese ich den „Roten Morgen" schon eine ganze Weile. Aber sowas habe ich noch nie darin gelesen. Was mir unklar ist, ob sich dieser Satz auf die DDR oder die Sowjetunion bezieht. Das ist aus dem Text nicht zu entnehmen.

Ich finde, so kann der Satz nicht stehen bleiben. Da wird ja nicht von irgendwelchen Fehlern gesprochen, sondern von „so schweren Fehlern". Ich frage mich, wer hat denn diese Fehler gemacht? Und der „Aufbau des Sozialismus" begann in der Sowjetunion 1917 und in der DDR 1945.

Ich wäre euch dankbar, wenn ihr mal erläutern könntet, was und wen ihr mit diesem Satz gemeint habt.

Mit revolutionären Grüßen
Ein Leser aus Berlin

Kurzarbeit genauer behandeln

Liebe Genossen,

im Moment brüte ich über einem Artikel für unsere Betriebszeitung — Thema Kurzarbeit.

Wir ihr im letzten „Roten Morgen" richtig geschrieben habt, nimmt sie im Moment zu.

Mir ist in diesem Zusammenhang allerdings ein Mangel aufgefallen. Nach längerem „Studium" meiner gesammelten RMs ist mir kein Artikel zu Gesicht gekommen, der das Thema mal ausführlich behandelt. (Wie es zu anderen Dingen im RM ja öfters Artikel gibt — auch ein Punkt, der den RM immer besser und „wertvoller" macht.)

Denn, daß „Kurzarbeit nicht immer mit schlechter Auftragslage zu tun hat" (wie im letzten RM die Genossen aus Hamburg zitiert werden), ist sicher richtig, aber immer häufiger ist doch der Grund auch Absatzschwierigkeiten, dann ist Kurzarbeit halt auch eine Möglichkeit, die Krisenerscheinungen auf uns abzuwälzen.

Bei den Kollegen zumindest ist vieles nicht klar. Besonders, wenn sie tatsächlich sehen, es ist nichts zu tun, die Lager sind voll. Viele Kollegen haben da noch falsche Vorstellungen und fallen auf das Gerede von der Kurzarbeit, die Arbeitsplätze sichert, rein.

Kurz und gut wollte ich vorschlagen, das Thema mal etwas grundlegender auseinanderzunehmen, auch als politische Hilfe für Diskussionen usw. wäre das bestimmt gut. Es gibt dazu bestimmt einiges zu sagen und zu widerlegen.

Meine Vorstellungen habe ich dazu schon, aber nicht die Zeit, alles noch aufzuschreiben, weil ich nämlich jetzt in Urlaub fahre und mich nicht vorher noch so abhetzen will. Aber ich habe mir gedacht, für einen kurzen Brief hast du noch Zeit.

Also überlegt euch das mal.

Bis zum Pressefest,
ein Genosse aus Köln



PLO-Kämpfer in Westbeirut

Ergänzungen zum Libanon-Krieg

Liebe Genossen,

ich möchte am Rande zwei Aspekte des Libanon-Krieges aufgreifen, die meiner Meinung nach zu wenig Beachtung fanden.

Zum ersten, die Waffen im Ost-West-Vergleich.

Es wurde in einigen bürgerlichen Zeitungen erwähnt, daß begrenzte Kriege wie der Libanon-Krieg und der Malvinen-Krieg für Waffentechniker so etwas wie „naturgetreue Manöver" sind. Westliche Waffenspezialisten feierten zuletzt die „gewaltige Überlegenheit" der von Israel eingesetzten westlichen Waffensysteme, die die Syrer „demoralisiert" hätten.

Solche Fritzen übertreiben bekanntlich gerne. Trotzdem sollte man den dadurch entstandenen Widerspruch ausnutzen: Wenn die westlichen Waffensysteme auch gegen moderne russische Waffen so überlegen sein sollen, wie steht es dann mit der angeblichen Überlegenheit des Warschauer Paktes, welche als Argument für die sogenannte Nachrüstung dient?

Zum zweiten: Sind die Waffen das Entscheidende in einem Krieg?

Der Libanon-Krieg sollte auch eine Lehre für solche Resignationsphilosophen sein, die meinen, man könnte gegen die Allmacht der Waffen nichts ausrichten. Die syrische Armee, wesentlich stärker gerüstet als die PLO-Truppen, konnte der israelischen Armee nicht viel Widerstand bieten. Es ist aber auch in der westlichen Presse anerkannt, daß die PLO mit unterlegenen Waffen den Invasoren heftigen Widerstand geleistet hat und viele Verluste beibrachte.

Trotz brutalem Bombenterror sind die israelischen Aggresssionstruppen zum Beispiel in Beirut nur meterweise vorangekommen.

Es zeigt sich, daß „Waffen allein — so wichtig sie sind — den Krieg nicht entscheiden können. Die PLO führt einen gerechten Kampf, sie hat die Unterstützung von allen fortschrittlichen Menschen in der Welt. Die israelischen Soldaten dagegen sehen immer weniger den Sinn der Befehle. Es zeigt sich auch hier wieder die Lehre des Vietnam-Krieges, daß eine gerechte Sache noch andere Waffen kennt, als Flugzeuge, Panzer und Bomben.

Und schließlich zur Bedeutung des Camp-David-Abkommens.

Nach den jetzigen Erfahrungen muß klar gemacht werden, daß das Camp-David-Abkommen nicht ein Friedenspakt, sondern ein Kriegspakt ist. Ohne dieses Abkommen wäre der Krieg für Israel ein zu großes Risiko gewesen. Der Sinai hatte Soldaten gebunden, so aber hatte man den Rücken frei. Der Rest an Einheit im arabischen Lager war auch zerstört. Und — nicht zuletzt — durch das Abkommen wurde Israel ein gewisser Friedenswille unterstellt.

Ich bin der Meinung, daß Israel ohne das Camp-David-Abkommen sich nicht mehr als ein paar grenznahe Übergriffe hätte erlauben können.

Grüße
von einem Leser aus Köln

Unterstützungsangebot

Liebe Genossen von der Redaktion,

ich würde euch gerne durch mehr oder weniger regelmäßige Beiträge aus dem Gesundheitswesen unterstützen.

Bisher hatte ich Probleme damit. Ich bin mit dem Schreiben etwas umständlich. (In der Schule war ich auch immer schlecht damit.) Und ich habe auch praktisch ziemlich viel um die Ohren, unter anderem auch in sozialen Initiativen. Aber ich (wir) habe mich dafür entschieden, soviel für den RM an Zeit und Initiative locker zu machen, wie ihr für nötig haltet. Und da ist ein weiteres Problem: Was ist nötig? Ich glaube, daß die sozialen Einschnitte gerade im Gesundheitswesen im RM mehr berücksichtigt werden müßten. Nun möchte ich euch bitten zu sagen, was ihr für wichtig haltet. Um euch die Entscheidung leichter zu machen, schicke ich euch einige Produkte meiner / unserer Arbeit hier in Kiel. Bitte lest euch das durch und sagt mir, wie ihr das seht, wie meine Unterstützung für den „Roten Morgen" aussehen könnte.

Herzliche Grüße — bis bald
Ein Genosse aus Kiel

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

NS-Propagandisten dürfen weiter unterrichten

Freibrief für Nazi-Lehrer

Antifaschistin von Berufsverbot bedroht

Als wahrer Hort faschistischer Aktivitäten ist seit Jahren das Grotefend-Gymnasium in Hannoversch-Münden bekannt. Trotz massiver Proteste der demokratischen Öffentlichkeit dürfen Nazi-Lehrer an dieser Schule weiter unterrichten. Einer antifaschistischen Lehrerin dagegen droht jetzt das Berufsverbot.

Karl-Heinz Kausch ist Oberstudiendirektor am Grotefend-Gymnasium. Und dieser Herr hat so seine eigenen pädagogischen Vorstellungen, die immer wieder auf eines hinauslaufen: die Verherrlichung der NS-Diktautr. Kausch ist in diesem Sinne auch an die Öffentlichkeit getreten, etwa als Autor eines Vorworts für das Nazibuch „Ein anderer Hitler". Weniger öffentlich sind andere Aktivitäten des Schulleiters, beispielsweise Reden, die er als Mitglied der HIAG (Vereinigung von ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS) bei Versammlungen dieser Organisation hielt und wo er Hitler unter anderem als maßvollen Realpolitiker feierte.

„Mein Mandant erfüllt die beste Voraussetzung für einen Lehrer: Er ist mit Sicherheit kein Kommunist!"

Lange Zeit konnte Kausch seiner Werbetätigkeit für den Faschismus völlig ungehindert nachgehen. Vor vier Jahren leitete dann die Braunschweiger Disziplinarkammer ein Verfahren gegen ihn ein. Diejenigen, die sich davon endlich eine Entfernung dieses Hitler-Verehrers aus dem Schuldienst versprachen, wurden allerdings bitter enttäuscht. Die Kammer „bestrafte" den Oberstudiendirektor nur mit einer 10prozentigen Gehaltskürzung — und schickte ihn wieder zurück an die Spitze des Grotefend-Gymnasiums zurück. Eine Entscheidung, die offenbar ganz im Sinne des niedersächsischen Kultusministers Remmers war. Denn obwohl sich fast zwei Drittel der Mitglieder des Lehrerkollegiums am Gymnasium gegen einen Verbleib des Direktors an der Schule ausgesprochen hatte, machte Remmers nicht von seinem Recht Gebrauch, Kausch zu versetzen. Seine Begründung: Das würde nur einen neuen Unruheherd schaffen.

So ist der ehemalige SS-Mann seit einigen Monaten wieder Leiter des Grotefeld-Gymnasiums. Und es besteht Grund zu der Annahme, daß er schon bald wieder alle seine Getreuen um sich sammeln kann. Inzwischen ist nämlich auch ein zweites Disziplinarverfahren abgeschlossen worden. Es richtete sich gegen den Studienrat Heinz Luthardt, der bis 1978 (als das Verfahren begann) Deutsch und Französisch am Grotefend-Gymnasium unterrichtet hat. Luthardt war nicht nur ein eifriger Verfechter der Nazi-Schriften seines Direktors. Er verteilte auch anderes NS-Material an seine Schüler und verbreitete sich etwa über die „Ausschwitz-Lüge" oder über die sogenannte Reichskristallnacht (den Auftakt der Judenverfolgung) als „Reaktion auf die Kriegserklärung des Weltjudentums gegen das Deutsche Reich."

Im Gegensatz zu seinem Vorgesetzten beschränkte sich Luthardt nicht auf die faschistische Propaganda. Er wurde auch als Organisator in der braunen Szene aktiv. So gründete er einen Verein mit dem harmlosen Namen „Zugvögel"-Jungenschaft. Was wie ein Wanderverein erscheinen mag, war nach Angaben abgesprungener Mitglieder in Wahrheit eine Bande, die unter anderem enge Kontakte zur Wehrsportgruppe Hoffmann und zu dem jetzt inhaftierten Nazi-Mörder Roeder unterhielt.

Luthardts Gruppe ist nun nicht etwa verboten worden. Nur die öffentlichen Zuschüsse, die zuvor reichlich geflossen waren, wurden gestrichen, als der braune Anstrich dieser Organisation allzu offensichtlich wurde. Aber auch das wollen Luthardt und andere Förderer der „Zugvögel" nicht hinnehmen. Sie haben Klage gegen die Streichung der Zuschüsse eingereicht. Und einer derjenigen, die diese Klage tragen, ist der CDU-Ratsheer Karl Krah — im Hauptberuf Lehrer am Grotefend-Gymnasium.

Auch gegen Luthardt selbst sind keinerlei gerichtliche Schritte eingeleitet worden. Das oben erwähnte Disziplinarverfahren ging genauso aus wie das Verfahren gegen Kausch. Die Braunschweiger Kammer sah in Luthardts faschistischer Tätigkeit nur einen Verstoß gegen die „Mäßigungs- und Zurückhaltungspflicht des Beamten" — für die Kammer eine Bagatelle, die mit einer 10prozentigen Gehaltskürzung auf zwei Jahre abgegolten ist. Luthardt darf sein Lehramt jetzt wieder ausüben, und alles spricht für seine baldige Rückkehr ans Grotefend-Gymnasium.

Diese unglaublichen Vorfälle sind letzte Woche vom schulpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen, Rolf Wernstedt, verurteilt worden. Wernstedt sagte, kein demokratischer Bürger könne noch verstehen, „daß ausgemachte Nazis praktisch unbehelligt ihrer pädagogischen Tätigkeit nachgehen können, während zugleich Hunderttausende junger Menschen durch die Androhung von Regelanfragen und Berufsverboten von engagiertem demokratischem Verhalten abgehalten werden."

Das trifft die Sache, wenngleich man nicht vergessen sollte, daß der zweifelhafte Ruhm, „Erfinder" des Radikalenerlasses zu sein, Willy Brandt gebührt und, daß Schnüffelei und Berufsverbote bekanntlich auch heute nicht auf CDU-Länder beschränkt sind. Ein neuer Fall von Berufsverbot bahnt sich nun ausgerechnet am Grotefend-Gymnasium in Hannoversch-Münden an.

Schon vor einiger Zeit war dort eine Lehrerin, die sich aktiv gegen den Nazi Kausch engagiert hatte, vom Kultusministerium an eine andere Schule versetzt worden. Für die dadurch freigewordene Stelle hatte sich Dorothea Holleck beworben, eine junge Lehrerin mit unbestreitbarer Qualifikation — unter anderem konnte sie ein „sehr gut" im zweiten Staatsexamen vorweisen. Bereits im Juni bekam Frau Holleck eine Zusage von der Braunschweiger Bezirksregierung, am Grotefend-Gymnasium war sie schon in den Stundenplan eingebaut.

Als sie aber Anfang Juni ihre Einstellungsurkunde am Gymnasium abholen wollte, bedeutete ihr Direktor Kausch, es gebe da einige „Probleme", die Urkunde könne nicht ausgehändigt werden. Wie in solchen Fällen üblich, bekam die Lehrerin — nach eigenem Bekunden aktive Antifaschistin — keinerlei Begründung für die Ablehnung.



Dorothea Holleck

Anfragen bei der Bezirksregierung ergaben nur, daß „Erkenntnisse" vorlägen und mit einer Anhörung gerechnet werden müsse. Erst ein Artikel in der „Frankfurter Rundschau" klärte Dorothea Holleck darüber auf, daß sie „im Verdacht der DKP-Mitgliedschaft" stehe.

So steht also zu befürchten, daß ausgerechnet an dieser Schule, wo Nazi-Lehrer ungehindert unterrichten können, eine Antifaschistin endgültig abgelehnt und per Berufsverbot ausgeschaltet wird. Das darf nicht hingenommen werden. Berufsverbote müssen die Propagandisten des Faschismus bekommen; Dorothea Holleck muß eingestellt werden!

Terrordrohungen gegen Türken

In einem Brief an die in der BRD erscheinende türkische Zeitung „Milliyet" hat eine „Nationalsozialistische Deutsche Befreiungsfront" (NSDBF) eine Welle von Terroranschlägen gegen türkische Einrichtungen und Einzelpersonen angekündigt.

In dem Schreiben heißt es: „Die Nationalsozialistische Deutsche Befreiungsfront fordert hiermit besonders die Türken auf, sofort und bedingungslos das Reichsgebiet Westdeutschland zu verlassen." Die Nazis teilen weiter mit, sie hätten auch schon Unternehmer mit dem Rausschmiß von Türken „beauftragt" und im Falle einer Weigerung Sabotageakte in den betreffenden Betrieben angekündigt.

Ähnliche Drohungen hat es in den letzten Monaten immer häufiger gegeben, so beispielsweise durch ein „Ausländer-Vernichtungs-Kommando" in München. Dort hatten Faschisten besonders im Bereich der Innenstadt Geschäftsleute und Gastwirte mit Drohbriefen und Drohanrufen terrorisiert, in denen Anschläge für den Fall angekündigt wurden, daß die in den Betrieben beschäftigten Türken nicht sofort entlassen würden.

Grundsatzurteil gegen Hausbesetzer

Nach einem Urteil des 1. Strafsenats beim Oberlandesgericht Hamm gibt es für die Besetzung auch eines zum Abriß bestimmten, leeren Hauses keine rechtliche Rechtfertigung.

Damit wurde ein Urteil des Dortmunder Amtsgerichts aufgehoben. Es ging dabei um eine Hausbesetzung in einem Sanierungsgebiet. Das Amtsgericht hatte eine daran beteiligte Frau von der Anklage des Hausfriedensbruchs freigesprochen, weil es sich bei dem besetzten Haus um ein Abbruchhaus gehandelt habe.

Ähnlich hatten in der Vergangenheit auch andere Richter unterer Instanzen entschieden. Sie waren davon ausgegangen, daß ein Abrißhaus weder als Wohnung noch als „befriedetes Besitztum" im Sinne des Gesetzes gesehen werden könne und mithin kein Tatbestand des Hausfriedensbruchs vorliege.

Solche Überlegungen sind nun vom Oberlandesgericht Hamm als „überwiegend polemisch" weggewischt worden. Jedes Haus sei ein „befriedetes Besitztum" — und das müsse entsprechend geschützt werden.



KZ-Kommandeur vor Gericht

SS-Mörder freigesprochen

Als freier Mann konnte letzte Woche Walter Kümmel, früherer SS-Unterscharführer und KZ-Kommandant, das Hamburger Landgericht verlassen. Die Schwurgerichtskammer hatte den wegen mehrfachen Mordes angeklagten Mann freigesprochen.

Kümmel leitete in den beiden letzten Jahren der faschistischen Diktatur die Außenstelle Eidelstedt des Konzentrationslagers Neuengamme. Er war für 500 Frauen, zumeist Jüdinnen aus Osteuropa, Herr über Leben und Tod. Zeugenaussagen schildern ihn als eine besonders brutale SS-Kreatur. Kümmel, der stets mit Peitsche und Gummiknüppel durch das Lager ging, machte sich offenbar ein besonderes Vergnügen daraus, die Frauen nach Belieben zusammenzuschlagen. Und er scheute auch vor Mord an Kindern nicht zurück.

Zumindest in einem Fall sah es selbst das Hamburger Gericht als erwiesen an, daß Kümmel an der Ermordung eines neugeborenen Kindes mitgewirkt hat. Das Baby wurde umgebracht, „um die Mutter arbeitsfähig zu erhalten." Die Frauen in der KZ-Außenstelle Eidelstedt waren Arbeitssklavinnen, von der SS aus Auschwitz und Theresienstadt herangeholt und an Hamburger Unternehmer verscherbelt. Nichts könnte besser als der bestialische Kindermord die Rolle dieser Frauen kennzeichnen. Sie wurden buchstäblich bis aufs Blut ausgebeutet; waren sie verbraucht, schichte die SS sie in die Vernichtungslager zurück — ins Gas.

In den Arbeitslagern wie dem von Eidelstedt zeigte sich das Gesicht des Kapitalismus in seiner furchtbaren Brutalität. Es ist fast schon beschönigend, diese Frauen Sklavinnen zu nennen. Denn sie waren so sehr auf die Funkton einer profitschaffenden Ware reduziert, daß man ihnen sogar die Kinder umbrachte, um sie „arbeitsfähig zu erhalten." Diejenigen aber, die sich an dem unermeßlichen Elend dieser Frauen bereicherten, diejenigen, für deren Profite neugeborene Kinder umgebracht wurden, sind niemals vor ein Gericht gestellt worden. Sie konnten ihren auf Blut und Terror begründeten Reichtum in der Nachkriegszeit unbehelligt weiter vermehren.

Und selbst ihr Scherge, der Kz-Kommandant Kümmel, wird wohl nie mehr zu Rechenschaft gezogen werden. So unglaublich es klingt — das Hamburger Landgericht weigerte sich, ihn für den erwiesenen Kindermord zu bestrafen. Günter Bertram fungierte als Vorsitzender Richter. Man sollte sich diesen Namen merken. Herr Bertram also brachte es fertig, in seinem Hirn den folgenden Gedankengang zu fabrizieren: Man könne Kümmel nicht nachweisen, daß er bei der Tötung des Kindes die niedrigen Beweggründe der Haupttäter, seiner Vorgesetzten „persönlich geteilt" habe. Der KZ-Kommandeur habe auf Befehl, mihin „weder besonders grausam" noch „heimtückisch" gehandelt. Also könne ihm nicht Beihilfe zum Mord vorgeworfen werden. Und damit falle das Delikt unter die Verjährung.

Somit war Anklagepunkt Nummer eins aus der Welt geschafft. Kümmel wurden aber noch zwei andere persönlich begangene Morde vorgeworfen. Im einen Fall ging es wieder um ein neugeborenes Kind. Der SS-Mann hatte es der Mutter weggenommen und der Mutter am nächsten Tag mit zynischer Grausamkeit einen Pappkarton präsentiert, in dem die Leiche des Kindes lag. Der andere Fall betraf eine ungarische Jüdin, die an Tuberkulose erkrankt war. Und damit hatte sie ihre einzige Lebensberechtigung, die „Arbeitsfähigkeit", verloren. Nach der perversen Logik des faschistischen Kapitalismus war das ihr Todesurteil — sie wurde durch eine Giftinjektion ermordet.

In beiden Fällen stellte sich Richter Bertram auf den Standpunkt, es sei nicht schlüssig zu beweisen, daß Kümmel die Frau und das Kind getötet habe. Es ist ja eines der großen „Verdienste" der bundesdeutschen Klassenjustiz, die zwar Hausbesetzer oder „gewalttätige Demonstranten" binnen weniger Monate nach der „Tat aburteilen und ins Gefängnis schicken kann; daß sie es aber andererseits versteht, die Verfahren gegen faschistische Massenmörder so lange zu verzögern, bis sie wegen der „undurchsichtigen Beweislage" eingestellt werden können.

So ist also der KZ-Kommandeur Kümmel nach wie vor ein freier Mann. Und angesichts dieses Prozesses verwundert es dann auch nicht mehr, daß selbst der Staatsanwalt ein ganz offenes Desinteresse an einer Bestrafung des Mörders bekundet. Dieser sogenannte Ankläger hatte ohnehin nur sechs (!) Jahre für Kümmel gefordert. Und nach dem Urteilsspruch sagte er, angesichts des hohen Alters des Angeklagten und des ungewöhnlich langen Wartezeit sei eine Revision wenig sinnvoll.



(Änderungen vorbehalten)

Samstag, 25.9.82

Freilichtbühne I

11.00 Uhr, Hobelbühne, Kabarett aus Frankfurt
12.00 Uhr, Kölner Straßenmusiker
13.00 Uhr, Blinkfüer, Kabarett aus Hamburg
16.00 Uhr, Zeitzünder, Kabarett aus Köln

Freilichtbühne II

16.00 Uhr, Teakwon-Do mit dem ASG Ückendorf

Großzelt

14.00 Uhr, „Sozialismus hat Zukunft", Veranstaltung der KPD, es spricht Ernst Aus
18.00 Uhr, „Laßt euch nicht BRDigen", Musikveranstaltung der KJD mit: Eck, Rocktheater Nachtschicht, Kotten Blues Band und Elbe 1

Diskussionszelt I

11.00 Uhr, Der Kampf um die Gleichberechtigung und Befreiung der Frau
16.00 Uhr, Wie weiter im Kampf gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit?

Diskussionszelt II

11.00 Uhr, Stahlwerk jetzt — Film und anschließend Diskussion mit Betriebsräten von Hoesch
16.00 Uhr, Ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln?

Kinozelt

11.00 Uhr, Schade, daß Beton nicht brennt
12.30 Uhr, Hessischer Herbst
13.00 Uhr, Die Schlacht um Jerusalem
14.00 - 16.00 Uhr Kinderfilme
16.00 Uhr, Belfast — anschließend Diskussion mit Vertretern der Sinn Fein (IRA)

Kinderspielplatz

Sport, Spiel, Spannung für die Kleinen von 10.00 bis 18.00 Uhr

Stände der KPD

Von Flensburg bis zum Bodensee sind die Landesbezirke der KPD vertreten, informieren über ihre Arbeit, bieten kulinarische Spezialitäten an und sorgen für Unterhaltung.

Markt der Möglichkeiten

Stände und Informationen von politischen Organisationen, Gruppen und Komitees. Alles ist eingeladen außer rechten Organisationen und den etablierten Parteien.

Sonntag, 26.9.82

Freilichtbühne I

13.00 Uhr, Pegasos — Griechische Folklore und politische Lieder

Freilichtbühne II

14.00 Uhr, Tänze aus der Türkei

Großzelt

10.00 Uhr, Manifestation gegen Ausländerfeindlichkeit
12.00 Uhr, Es singt Melike Demirag
15.00 Uhr, „Lieder zur Lage" mit Werner Worschech, Hans Dinant und den Schmetterlingen aus Wien

Diskussionszelt I

12.00 Uhr, Brokdorf-Prozesse — Beispiel für politische Unterdrückung und Abbau demokratischer Rechte. Gezeigt wird ein Film über den Prozeß gegen M. Duffke und M. Mohr. Diskussion mit Angeklagten des Arbeitskreises Leben, Hamburg

Kinozelt

10.00 - 12.00 Uhr, Kinderfilme
13.00 Uhr Alamanya Germania
13.30 Uhr, Unruhe von Yilmaz Güney

Platz neben Großzelt

13.00 Uhr, Manfred Spieß fertigt Denkanschläge zur Ausländerfeindlichkeit an

Kinderprogramm, Stände der KPD und Markt der Möglichkeiten wie am Samstag.

Die Tauben fliegen, läßt am Sonntag, den 26. September der Landesbezirk Ruhr der KPD

Hans Dinant — Lieder zur Lage

Liedermacher aus Kassel. Er singt „Lieder gegen den Tritt", aus dem Vor-März und der 48er Revolution, Bergarbeiterlieder, Lieder aus den faschistischen Konzentrationslagern. Er singt eigene aktuelle Lieder und Lieder der internationalen Arbeiterbewegung.

Hans Dinant sang auf einer Veranstaltung der Kampagne „Aussperrung verbieten" und war auf der Abschlußveranstaltung des II. RGO-Kongresses dabei — von daher sicher einigen RM-Lesern bekannt. Er singt am Sonntag, den 26. September am Stand des Landesbezirks Hessen der KPD und vertritt auf der Abschlußveranstaltung „Lieder zur Lage", Kalle Winkler, der leider ausgefallen ist.

Filme auf dem Pressefest

Schade, daß Beton nicht brennt

Ein Film über die Hausbesetzer in Berlin. Neun Filmemacher waren über drei Monate mit der Kamera dabei. Sie haben eine Zeitlang im besetzten Haus gewohnt, sprachen mit den alten Mietern und den inhaftierten Hausbesetzern. Ruhige Zeiten waren das nicht. Straßensperren, Verhaftungen, Räumungen, nächtlicher Alarm oder Fehlalarm über die Telefonkette, all das dokumentiert der Film. Auch die Massenfestnahmen von 138 Instandbesetzern am 7. April 1981 ist im Streifen festgehalten. Ein parteiischer Film. Ein Film, der die Angst, Wut und Verzweiflung im Bauch spüren läßt, aber auch die Kraft den Kampf weiterzuführen.



Stahlwerk jetzt

Von November 1980 bis April 1981 haben Studenten an der Fachhochschule Dortmund einen Film über den Kampf für ein Stahlwerk bei Hoesch gedreht. Zu Wort kommen nicht Politiker und Funktionäre. „Wir haben uns in diesem Film für die Leute entschieden, die in diesem Werk arbeiten und für die, die dahinterstehen, wenn's brennt... die Frauen", so die Autoren. — Ein Dokumentarfilm für alle, die aufrecht gehen wollen.

Belfast

„Wenn du Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor", ein Zitat aus dem Film. Ein aktueller, ein neuer Film über die Kämpfe in Nord-Irland, in der Stadt Belfast, aus der Sicht der katholischen Republikaner. Im Film kommt ein Vertreter der Sinn Fein (IRA) zu Wort. Und auf dem Pressefest des „Roten Morgen" sind Vertreter der Sinn Fein (IRA) anwesend, die nach dem Film eure Fragen beantworten.

Hessischer Herbst

Ein Kurzfilm über den Kampf gegen die Startbahn West. Er beginnt mit dem 28. Oktober 1980. Der Staat zeigt seine Zähne. Polizeitruppen rücken an, um Demonstranten aus dem Wald zu vertreiben. Die Holzfäller beginnen unter Polizeischutz ihre Arbeit. Der Widerstand entwickelt sich. Über ein Jahr verfolgt der Film die Aktionen der Bevölkerung bis zum Volksbegehren.



ALAMANYA Germania

Ausschließlich Betroffene, Arbeitsemigranten aus Italien und der Türkei beschreiben ihre langjährige Erfahrung mit der bundesrepublikanischen Wirklichkeit. Sie erzählen von den Träumen und Hoffnungen auf ein besseres Leben und bessere Arbeitschancen, von der Kürze des Traums, vom Alltag, von den Arbeits- und Lebensbedingungen, den Vorurteilen und der Diskriminierung, der sozialen Entwurzelung und psychischen Vereinsamung, der Arbeitslosigkeit und drohenden Ausweisung, aber auch von der Perspektive zur Veränderung der Situation.

Unruhe

Ein Film von Yilmaz Güney, dem großen türkischen Filmemacher, der jetzt mit der Goldenen Palme ausgezeichnet wurde. Unruhe handelt von dem Leben, der Not und dem Kampf der türkischen Baumwollpflücker. Ein aktueller und eindrucksvoller Film, der uns Einblick gibt in das Leben der Ärmsten in der Türkei, in ihre Sehnsucht, Hoffnung und ihren Mut. Ein Film, der uns die türkischen Menschen bei uns besser verstehen hilft.

Die Schlacht um Jerusalem

Vor 34 Jahren wurde mit der Proklamation des Staates Israel die Besetzung Palästinas durch zionistische Juden auf eine neue Grundlage gestellt. Weltweit wurde von der zionistischen Propaganda die These vertreten, hier sei nur ein „Land ohne Volk für ein Volk ohne Land", ein menschenleeres Palästina werde von jüdischen Siedlern in einen Garten Eden verwandelt werden. Jedoch mußte dieses Land erst gewaltsam entvölkert und erobert werden. — Der Film zeigt die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser aus Jerusalem durch die Zionisten.

Außerdem: Ein Film über die Brokdorf-Prozesse, sowie ein umfangreiches Kinder-Film-Programm. Ergänzungen sind natürlich noch möglich und wahrscheinlich.

Sie funktioniert

Sie packte ihre Sachen zusam-men, verabschiedete sich schnell von den Kolleginnen, suchte in Gedanken noch einmal den ver-essenen Einkaufszettel zusam-en, wartete auf den Bus, der zum Supermarkt, nach ause bringen würde. Wieder-t fluchte sich still vor sich hin, das gemeinsame Auto stand ihr natürlich wieder mal nicht zur Verfügung, angeblich besaß sie ja nicht die Fahrpraxis, den neuen Wagen unbeschadet fahren zu können. Der Bus war voll, Frauen aus den umliegenden Fabriken saßen und standen und schimpften auf den Vorarbeiter, den Meister, den Chef. Vereinzelt saßen und standen auch Männer herum, sich langsam auf den Feierabend, den wohlverdienten vorzubereiten.

Es ist 4.00 Uhr, für einige war der Tag gelaufen, andere hatten noch Tolles vor, für die meisten im Bus jedoch fing die Hauptlast des Tages erst an, für den Großteil war der Feierabend ein Fremdwort. Gespräche rissen nicht ab, wenn einige ausstiegen, neue Fahrgäste zustiegen. Mechanisch bereitete sie sich auf den zweiten Teil des Tages vor. Heute noch Gardinen abnehmen, die Fenster in den vorderen Räumen putzen, hoffentlich hat er bereits angefangen, aber natürlich, durch die morgendliche Hetze hatte sie wieder einmal vergessen, ihn per Zettel auf einiges hinzuweisen, also wieder einmal nichts mit der so berühmten Mithilfe. Ihre Gedanken liefen im Kreis, kochen, vorkochen, Gardinen abnehmen, Fenster putzen. Verdammt, wenigstens die Kinder könnte er einmal abholen, er hat doch das Auto, er hat doch eine halbe Stunde eher Feierabend, immer mußte sie sich abhetzen und bei jeder Diskussion kam die unweigerliche Antwort „ja, hättest du es mir nicht eher sagen können, ja hättest du mir nicht..." Egal, alles hing von ihr ab. Einmal einfach aufhören mit dem sich zuständig fühlen, einmal einfach so aufhören, für ein oder auch für zwei Tage, was dann? Doch sofort dachte sie an die Kinder, wer würde sie dann versorgen, würden sie etwas richtiges zu essen bekommen, nach dem Mistessen im Hort brauchen sie abends etwas Gescheites. Nein, geht nicht, zuständig ist sie.

Sie setzte sich auf einen freiwerdenden Platz, ließ das Geplätscher der Stimmen an sich vorbeigleiten, lehnte ihren Kopf gegen die kühle, beschlagene Scheibe des Busses. Einmal wenigstens frei sein von dem immer an andere denken, einmal wenigstens etwas Verrücktes tun und nicht immer das Gefühl, ohne dich läuft nichts. Einmal alles hinter sich lassen und frei sein, frei, ein Fremdwort, das nur noch in fernen Träumen herumgeisterte. Frei bedeutete inzwischen fast so etwas wie der Fernseh-irische-Frühling, oder die genüßliche Kaffeestunde bei einer männerverwöhnenden Tasse Kaffee, für ihn gekauft, für ihn gekocht, frei bedeuteten inzwischen schon die zwei kostbarsten Wochen des Jahres, die in einem Ferienhaus auch nicht grad' für sie den Geschmack für Freiheit und Abenteuer hinterließen.

Für ihn da sein, für den Ablauf zu Hause da sein, am meisten für die Kinder da sein, die doch immer zu kurz kommen, ohne Organisation schaffte sie nichts. An den Wochenenden schaffte sie schon gar nichts, grad' die Treppen putzen, saugen, an den Wochenenden war alles ausgebucht, schon ging es in seine Gartenlaube, umsäumt von riesigen Kirschbäumen, die immer reichlich Früchte trugen und von ihr zu Marmelade an den Sonntagabenden verarbeitet werden wollten oder den Gurken, auf die er stolz war, die sie aber einlegen durfte, auf die endlosen Reihen, frischem, unverdorbenem, gesundem Gemüse. Lieber würde sie dann nur im Liegestuhl liegen, oder nur gießen und Unkraut zupfen, statt Gemüse zu putzen, schneiden, einzufrieren, einzukochen.

Der Bus hielt, sie stieg aus. Voll ist es wieder im Supermarkt, nur langsam kam sie an die von ihr gewünschten Artikel heran, alles wurde hinten gelagert, vorne war nur der Ramsch, der oft genug unnötigerweise mitgekauft wurde, weil es vielleicht doch gebraucht wird, zu Hause aber nur herumliegt und zu nichts nütze, nicht einmal schön ist. Die Kassen waren umlagert, von sechs nur zwei besetzt, ein Gedränge, Geschubbse ließ ihre letzten Reserven erlahmen, sie lehnte sich über den Einkaufswagen, froh einmal zwischendurch ausspannen zu können. Werbesprüche zwischen sanften Weisen kamen aus den Lautsprechern, Hinweise auf Sonderangebote ließen sie zeitweise aufhorchen. Wieder mal der Superknüller? Nur allmählich ging es vorwärts, sie vernahm nichts mehr um sich herum, als nur ein gleichmäßiges auf- und abschwellendes Brausen, ummalt von seichter Musik. Endlich, bezahlt, eingepackt, schwer trug sie an den Taschen und machte sich eiligst auf den Weg nach Hause. Haustür aufschließen, die Sachen wegpacken, wieder hinauseilen, die Kinder abholen.

Jetzt straffte sich ihre Schulter, nicht mehr schleppend war ihr Gang, sie freute sich auf das ablenkende Gerede der beiden. Fast jeden Tag daselbe, Arbeit, im Betrieb, Arbeit zu Hause. Einmal mit ihnen durch den Park tollen, oder zum Schwimmen gehen, oder verschwenderisch miteinander Eisessen gehen. Einmal nur Zeit für die Kinder, ohne daran zu denken, daß danach noch mehr kommen wird, was sie von ihnen ablenken kann, einmal mit ihnen gemeinsam bis in den Abend hinein spazierengehen, ihnen Dinge zeigen, die sie selbst kaum noch wahrnahm. Aber ihr Pflichtbewußtsein zwang sie, die Kinder anzutreiben, ihnen nur kurz zuzuhören, den Streit mit Klaus, die schlechte Note im Lesen, die Sorgen mit der Hort-Leiterin, der Lehrerin. Sie hörte nur die Worte wie aus der Ferne aufkommen und dann untergehen, ohne Zusammenhänge zu begreifen, mahnte das Mädchen zur Eile und begann schon wieder, wie jeden Tag innerlich ihre kommende Arbeit einzuteilen.

Unnachgiebig zog sie jetzt die Kinder mit sich fort, nein, kein Eis heute, nein, keiner Dampflok nachsehen, nein, den Schwan hatte sie nicht gesehen. Die Zeit drängt doch, beeilt euch. Die Freude auf die Kinder ging unter in Ungeduld und in Hetze, die Freude auf das Wiedersehen ging unter in Unlust über alles und jedes. Die Aggressivität in ihr sprang hoch und die Kinder spürten es sofort.

Eine Frau muß, ich muß, hämmerte es in ihrem Kopf. Sie schloß die Tür auf, begann sofort zu schimpfen, über ihn, der seine Jacke achtlos hingeworfen hatte, über ihn, der seine Schuhe nicht in den Schuhschrank gestellt hatte. Über die Kinder, die ihre Jacken achtlos hinwarfen und den Schuhschrank scheint's auch nicht als solchen betrachteten.

Er begrüßte alle drei freudig mit einem Kuß, erzählte stolz etwas von neuen Tulpenzwiebeln, Anbauarten, sie vernahm nur „Garten, Garten", sah die Küche, die Gardinen, die Fenster. Wenigstens war der Abfall heruntergebracht, fast hätte sie ihm gedankt dafür, sah aber noch das Frühstücksgeschirr in der Küche, den übervollen Aschenbecher von gesternabend, die beiden ungespülten Biergläser. Resigniert zog sie die Schultern wieder ein, schob ihn und die Kinder ins hintere Zimmer, murmelte noch ein „spielt schön", ein „meine Arbeit", brach immer noch nicht in Tränen aus, sondern trieb sich an. Das Essen, die Gardinen, die Fenster, unaufhörlich hämmerte es ihr mechanisch ein und ebenso mechanisch begann sie den zweiten Teil ihrer Arbeit. Du kochst gut, hatte er es wirklich gesagt? Um sie herum das gleiche Brausen, untermischt von Gelächter, befreiendem Gelächter, sie war ausgeschlossen.

Jetzt noch eine Tasse Kaffee, gemütlich machen, zu zweit, nur eine kurze Pause. Nein, ich muß noch die Gardinen, die Fenster, hat doch Zeit, sie kämpft mit sich, nein, was du heute kannst besorgen... Morgen ist doch Samstag, nein, heute, hämmerte es weiter, denn morgen, der Tag ist auch schon verplant. Später setzte sie sich mit dem Korb voller Bügelwäsche kurz zu ihm, begann mechanisch zu sortieren, die Kinder liegen schon lange im Bett. Jetzt zusammen etwas machen, aber sie war randvoll mit ihrer Arbeit und er erzählte, hast du gehört, die PLO zieht ab, welche PLO? Du informierst dich überhaupt nicht mehr. Mit dir kann man nichts mehr bereden. Durch die AEG droht uns Kurzarbeit. Sie horchte auf, doch schon verzog sich ihr Gedankenkreis wieder in die gewohnten Bahnen. Ach ja, Zubringerindustrie, sie hatte im Betrieb davon gehört, doch nichts so recht verstanden und ließ ihn jetzt alleine reden, ohne ihm zuzuhören. Er rauchte, er las, er trank sein Bier, er sah fern. Morgen ist Samstag, doch heute muß die Bügelwäsche noch in den Schrank, heute muß noch die Jeans des Jungen gestopft werden, daß er auch immer soviel toben muß, von ihm kam ein Gemurmel zurück, ist halt ein richtiger Junge, waren früher alle so. Morgen ist Samstag, das Mittagessen noch vorkochen, fast hätte sie es vergessen, morgen ist Samstag, heiliger Gartentag, jäten, gießen, die Laube ausbessern helfen, alles am Samstag. Jetzt ist Feierabend, nur für wen? Er schaltet nach den Spätnachrichten ab, gähnt, geht ins Bett, macht ihr noch Vorwürfe, weil sie nicht mehr für ihn da ist, nicht mehr lieb zu ihm ist, keine Zeit mehr hat für ihn.

Sie schaut entgeistert auf, tut sie nicht alles, was von ihr verlangt wird? Kocht sie nicht immer, jeden Tag, hält sie nicht alles in Ordnung? Sie tut doch alles, was eine Frau tun muß, andere Frauen hätten schon alles verschlampen lassen, doch sie nicht. Sie tut doch alles!

Die Zeit gehört ihr nicht, wie sie ihr nie gehört hat, die Zeit, ihre Zeit gehört anderen, und sie begehrt immer noch nicht auf?

Von einer Frau aus Dortmund

RM-Erzählwettbewerb

Lieber „Roter Morgen",

als Reagan seinen Fuß, in Bonn, auf unseren Boden setzte, da saß mein sensibler Freund Ambrosius Leuchthammer an der Schreibmaschine und schrieb. Später hat er mir die Seiten gegeben und bat mich, sie dir zu schicken. Ich möchte meinem Freund den Wunsch erfüllen. Hier hast du seine Worte.

Schöne Grüße,
auch von Ambrosius!



WARTEN AUF REGEN

von Ambrosius Leuchthammer

Sie haben es mir zugesteckt; für viel Geld heimlich in meine Zeitung legen lassen. Freiwillig hätte ich es nicht genommen. Das wußten **sie**. Lauthals teilen **sie** mit, daß ich mich freue. Ich aber, ich freue mich gar nicht, nicht im geringsten. Ich soll zur Freude gezwungen werden! Oh Satanas!

13 Männer lassen (für ihr Geld) schreiben, alle Welt und ganz besonders Berlin, freue sich — auf drei Seiten. Dabei bräuchte ich nur Platz für einen Satz: „Ich freue mich nicht — ich leide!". **Sie** haben es bitter nötig... „Der amerikanische Präsident (frei gewählt!) besucht Berlin. Darüber freuen wir uns von Herzen...". **Sie** sagen wir und meinen sich — ich werde verbraten, ich freue mich ja nicht! Schon gar nicht von Herzen. Ich leide unter einem Besuch, während mir meine Obrigkeit von allen Ecken in die Ohren schreit: Freude, schöner Götterfunken... sitzest allhie und harrest des frei Gewählten, des Auserwählten, des Königs von Coca-Cola, Chewing Gum, NASA und Burgerking. Dieweil hängt mit weichen Gliedern die abgejagte Freude in den Ästen, mit bitter zerfurchtem Gesicht und weint.

Sie haben die Freude hergetreten, sie an den Haaren durch Berlin geschleift, ihr Stricke ins Haar geknotet und sie mit Polizisten durch die Stadt geführt. Ich leide mit dir, oh Freude, mit Abscheu erfahr' ich deine Qualen. Was machen **sie** mit dir? Konntest du nicht fliehen, als die Häscher nach dir griffen?

Sie hetzen nicht allein die Freude durch die Straßen. **Sie** schlagen Tote, treten ihr Vermächtnis — **sie** quälen Voltaire. „Ich stimme nicht mit dem überein, was du sagst, aber ich werde bis zum Tod dein Recht verteidigen, es zu sagen" (Voltaire) — ruft der vom Panzer in den Ministersessel gefallene Haig. Hier wird alles auf den Kopf gestellt, den **Sie**, der größeren Standfläche wegen, staatlicherseits haben plattklopfen lassen. Derart gemartert stehen neben den Straßenlaternen die Worte Voltaires, mit eingeschlagenem Kopf, die Beine nach oben. Oh — grausige Tortur! Leidender Voltaire!

Dies soll die Herzen rühren! **Sie** martern Voltaire! **Sie** schinden die Freude! Und der, zu dessen Ruhm und Erbauung die Stadt von Schreien widerhallt, schreitet, wie ein Pavian, über das rote Band, das, aus tausend Bächen tropfenden Blutes, als Teppich in den Straßen liegt. Welch unsägliche Qual!

Grünuniformierte Gestalten huschen durch die Stadt und waschen die Worte der Trauer und der Abscheu von den Wänden. Die Stadt erstrahlt im aufgedrängten Festgewand, darunter das knackende Korsett, derart um den Leib gezogen, daß die Luft erstickt. Mit aufgeschlagenem Kopf schleppt sich die Wahrheit hinter die Mülltonne im Hinterhof und stöhnt. Sie konnte nur ein Wort sagen, bevor **sie** sie zusammenschlugen — **nein!**

„Die Stadt — sie strahlt, sie glänzt. Alles bereitet für deinen Empfang, Komme — oh, Reagan!" rufen die auf „recommandé" abgerichteten Hofnarren des Coca-Cola-Fürsten und reiben die diebischen Hände.

Die Stadt — sie strahlt und glänzt! Komme — oh, Regen! Wasche sie wieder frei, die versteckten Worte, kühle die Wunden, spüle das Blut von den Gassen — gib sie uns wieder, die Stadt. Komme, oh Regen! Hilf der Freude vom Baum, stütze die Wahrheit beim Gehen, schütze Voltaire! Beende den Spuk! Zerschlage mit deinem Heer an Tropfen den Zwang, der uns umgibt!

Ich warte. Auf dich. Warte, auf Regen.

Gewerkschaften in Albanien (II.)

„Die Einheit allerdings wollen wir ständig"

Aus Anlaß des 9. Kongresses des Gewerkschaftsverbandes Albaniens haben wir im letzten RM mit dem Abdruck eines längeren Artikels begonnen, in dem die Bedeutung und Rolle der Gewerkschaften im sozialistischen Albanien beleuchtet werden. Nachfolgend der letzte Teil des Artikels.

Theoretische Schulung

Alles in allem besteht also die Aufgabe der Gewerkschaft darin, die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen zum selbsttätigen Aufbau von Wirtschaft und Gesellschaft heranzuziehen, die Arbeiter zur Leitung und Verwaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zu befähigen, dafür zu sorgen, daß die gesamte Arbeiterklasse und nicht nur ihr fortgeschrittenster Teil in die für die Verteidigung des Sozialismus so wichtige Rolle des Herren über alles und jeden hineinwächst, der Arbeiterklasse anhand des Marxismus-Leninismus und der Lehren der Partei die objektiven Gesetzmäßigkeiten von Wirtschaft und Gesellschaft zu vermitteln, denn nur, wenn die Arbeiterklasse diese Gesetzmäßigkeiten meistert, kann sie voll und ganz ihre führende Rolle spielen. Und weil die Gewerkschaften im Sozialismus diese großartige Rolle spielen, haben Lenin und Stalin sie „Schule des Kommunismus" genannt.

Bislang sind einige praktische Aspekte der kommunistischen Erziehung der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften behandelt worden, eine nicht minder große Rolle spielt aber auch die **theoretische Erziehung**, die Schulung.

Dazu nur ein paar Worte. Die kommunistische Erziehung dreht sich im wesentlichen um drei Hauptaspekte: Vertrauen in die Überlegenheit des Sozialismus, die Notwendigkeit des Klassenkampfes auch im Sozialismus, richtige Beziehungen zwischen Kadern und Massen einhalten.

Hier geht es darum, jedem Werktätigen auf der Grundlage seiner eigenen Erfahrung einen soliden theoretischen Unterbau zu verleihen. Er hat zwar am eigenen Leib die Vorteile des Sozialismus erfahren, aber angesichts der massiven feindlichen Propaganda von Imperialismus und Revisionismus, die vor den Grenzen Albaniens natürlich nicht halt macht, muß der Arbeiter auch die Lehren des Marxismus-Leninismus meistern.

Beim Klassenkampf geht es darum, ihn in seiner ganzen Komplexität zu begreifen. Er wird keineswegs nur gegen die inneren und äußeren Feinde geführt, sondern auch innerhalb der Gesellschaft gegen alles, was den Vormarsch der Gesellschaft aufhält, gegen Konservatismus und Patriarchalismus, gegen die Neigung, mehr von der Gesellschaft zu nehmen, als ihr zu geben, für eine sozialistische Haltung gegenüber Arbeit und gesellschaftlichem Eigentum, für die Erweiterung der sozialistischen Demokratie, gegen all die im Bereich der Produktion angesprochenen Hindernisse usw.

Wie die Erfahrungen in den staatskapitalistischen Ländern zeigen, ist das Verhältnis zwischen Kadern und Massen eine der Kardinalfragen der sozialistischen Revolution und des Aufbaus. In diesem Bereich sind in Albanien eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden. Die soziale Zusammensetzung des Kaders wird laufend verbessert, die Kader müssen für einen Monat im Jahr körperlich arbeiten, in der Armee sind die Dienstgrade abgeschafft worden, die Lohnunterschiede zwischen Kadern und Massen werden schrittweise verringert. Die Arbeiter und Bauern kontrollieren regelmäßig die Verwaltung in Wirtschaft und Staat.

Die in der Gewerkschaft zusammengeschlossenen Arbeiter müssen jetzt auf die konsequente Durchführung all dieser revolutionären Maßnahmen dringen, jeden Kader, der zum Kommandostil neigt, kritisieren und allen Versuchen den Weg verlegen, verantwortliche Positionen in Partei, Staat und Wirtschaft zum eigenen Vorteil zu mißbrauchen, Vetternwirtschaft branmarken usw.

Der 9. Kongreß des GVA wies darauf hin, daß die Erziehung der Werktätigen nicht für jeden Fall gleich sein kann. Die Arbeiter der Großbetriebe müssen anders geschult werden, als die der Kleinbetriebe, die Arbeiter bäuerlicher Herkunft haben ihre eigenen Probleme. Die Werktätigen des Dienstleistungssektors haben aufgrund der Tatsache, daß sie vereinzelt arbeiten, in der Regel ein niedrigeres Klassenbewußtsein als das Industrieproletariat. Die Jungarbeiter und Arbeiterinnen müssen entsprechend ihren Problemen erzogen werden usw.



Albanische Arbeiter

Worauf beruht die Führungsrolle der Partei?

Wie ist das Verhältnis zwischen Kommunisten und parteilosen Kollegen im GVA?

Im Artikel über den skandalösen Gewerkschaftsausschluß von Willi Rohr im RM Nr. 27 hieß es unter anderem: „Unwidersprochen blieb im übrigen die Feststellung von Willi Rohr, daß, wenn die praktische Arbeit der Mitglieder der RGO und der KPD als Maßstab genommen würden und wenn vor allem die Gewerkschaftsmitglieder an der Basis über die Ausschlüsse zu entscheiden hätten — daß dann von den beiden genannten Organisationen wohl kein einziges Mitglied ausgeschlossen werden würde."

Genau dieses Ansehen, und aufgrund der vieljährigen Erfahrung beim sozialistischen Aufbau ein noch viel größeres, genießen die PAA-Mitglieder im GVA.

Die führende Rolle der PAA im ganzen Leben des Landes, also auch im GVA, die in der albanischen Propaganda immer wieder hervorgehoben wird, stützt sich einzig und allein auf die Überzeugtheit der parteilosen Gewerkschafter in die richtige Linie und Politik der PAA. Das zeigt anschaulich die Zusammensetzung der Führungsgremien der Gewerkschaft. Bis hinauf in den Zentralrat sind die überwiegende Mehrheit parteilose Kollegen, die Kommunisten machen 20 bis 40 Prozent aus. Und die meisten kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder haben sich schon durch ihre vorbildliche Arbeit im Interesse der Kollegen Vertrauen und Ansehen unter den Arbeitern erworben, bevor sie Parteimitglieder geworden sind, oder besser gesagt, gerade deshalb sind sie es geworden.

Nun besteht natürlich, das lehrt die Erfahrung, im Sozialismus die Gefahr, daß das Parteibuch anfängt, eine Freikarte für den sozialen Aufstieg zu werden. Die ehemals sozialistischen Länder zeigen auf eindrucksvolle Weise, wo das hinführen kann und unweigerlich hinführen muß, wenn man dem nicht früh genug den Weg verlegt.

In Albanien ist dieses Problem Anfang der 70er Jahre ansatzweise aufgetreten. In der Geschichte der PAA kann man lesen:

„Es war nicht in Ordnung, daß in den Apparaten der Zentralbehörden rund 50 Prozent der Angestellten Kommunisten waren, in einigen Ministerien sogar noch mehr; es war nicht in Ordnung, daß im Apparat des Jugendverbandes im Zentrum und an der Basis über 51 Prozent Kommunisten waren, im Apparat des Gewerkschaftsverbandes über 67 Prozent (...)" (14).

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, hier ging es natürlich nicht darum, daß dort eine Schicht von entarteten Apparatschicks drauf und ran gewesen wäre, die Diktatur des Proletariats zu stürzen; soweit war das Problem noch längst nicht gediehen. Es ging auch nicht darum, daß die Parteiführung aus lauter Sentimentalität den Massen gegenüber auch mal den kleinen Mann an die Schalthebel lassen wollte, es ist vielmehr so, daß die PAA voll und ganz begriffen hat, daß der Aufbau des Sozialismus ohne den „kleinen Mann" überhaupt nicht möglich ist, daß es vielmehr eine Überlebensfrage der Arbeitermacht ist, den Arbeiter auch tatsächlich diese Macht ausüben zu lassen bzw. ihn immer mehr dazu zu befähigen. Deshalb hat das ZK der PAA den oben beschriebenen Zustand verurteilt und für Besserung gesorgt.

Und in einer Rede zum Kampf gegen den Bürokratismus in einer Sitzung des Politbüros vom 3./4. Februar 1966 sagte Genosse Enver Hoxha: „Also entstand die Meinung, daß die Führung denkt und schafft und die Basis innerhalb festgelegter Grenzen durchführt und durchführen muß." (15)

Diese Tendenz, die die Massen politisch entmündigt und zu bloßen Ausführenden einer allmächtigen und allwissenden Führung macht, hat die PAA beizeiten durchbrochen.

Davon zeugt nicht zuletzt die vielschichtige Tätigkeit des Gewerkschaftsverbandes Albaniens, die hier in groben Zügen geschildert werden sollte.

jvt

Literaturhinweise

14. Geschichte der PAA 1966 - 1980, dt. Ausg., Tirana 1981, S. 152 f.
15. Enver Hoxha, Werke Bd. 31, Tirana 1980, S. 203



Palästina-Parole bei Mai-Demonstration in Tirana.

Albanischer Vertreter in der UNO:

Nachdrückliche Unterstützung des Kampfs der Palästinenser

Auf der siebten Sondersitzung der UNO-Generalversammlung, die sich mit der palästinensischen Frage beschäftigte, brachte Abdi Baleta, der Vertreter der SVRA, die Unterstützung des albanischen Volkes für den gerechten Kampf des Volkes von Palästina zum Ausdruck.

Abdi Baleta klagte die Verbrechen, die Massaker, den Terrorismus und Völkermord der israelischen Kriegsmaschine an und er betonte, daß die SVR Albanien und das ganze albanische Volk diese letzten Verbrechen Israels und des amerikanischen Imperialismus gegen das palästinensische und libanesische Volk mit tiefer Empörung verurteilen.

Die blutigen Ereignisse im Libanon, sagte der albanische Vertreter, beweisen wieder einmal die Tatsache, daß die israelischen Zionisten und die amerikanischen Imperialisten nicht zögern, mit großen militärischen Kräften und enormen Mengen modernster Waffen ein solch kleines Land wie den Libanon zu zerstören. Sie scheuen sich nicht, ein ganzes Volk in Blut zu tauchen, Tausende von Menschen binnen weniger Stunden zu töten, um ihre expansionistischen Ziele zu verwirklichen.

Die Aggression der israelischen Zionisten gegen den Libanon ist der untrennbare Teil eines Gesamtplans, den die USA und die andeien imperialistischen Mächte schon seit längerem verfolgen, um den Nahen Osten unter ihre Kontrolle zu bringen. Um diesen Plan zu verwirklichen, benutzen sie Israel als Speerspitze, ermutigen sie den israelischen Expansionismus. Wie die Tatsachen beweisen, ist die Aggression gegen den Libanon zur gleichen Zeit die Konsequenz der wilden Rivalität und des Schachers zwischen den USA und der Sowjetunion im Nahen Osten. So ist diese Aggression ein neues Glied in einer Kette leidvoller Ereignisse, die das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker erdulden mußten. Die Ursachen dafür sind zu finden in den verschiedenen Komplotten, die von den imperialistischen Supermächten gegen diese Völker verübt worden sind und die darauf abzielen, eine wirkliche und stabile Lösung der Palästinafrage und der Nahostfrage allgemein zu verhindern. Es liegt klar auf der Hand, daß die Aggression gegen den Libanon lange voraus geplant war und daß sie den Prozeß fortführen und abschließen sollte, dermit dem Camp-David-Abkommen gegann. Die israelischen Zionisten begannen ihren Angriff, nachdem sie mit großen Mengen von Waffen aller Art versorgt worden waren, nachdem sie zusammen mit den USA bis in die Einzelheiten den militärischen Feldzug genauso wie die politischen, diplomatischen und propagandistischen Schachzüge ausgearbeitet hatten.

Die israelische Aggression gegen den Libanon ist auch durch die antiarabischen Handlungen und Intrigen der sowjetischen Sozialimperialisten im Nahen Osten begünstigt worden. In Worten hat die Sowjetunion ihre Unterstützung für den Libanon und die Palästinenser bekundet, aber das kann nicht die Tatsache verbergen, daß auch sie in der gegenwärtigen Situation die Opfer der zio nistischen Aggression verraten hat. Die Position der Sowjetunion ist genau wie der USA im Nahen Osten durch ihre expansionistischen und hegemonistischen Interessen bestimmt.

Die Imperialisten, die Zionisten und die anderen Feinde der arabischen Völker werden ihre Ziele jedoch nicht erreichen. Die Sache und der Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker sind gerecht.

Das albanische Volk, sagte Abdi Baleta, unterstützt mit aller Kraft den gerechten Kampf des palästinensischen Brudervolkes für die Rückkehr in seine Heimat, für die Wiedergewinnung seiner Territorien und für die Verwirklichung seiner nationalen Rechte. Das albanische Volk hat immer die großen Anstrengungen des palästinensischen Volks bewundert, trotz aller Leiden und Opfer seine nationale Identität zu bewahren.

Das albanische Volk unterstützt den gerechten Kampf des libanesischen Volkes gegen die zionistische Aggression. Diese Aggression muß ohne Ausflüchte beendet, die Souveränität des Libanon muß wiederhergestellt und beachtet werden.

Nach den Unruhen in Polen

Jaruzelski will Friedhofsruhe erzwingen

Das Echo auf die Demonstrationen und Kundgebungen in Polen am zweiten Jahrestag der Abkommen zwischen der Gewerkschaft Solidarnosć und der polnischen Regierung ist sehr unterschiedlich, je nachdem, welche Interessen vertreten werden. Während im Westen eine heuchlerische Kampagne die Unterstützung der polnischen Arbeiter vorgaukeln will, versuchen die polnischen Machthaber und ihre Freunde, die Ereignisse herunterzuspielen.

Ausgerechnet US-Präsident Reagan fühlte sich einmal mehr dazu berufen, zu sagen, der polnische Widerstand zeige, daß der Wunsch nach freien Gewerkschaften trotz Unterdrückung weiterlebe. Natürlich: Er hat seine Agenten in Polen am Werk, die versuchen, aus dem Protest der polnischen Arbeiter für die USA Kapital zu schlagen. Wie ernsthaft solche Aussagen sind, kann man ja schon daran beurteilen, daß dieser selbe Mann die Verhältnisse in El Salvador — als eines unter vielen möglichen Beispielen — laufend anpreist. Die westlichen Imperialisten versuchen in der Tat nichts anderes, als durch den Hinweis auf die Verbrechen der polnischen Machthaber von den eigenen Bluttaten abzulenken und sich in Polen Einfluß zu verschaffen.

Auf der anderen Seite ist das Bemühen der Militärdikatturen Polens und der verschiedenen, sie unterstützenden pseudokommunistischen Parteien, die gesamten Ereignisse herunterzuspielen ebenfalls durchsichtig. Da werden plötzlich Terrorgruppen aufgefunden und Drahtzieherprozesse angekündigt und auf der anderen Seite wird versucht, die Sache so darzustellen, als ob nur einige Jugendbanden sich an Protesten beteiligten.

Die politische Argumentation, derer sich die Revisionisten dabei bedienen, ist ziemlich eindeutig. So wird beispielsweise in einem Kommentar der DKP-Zeitung „Unsere Zeit" scheinheilig gefragt, was denn Jugendliche dahin bringen könne, Steine gegen ein System zu werfen, das Ausbildung und Arbeitsplatz garantiere.

Und in der Tat: Es war nicht die Arbeitslosigkeit, die die Arbeitermassen vor zwei Jahren zum Streik bewegte, es war auch nicht sie, die zu all den Widerstandsaktionen führte, die seit diesen zwei Jahren geschahen.

Der plumpe und verlogene Versuch, so zu tun als wäre dies das einzige Problem einer Ausbeutergesellschaft kann nur bei solchen Menschen wirken, die von der gesamten konkreten Vorgeschichte der polnischen Entwicklung nichts wissen oder nichts wissen wollen. Was Jugendliche und Ältere zum Widerstand gegen die Gewehre Jaruzelskis treibt, das könnte man den UZ-Schreibern durchaus mitteilen, wenn sie es nicht schon längst selbst wüßten: Zum Beispiel die Tatsache, daß sie kein Fleisch kriegten, während die Bonzen es nicht nur für ihre Pläne exportierten, sondern selbst in Saus und Braus lebten. Oder die Tatsache der ständigen Preiserhöhungen, oder der miserablen Bedingungen am Arbeitsplatz oder, oder... Gründe genug zum Protest gegen ein System, das sich auch noch sozialistisch nennt.

Ehrlicher als die DKP ist da schon der polnische Vizepremier Rakowski, der in einem Gespräch mit der Zeitschrift „Konkret" meinte, es sei ja schon ein Gewinn für sie (die Regierung), daß die Leute zunehmend gleichgültig würden. Für jemand, der von sich sagt, er sei Kommunist, der also eigentlich ein großes Interesse an einer möglichst breiten politischen Aktivität der Arbeiterklasse haben müßte, ist dies fast schon eine Bankrotterklärung.

Wenn die Widerstandsaktionen vielleicht geringer waren, als man beispielsweise nach dem großen Kampf in Folge der Verkündung des Kriegsrechtes erwarten mußte, dann sicherlich nicht deshalb, wie es die DKP glauben machen will, weil die polnischen Arbeiter im letzten halben Jahr Jaruzelski-Fans geworden sind. Die Faktoren, die für das Regime arbeiten, sind lediglich zwei: Angst und Resignation. Und die werden nicht auf Dauer für sie wirken, wie das nach 1970 und 1976 auch schon der Fall war.

Und daß sie nach wie vor nicht besonders stark für Jaruzelskis Regime wirken, das haben die Ereignisse der letzten Tage trotz aller Schönfärberei deutlich gezeigt. Demonstrationen von Zehntausenden trotz aller Drohungen, trotz staatlicher Machtdemonstrationen im Vorfeld, erbitterter Kampf und Widerstand mit Todesopfern und Verletzten und über 4000 Verhafteten. Das waren keine kleinen Verschwörerbanden, das waren die Arbeiter und die Jugendlichen, die nach wie vor nicht kämpfen, weil sie irgend jemand aufhetzt, sondern weil sie ein besseres Leben wollen, wozu unabdingbar im heutigen Polen auch das Recht auf eine vom Staat der Ausbeuter unabhängige Gewerkschaftsorganisation gehört. Eben weil dies so ist, verstärkt das Regime seine Drohungen, werden neue Maßnahmen angekündigt — so soll die von Jaruzelski und Co. ersehnte Friedhofsruhe erzwungen werden.

Unterschiedliche Reaktionen auf „Friedensplan"

Reagans Nahost-Schachzug

In der letzten Woche verkündete der US-Präsident Reagan einen neuen Nahost-Friedensplan, mit dem seine Regierung angeblich für eine „friedliche Lösung der Nahost-Probleme" sorgen will. Kernpunkt sind dabei vor allem die nach 1967 von Israel besetzten Gebiete, in erster Linie das Westjordanland, wo Reagan eine „echte Autonomie" in Zusammenarbeit mit Jordanien vorschlägt. Was bedeutet dieser neue Vorstoß der US-Diplomatie, der zum ersten Mal von Beginn an Differenzen zur israelischen Regierung enthält?

Man muß sich dabei nochmals daran erinnern, daß bisher alle amerikanische „Kritik" an Israel stets hintendrein kam und in der Praxis völlig folgenlos blieb. Die Dollarströme, auf deren Basis Begins Kriegspolitik überhaupt erst möglich war, flossen weiter. Diesmal aber ein amerikanisches Projekt, das von vornherein **gegen** die erklärte Politik der israelischen Regierung steht. Ein Gegensatz vor allem, was das Westjordanland betrifft.

Wie kommt es dazu? Ohne Zweifel haben die Ereignisse im Libanon-Krieg dabei eine wesentliche Rolle gespielt. Sie haben die Möglichkeiten der USA im Nahen Osten stark vergrößert. Engere Kontakte — nicht mehr heimlich, sondern offen — zu verschiedenen arabischen Staaten, ein gewisses, anscheinend neutrales Bild als Vermittler, die neue libanesische Regierung (die sich durchaus an Israel vorbei zu einem Faktor direkt für die USA entwickeln kann) und anderes mehr, haben dazu geführt. Und auch die innere Entwicklung Israels verschafft den USA einen größeren Spielraum. So kommt es zum ersten Mal zu solchen Differenzen zu Begin.

Aber welcher Art sind sie? Keineswegs grundsätzlicher. Eine dauerhafte Friedensregelung könnte dieser Vorschlag auch bei völliger Verwirklichung nicht bringen. Denn: Zum ersten wird — nach wie vor — daran festgehalten, daß das Einzige, was einen dauerhaften Frieden bringen könnte, nämlich ein Palästinenserstaat, tabu bleibt, unmöglich ist. Zum zweiten sind die früheren „Autonomiezugeständnisse" im Rahmen des Camp-David-Abkommens bereits Lehre genug gewesen, wie wenig dies für die Besatzertruppen Tel Avivs wert ist. Und die neuen „Zugeständnisse" sind ausdrücklich als Fortschreibung des Camp-David-Abkommens ausgegeben worden.



Bombenopfer in Beirut — unter dem Regime Husseins von Jordanien sollen die Araber in Zukunft sicher leben können. Aber nur wenn man ausgerechnet Ronald Reagan glauben will...

Eine wie auch immer geartete Autonomie für die Araber unter dem Diktat des israelischen Militärstiefels aber ist nur als Manöver denkbar, nie als ein Schritt, der eine erste Basis für die Schaffung des Friedens im Nahen Osten sein könnte.

Daß zudem noch der PLO-Schlächter Hussein von Jordanien als neuer Partner in diesem Abkommen vorgesehen ist, ist ebenfalls in keiner Weise ein Hinweis auf wirklich ernste Absichten zu einer Veränderung.

Jetzt wird von den „Bechtel-Boys" in der US-Regierung, die ihre Geschäfte mit Arabern gemacht haben, Druck gemacht, um der Situation die Spitze zu nehmen. Und das heißt: Neben der libanesischen Neuordnung (die nach Begin und Ägyptens Mubarek einen „dritten Mann" für die USA erbringt, Herauslösung weiterer reaktionärer arabischer Regierungen aus der Unterstützungsfront für die PLO. Und dies eben soll unter anderem dadurch geschehen, daß man ihnen erlaubt, einen Plan anzuerkennen, der „ihr Gesicht wahrt". Was natürlich als Folge ebenso heißt, Verstärkung des Drucks auf die PLO, um diese zum Verzicht auf einen eigenen Staat Palästina zu bewegen. Oder doch, zumindest: einen Keil der Spaltung in das Volk Palästinas zu tragen. So wenig wie das verlogene Camp-David-Abkommen ein Schritt zum Frieden in dieser Region war, so wenig würde es seine aktualisierte Fortschreibung sein, die der Reagan-Plan vorsieht.

Positiv daran könnte allenfalls sein, daß gewisse Maßnahmen zu einer stärkeren Position der Palästinenser im Westjordanland verwirklicht werden könnten. Begrenzt auf diese Frage wird man die politische Entwicklung abwarten müssen. Aber als Ersatz für den Kampf eines Volkes um sein Recht auf Heimat kann so eine Lösung niemals dienen. Und auch nicht dazu, Israels Großreichpläne wirklich endgültig einzudämmen. Würde man wenigstens das Letztere wollen, so müßte als geringstes die Frage nicht nur nach den ab 1967 geraubten Gebieten gestellt werden, sondern nach all jenen Gebieten, die von Israel über den ursprünglichen UNO-Plan hinaus besetzt wurden, ab 1948.

Aufruf

Arbeiter, Werktätige,

Die faschistische Militärdiktatur ist jetzt zwei Jahre an der Macht. Diese waren die dunkelsten Jahre in der Geschichte unserer Arbeiterklasse und Völker. Das sind die blutigen zwei Jahre der faschistischen Junta:

- **über 170000 Verhaftete und Inhaftierte**
- **mehr als 100 Revolutionäre und Demokraten wurden durch Folter ermordet**
- **über 700 Menschen wurden bei Operationen ermordet**
- **insgesamt 16 Menschen wurden hingerichtet**
- **gegen 4600 Angeklagte wird die Todesstrafe beantragt**
- **mehr als 100 Personen sind zum Tode verurteilt worden**
- **die Massaker gegen die kurdische Nation haben ihren Höhepunkt erreicht**
- **alle fortschrittlichen, revolutionären Gewerkschaften und Massenorganisationen wurden verboten**
- **das Streik- und Tarifrecht der Arbeiterklasse wurde aufgehoben**
- **Verteuerung, Arbeitslosigkeit und Inflation haben ihren Höhepunkt erreicht**

Beteiligen wir uns an der Demonstration und Kundgebung am 11. September in Frankfurt

- **um die unterschiedliche Art des revolutionär-demokratischen Kampfes unserer Arbeiterklasse und Völker in der Türkei und Türkei-Kurdistan zum Sturz der faschistischen Militär-Diktatur und zur Errichtung einer eigenen demokratischen Macht des Volkes zu unterstützen,**
- **um gegen die von der volksfeindlichen und reaktionären Militärjunta aufgezwungenen Betrügereien wie „Verfassung", „Parlament" und „Demokratie" zu protestieren**
- **um das nationale Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation — einschließlich ihres Rechts, einen eigenen Staat zu gründen — zu verteidigen,**
- **um gegen jegliche politische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung, die dazu dient, die Militärjunta am Leben zu erhalten, durch die Imperialisten, vor allem die USA, die BRD und deren Angriffspakt NATO, zu protestieren,**
- **um gegen die kriegstreiberische Politik der faschistischen Generalsbande im Nahen Osten als Teil der Kriegstreiber des Imperialismus im internationalen Maßstab, als Handlanger der USA bei der Bedrohung, Erpressung und Expansion zur Verstärkung ihrer Positionen in der Region zu protestieren,**
- **um die Einheit und den gemeinsamen Kampf der in- und ausländischen Arbeiter in der BRD gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit, den Abbau der sozialen und demokratischen Rechte, die gefährlich anwachsende Ausländerfeindlichkeit, die Beschränkung des Asylrechts, die Angriffe seitens der neonazistischen und reaktionären Kräfte und gegen die massive Kriegsvorbereitung zu verteidigen.**

- **Nieder mit der faschistischen Militärdiktatur!**
- **Es wird Rechenschaft gefordert werden für die Hinrichtungen, Folter und Massaker!**
- **Schluß mit der Unterdrückung und den Massakern gegen die kurdische Nation!**
- **Freiheit für alle antifaschistischen Inhaftierten und Generalamnestie!**
- **Freiheit für DISK und die verbotenen revolutionär-demokratischen Gewerkschaften und Massenorganisationen!**
- **Nein zu den Schnellen Eingreiftruppen der NATO und USA!**
- **Nein zur aufgezwungenen Verfassung der Junta!**
- **Schluß mit jeglichen Hilfen der BRD an die Junta!**
- **Nieder mit der Ausländerfeindlichkeit!**
- **Es lebe der Widerstand des palästinensischen und libanesischen Volkes und die internationale Solidarität der türkischen, kurdischen und anderer Revolutionäre, die diesen unterstützen!**

Demonstration: 11. September, Samstag, 10.30 Uhr, Frankfurt — Paulsplatz

Ala Rizgari, ATIF, BIRKOM (Birlik Yolu, Cephe, Devrimci Isci, Devrimci Savas, Emekci, Iscinin Sesi, Kivilcim, Serxwebun), DIB-FAK, FIDEF, Isci Gercegi, KAWA, KOCKAK, KOMKAR, Kürt Halk Evleri, Proleter Dayanisma, Tekosin Sempatizanlari, Türkei-Komitees, BWK, Arbeiterbund, Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei, KPD, *Volksfront*, KB, Alternative Türkeihilfe
Die Unterstützer: DIDF, Gercek.


„Behandlung" eines Hausbesetzers

CDU im Kampf für mehr Rechtsbewußtsein

Saubere Verhältnisse in Westberlin

Die CDU macht sich Sorgen um die Jugend. Denn die junge Generation in unserem Land ist an „mangelhaftem Rechtsbewußtsein" erkrankt — das heißt, sie kann nicht mehr richtig unterscheiden, was Recht und was Unrecht ist. Diese alarmierende Diagnose stellte kürzlich ein einschlägiger Arbeitskreis der Strauß-Partei. Weil nun die christdemokratische Union eine Partei nicht der großen Worte, sondern der Tat ist, legte sie auch gleich eine Therapie für diese Krankheit vor, die bundesweit angewandt werden soll, wenn Strauß und Kohl das Kommando in Bonn übernommen haben.

Nun kann bis dahin ja noch einiges Wasser den Rhein hinunterfließen. Und die Gesundung der Jugend duldet doch keinen Aufschub. Also beginnt man mit dem Heilungsprozeß schon einmal dort, wo die Gelegenheit dazu besteht. Beispielsweise in Westberlin.

Dort sind in den Jahren, in denen die Frontstadt noch nicht mit einem CDU-Senat gesegnet war, schlimme Sitten eingerissen. Der Landesjugendring etwa veranstaltet mit öffentlichen Geldern (!) sogenannte antifaschistische Stadtrundfahrten. Da werden dann ausgewählte Schulklassen, die ihren Pflichtausflug nach Westberlin absolvieren, durch die Stadt gefahren, um sie Stätten des Widerstands gegen die Nazi-Diktatur anzusehen. Wie der Landesjugendring selbst zugibt, ist das Anschauungsobjekt dabei vor allem der Widerstand der Arbeiterbewegung, der in den Schulbüchern zu kurz kommen würde.

Diese Art von Tourismus ist nun entschieden ungeeignet, das Rechtsbewußtsein der Jugen zu fördern. Vor allem, wenn — wie zu hören ist — dabei auch auf den kommunistischen (!) Widerstand eingegangen wird. Nun weiß man ja spätestens seit Strauß und Stoiber, daß die Nationalsozialisten in Wahrheit Marxisten, bzw. die Kommunisten (einschließlich der Jusos) Nazis und überhaupt die besten Schüler von Goebbels sind.

Frau Hanna Renate Laurin, Schulsenatorin in Westberlin, hat denn auch angekündigt, die die öffentlichen Zuschüsse für diese dubiose Stadtrundfahrt zu streichen. Das ist zwar illegal; denn die Gelder kommen vom Bund aus Bonn und werden vom Senat nur weitergeleitet. Aber wenn es darum geht, der Jugend das rechte Bewußtsein wieder beizubringen, darf man in solchen Sachen nicht pingelig sein. Und der Landesjugendring sollte diese Maßnahme als dezenten Hinweis verstehen, sich für junge Besucher aus dem Bundesgebiet mal etwas Vernünftiges einfallen zu lassen — beispielsweise Kranzniederlegungen am Denkmal für die Opfer des Stalinismus, eventuell mit einer einfühlsamen Rede von Heinrich Lummer.

***

Seitdem die CDU in Westberlin den Senat bildet, ist die Stadt in jeder Hinsicht sauberer geworden. Bundesweites Aufsehen erregte vor einigen Monaten eine großangelegte Aktion der örtlichen Polizei, bei der Parolen gegen den Staatsgast Ronald Reagan übermalt, Transparente und Flugblätter beschlagnahmt, ja in mühevoller Kleinarbeit sogar Anti-Reagan-Kleber abgekratzt oder unkenntlich gemacht wurden.

Letzte Woche nun mußten Lummers Polizeibeamte wieder einmal zu einer Säuberungsaktion ausrücken. Da hatte der Senat gerade die immer noch zahlreichen besetzten Häuser in der Stadt als „kriminelle Hochburgen" enttarnt. Und was taten die Hausbesetzer, denen solchermaßen die Maske vom Gesicht gerissen worden war? Sie klebten schlimme Hetzplakate, auf denen unter anderem zu lesen war: „Wer ist hier eigentlich kriminell? Die Reichen, die sich problemlos durch legale und illegale Steuerhinterziehung, Spekulation und Zinsunwesen in Millionenhöhe bereichern, die von einer Politik unterstützt werden, die sich skrupellos gegen die Bedürfnisse der meisten Menschen richtet — oder wir, die von einem rechtsradikalen Lummer unter peinlichen Vorwänden als kriminelle Fluchtburgen aufgebaut werden?"

Schlimm, schlimm. Da ist es nun in Reinkultur — das „mangelhafte Rechtsbewußtsein". Üble Polemik gegen die sogenannten Reichen, die — wie ja selbst Heinz Oskar Vetter wiederholt erklärt hat — ihr Geld ausschließlich zum Wohle der Stadt steuersparend in Westberlin anlegen. Wer hindert denn die Damen und Herren Hausbesetzer daran, das gleiche zu tun? Aber diesen Leuten ist eben nichts heilig, nicht einmal fremdes Eigentum, das — wie die aus wohlerwogenen wirtschaftlichen Gründen leerstehenden Häuser — als „Spekulationsobjekt" diffamiert und einfach in Besitz genommen wird.

Von diesen „kriminellen Hochburgen" geht nun wirklich ein verheerender Einfluß auf die Jugend aus. Daher die schneller Reaktion von Senator Lummer. Die besagten Plakate wurden überall im Stadtgebiet von der Polizei unkenntlich gemacht.


Regierungschef Weizsäcker

Und bei dieser Gelegenheit räumte man gleich einige widerrechtlich besetzte Häuser und hängte der „taz", die das Plakat verbreitet hatt, ein Ermittlungsverfahren an. Wieder ein Schritt hin zu klaren und sauberen Verhältnissen in der Frontstadt.

***

Die während der sozialliberalen Ära sich ungehemmt ausbreitende Anarchie hat bei vielen Jugendlichen in Sachen Rechtsbewußtsein doch schwerere Schäden hervorgerufen, als zunächst erwartet wurde. Entsprechend muß auch die Behandlung angesetzt werden. Hier hat man gerade jetzt in Westberlin einen Weg gefunden, der zwar auch schon anderswo (Gorleben!) begangen wurde, aber doch nicht mit dieser Konsequenz. Gegenwärtig übermittelt die Staatsanwaltschaft in der Lummer-Stadt ihre umfangreichen Störer-Dateien an die Finanzverwaltung. Und die schickt nun jedem Jugendlichen, der sein mangelhaftes Rechtsbewußtsein als Störer bei einer gewalttätigen Demonstration unter Beweis gestellt hat, eine Zahlungsaufforderung ins Haus. Die beläuft sich auf die stattliche Summe von 10000 Mark. 25 solcher Zahlungsaufforderungen sind schon zugestellt worden, viele weitere sollen folgen.

Weizsäcker, Laurien und Lummer zeigen also, wo es lang geht. Und vielleicht könne sie ja schon bald mit Stolz registrieren, daß ihr Modell Sauberes Westberlin im Bundesmaßstab übernommen wird.

Fundsache

„Dr. Holl. Deutscher Spielfilm von 19·1. Regie: Rolf Fransen. Mit Dieter Borsche, der vor wenigen Tagen starb und damit einen seiner größten Publikumserfolge erzielte."

aus dem Fernsehprogramm des „Südkurier".

Marie Marcks: Umverteilung der sozialen Lasten



Kirche klagt „Gewohnheitsrecht" ein

Das Recht des Pfarrers auf den Brotlaib

Fast ein Jahrzehnt lang währte in der Augsburger Gegend der Streit des Bauern Gump mit der katholischen Kirche, jetzt hat ihn ein Gericht entschieden — für die Klage führende bischöfliche Finanzkammer.

Bundesweites Aufsehen hat dieser Streit wegen seines ungewöhnlichen Gegenstands erregt: Es ging dabei nämlich um zwölf Brotlaibe. Die sollte Bauer Gump, der in der Gemeinde Herbertshofen einen Hof mit 100 Tagwerk bewirtschaftet, jedes Jahr bei seinem Pfarrer abliefern. Ein altes Gewohnheitsrecht nannte die Kirche dieses Relikt aus dem Mittelalter. Und die sogenannte Reichnispflicht, nach der die Gemeinde ihren Pfarrer mit Naturalien versorgen muß, sei zudem — wie die bischöfliche Finanzkammer hervorhob — im Bayrischen Stiftungsgesetz noch 1954 ausdrücklich verankert worden.

Offenbar konnten die Pfaffen im südlichsten Bundesland diese zusätzliche Pfründe bislang auch ohne Schwierigkeiten ausbeuten — bis sich eben der Bauer Gump auf die Hinterbeine stellte. Er wollte nicht einsehen, daß er außer der Kirchensteuer auch die besagten Brotlaibe abzuliefern hätte. Seine Weigerung, künftig der „Reichnispflicht" nachzukommen, steckten die Kirchenfürsten nun aber nicht etwa stillschweigend ein. Sie gingen vielmehr in die Offensive und riefen das Gericht gegen den Bauern an. Und sie bekamen Recht. Das Augsburger Verwaltungsgericht verurteilte Gump dazu, die Abgabe an seinen Pfarrer zu leisten. Rückwirkend muß er darüber hinaus 100 Brote „zahlen", weil er ab 1973 die Abgabe eingestellt hatte.

Nun hat die katholische Kirche zwar mit Hilfe der Justiz ihr mittelalterliches „Recht" durchgesetzt. Man ist aber immerhin so modern, daß man die Schulden des Bauern nicht in Naturalform eintreiben will. Statt der 100 Brotlaibe soll Gump nun 225 Mark in bar abliefern.

Peinlich

Besuch aus dem faschistischen Südkorea empfing Albert-Bernard Bongo, der Präsident des afrikanischen Staates Gabun. Sein Amtskollege Tschun Do-Hwan war persönlich erschienen. Es gab den üblichen großen Empfang am Flughafen mit Ehrenkompanie und anderem Brimborium. Die Präsidenten setzten ihre feierlichsten Gesichter auf, um die Hymnen anzuhören — und dann passierte es.

Statt der südkoreanischen Weise erklang die Hymne des Erzfeindes Nordkorea. Nur mit äußerster Mühe, schrieben die Zeitungen, gelang es Herrn Tschun Haltung zu bewahren, während seine Begleiter die völlig verstörte Militärkapelle zum Schweigen brachten.

Präsident Bongo bat seinen Gast inständig um Entschuldigung und kündigte die „gebührende Bestrafung" der Verantwortlichen für den Vorfall an. Der Mann hat wahrhaftig keinen Sinn für einen gelungenen Scherz.

„Trojanische Sowjetkavallerie"

F. J. Strauß ist bundesweit als Prozeßhansel bekannt. Kaum noch zu zählen sind die Beleidigungsverfahren, die er gegen Demokraten in Gang setzte. Er selbst dagegen maßt sich für seine ebenso bekannten Pöbeleien eine absolute Narrenfreiheit an. So diffamierte er jüngst im Vorfeld des bayrischen Wahlkampfs die Grünen als „trojanische Sowjetkavallerie."

Eine daraufhin vom LV Bayern der Grünen verlangte „Unterwerfungserklärung", mit der er sich verpflichtet hätte, künftig solche Behauptungen zu unterlassen, wollte Strauß nicht unterschreiben. Ganz offensichtlich geht man in der Münchener CSU-Zentrale davon aus, daß kein bayrisches Gericht die Narrenfreiheit des Ministerpräsidenten einschränken würde. Parteisprecher Rosenberg jedenfalls erklärte jetzt gegenüber der Presse, Strauß werde seine Äußerung „Mit Sicherheit" nicht zurücknehmen.



Samstag, 11. September, 20.15 Uhr, NDR/HR III
Bi und Bidi in Augsburg. Film über Brechts Augsburger Jugendjahre.

***

Samstag, 11. September, 20.35 Uhr, WDR III
Der Wald stirbt. Diskussion über ein Umweltproblem, das sich in der letzten Zeit dramatisch verschärft hat.

***

Sonntag, 12. September, 21.35 Uhr, ZDF
Lysistrate. Im Jahr 411 vor der Zeitrechnung ist diese Komödie von Aristophanes uraufgeführt worden; heute gehört sie zu den meistgespielten Stücken aus der Antike. Während es Krieges zwischen Athen und Sparta ruft Lysistrate alle Frauen dazu auf, sich ihren Männern zu verweigern, bis der Krieg zu Ende ist. Unter der Regie von Göran Järvefelt und Inger Aby spielen Lena Nymann, Inga Gill, Anita Ekström u.a.

***

Montag, 13. September, 21.15 Uhr, NDR/HR III
Die unterbrochene Spur. Film von Mathias Knauer über Antifaschisten in der Schweiz von 1933 bis 1945.

***

Dienstag, 14. September, 22.05 Uhr, ZDF
5 nach 10. Thema der Diskussionssendung, in der wie üblich hauptsächlich Vertreter der Bonner Parteien zu Wort kommen: „Ausländer in der Bundesrepublik".

***

Mittwoch, 15. September, 20.15 Uhr, ARD
Stern ohne Himmel. Leonie Ossowski („Die große Flatter") schildert in ihrem Fernsehfilm die Konfrontation einer Gruppe Jugendlicher im letzten Jahr der Nazi-Diktatur mit einem geflohenen jüdischen Jungen. Regie: Ottokar Runze. Mit Manfred Gliewe, Uwe Drißler, Andreas Hameder u.a.

***

Mittwoch, 15. September, 22.30 Uhr, WDR III
Pastorale 1945. Spielfilm von Wim Verstappen über den antifaschistischen Widerstand in Holland. Mit Frederik de Groot, Renée Soutendijk u.a.

***

Donnerstag, 16. September, 20.30 Uhr, Südwest III
Jorge Amado. Bericht über den brasilianischen Schriftsteller und seine Heimatstadt Bahia.

***

Freitag, 17. September, 20.15 Uhr, ARD
Cowboy. Western von Delmer Daves über einen kleinen Angestellten, der vom Cowboy-Leben träumt. Mit Jack Lemmon, Glenn Ford u.a.

***

Freitag, 17. September, 21.45 Uhr, ARD
Europa im Vergleich. Filmbericht über Ausländerfeindlichkeit in der BRD, in Österreich, Frankreich und Norwegen.

Aus der irischen Geschichte

Im folgenden drucken wir einen Auszug aus der Broschüre „Britischer Imperialismus in Irland" von Elnor Burns ab. Diese Broschüre — 1931 erschienen — ist zwar über 50 Jahre alt, aber trotzdem ein informativer und interessanter Versuch, die irische Geschichte aus marxistischer Sicht zu untersuchen. Die Auszüge stammen aus dem Kapitel V „Sinn Fein und der Klassenkampf", in dem die verschiedenen Kräften der irischen Bewegung in der Zeit des ersten Weltkrieges und ihre Rolle in der damaligen Revolution dargestellt werden. Wir werden in den nächsten RMs den Abdruck dieses Kapitels fortsetzen, weil wir meinen, daß es für viele unserer Leser interessant sein dürfte, die geschichtlichen Hintergründe der heutigen Lage in Irland ein wenig besser zu kennen.

Als die irischen Arbeiter in Dublin die Schlacht von 1913 ausfochten, gab es unter anderem im Westminster-Parlament eine Auseinandersetzung über die Frage der „Home Rule", der Selbstregierung. Asquith's Home-Rule-Gesetzentwurf, der für Irland lokale Selbstvewaltung vorsah, aber die Kontrolle über Zoll, Verteidigung, Außenpolitik, Landankauf und (für sechs Jahre) über die Polizei in den Händen der imperialen Regierung in London beließ, wurde 1912 im Parlament eingebracht. Er wurde von Redmond und der Irish Party im Unterhaus unterstützt. Die Bourgeoisie in Ulster, deren Verbindung zu England so eng waren, daß sie eine englische der irischen Verwaltung sogar in lokalen Angelegenheiten vorzog, begann sofort die Opposition dagegen zu organisieren. Alle alten Methoden des Aufführens rassischer und religiöser Widersprüche wurden neu belebt. Im September 1912 unterzeichneten mehr als 200000 Bewohner Ulsters eine „Feierliche Liga und einen Bund", womit sie sich verpflichteten,

> zusammenzuhalten zum Einsatz aller Mittel, die für nötig erachtet werden, um die gegenwärtige Verschwörung zur Errichtung einer Home-Rule-Regierung zu Fall zu bringen.

Sir Edward Carson, ein konservativer Abgeordneter, reiste durch Ulster und inspizierte Einheiten ausgebildeter und bewaffneter Männer, 80000 bis 100000 an der Zahl. In aller Öffentlichkeit wurden Vorbereitungen für bewaffneten Widerstand getroffen, und Balfour und andere konservative Ex-Minister billigten das öffentlich. Eine provisorische Regierung für Ulster mit einem Militärrat wurde eingerichtet. Carson spendete 10000 Pfund Sterling für einen Indemnitäts-Fond für die Ulster Volunteers. Waffen und Munition wurden illegal aus Hamburg importiert und 30000 Gewehre in Ulster verteilt.

Die Führer der Irish Volunteers beobachteten diese Aktivitäten in Ulster und begannen im Oktober 1913 mit der Reorganisierung ihrer Truppen mit Hauptquartier in Dublin. Ein Rundschreiben wurde herausgegeben, in dem es hieß, der Zweck der Truppen sei „die Sicherung und Erhaltung der Rechte und Freiheiten, die dem ganzen irischen Volk gemein sind." Konstitutionelle Nationalisten, die die parlamentarische Gruppe unter Redmond unterstützten, und revolutionäre Nationalisten schlossen sich an. Mitte 1914 zählten die Irish Volunteers beinahe 100000 Mann, und pro Woche kamen 15000 dazu. John McNeill, ein Professor an der National University, und Roger Casement, der vorher im britischen Konsulatdienst stand, gehörten zu den aktiven Organisatoren der Irish Volunteers.

Der Krieg brachte einer scharfe Klärung der Beziehung der verschiedenen Gruppen in Irland zu den Interessen des britischen Imperialismus mit sich.

Die Tatsache, daß das Home-Rule-Gesetz jetzt verabschiedet war, machte es Redmond und der Irish Nationalist Party leichter, im Westminster-Parlament ihre Loyalität für die Sache der Imperialisten zu verkünden. Redmond sagte im Unterhaus, die Regierung könne alle ihre Truppen aus Irland abziehen. Die nationalistischen Volunteers und die Ulster Volunteers würden das Land gemeinsam verteidigen.

Die großer Mehrheit der bestehenden Irish Volunteers folgte Redmond. Sie wurden als National Volunteers bekannt, und als Redmond eine Rekrutierungsreise durch Irland unternahm, verpflichteten sich Tausende von Arbeitern und Bauern zur britischen Armee. In Ulster waren die Carsonisten naturgemäß in der Lage, ihre Anhänger auf Seiten des Imperialismus zu mobilisieren.

Die Organisationen, die von Anfang des Krieges an ausdrücklich anti-britisch waren, umfaßten 1. solche Mitglieder der Irish Volunteers, die sich weigerten Redmonds Führung zu folgen, 2. Sinn Fein, 3. die Socialist Party (Sozialistische Partei), die eng mit der Citizen Army (Bürgerarmee) verbunden war. Zunächst trat nur eine kleine Gruppe in den bestehenden Volunteer-Einheiten gegen Redmonds Politik auf. Aber ab Anfang 1915 nahm deren Zahl rapide zu, und im Fortgang des Kriegs schlossen sich viele, die zunächst Redmond gefolgt waren, den Irish Volunteers an. Von Anfang an waren zwei unterschiedliche politische Tendenzen in ihren Reihen sichtbar. Die eine Gruppe unter der Führung von Mc Neill befürwortete den Aufbau der Volunteers als unabhängige Kraft, war aber der Ansicht, daß während des Kiegs kein irischer Aufstand unternommen werden sollte. Die andere Gruppe, deren Führung mit der Irisch Republican Brotherhood (Irische Republikanische Brüderschaft, die aus den Tagen der Fenier überlebt hatte) verbunden war, trat für eine sofortige Erhebung ein. Unter ihren Führern war Thomas Clarke, der 16 Jahre wegen seiner Fenier-Tätigkeit in britischen Gefängnissen verbracht hatte.

Sinn Fein war zahlenmäßig immer noch klein. Sie war 1905 von einer Gruppe Intellektueller als politische Partei gegründet worden, die unabhängig vom englischen Parlament sein sollte. Sie verband die literatische Tradition der Young-Ireland-Bewegung mit irischem Wiedererwachen und einer Politik, die weniger nationalistisch als rein antienglisch war. Arthur Griffith, der Redakteur der Zeitschrift „Sinn Fein" griff Larkin während des Streiks von 1907 bis 1913 als den „englischen Streik-Organisator" an und ließ von einem seiner Anhänger einen Artikel veröffentlichen, worin es hieß, englische Gewerkschafter organisierten Streiks in Irland, um Wirtschaft und Handel nach England umzuleiten („Sinn Fein", 30. März 1907). In einem Artikel unter der Überschrift „Der von England gemachte Streik" hieß es:

> Gegen die rote Fahne des Kommunismus... erheben wir die Fahne der irischen Nation. Unter dieser Fahne wird es Schutz, Sicherheit und Freiheit geben. (30. September 1911)

Eine redaktionelle Antwort auf einen Leserbrief während des Streiks von 1913 besagte, so lange eine Gruppe von Iren noch dazu gebracht werden könne zu glauben, „daß es keinen erkennbaren Unterschied zwischen der grünen Fahne des irischen Nationalismus und dem roten Banner des englischen Sozialismus gibt, solange wird eine solche Gruppe von Iren ein Werkzeug in den Händen Englands sein."

Während Griffith's Organ den Sozialismus als englisch verdammte, waren die republikanischen Sinn-Fein-Mitglieder bereit, den Kapitalismus aus demselben Grund zu verdammen. „Irish Freedom" (Irische Freiheit), das Organ der Republikaner, vertrat die Ansicht, daß „das vorrangige Übel die britische Besetzung" ist und daß „die Säuberung Irlands vom Ausland die Abschaffung unmenschlichen und degradierenden sozialen Systems beinhalten wird". (Dezember 1913)

Einige Mitglieder der republikanischen Gruppe von Sinn Fein unterstützen gemeinsame Aktionen von Nationalisten und Sozialisten. Zu ihnen gehörten P. H. Pearse und De Valera. Nach der Spaltung durch Redmond schlossen sich viele Anhänger den Irish Volunteers an, sie wurden als Sinn Fein Volunteers bekannt.

Als einzige Gruppe versuchte die Sozialistische Gruppe unter Führung Conolly's von Anbeginn des Krieges an, den Aufbau einer antiimperialistischen Organisation auf Basis der Arbeiterklasse. Im November hatte Larkin Irland verlassen und war nach Amerika gegangen, vo da an lag die Führung der militanten Gewerkschaftsbewegung und der Citizen Army in den Händen Conollys. Er arbeitete eng mit dem linken Flügel der Volunteers zusammen und erkannte von Anfang an, daß die Kriegssituation für einen Angriff auf die Macht des britischen Imperialismus in Irland genutzt werden mußte. In den ersten Kriegswochen schrieb er im „Irish Worker":

> Die irische Arbeiterklasse meint nicht, daß die Prinzipien der Arbeiterbewegung im Kampf gegen diesen Krieg und alles, was erbedeutet, aufgehoben sind, sie sieht keine Schwächung der internationalen Solidarität in ihrem entschiedenen Willen, nicht zu kämpfen, es sei denn in ihrem eigenen Land. (31. Oktober 1914)

Der „Irish Worker" wurde im Dezember 1914 von der Regierung verboten. Ihm folgte eine Zeitlang die „Worker's Republic", die in Glasgow gedruckt wurde.

In den Spalten der „Worker's Republic" enthüllte Connolly die Anstrengungen der „loyalistischen Kapitalisten", die Iren dazu zu bewegen, „in den Schlachten eines wankenden britischen Empire zu kämpfen". Anwerbungen für die Armee mittels Hunger waren in Dublin üblich — Arbeiter wurden „freigestellt", damit sie sich der britischen Armee anschließen konnten. Die Rekrutierer waren die Leute, die sich der Zerschlagung des Gewerkschaftswesens durch Hunger verpflichtet hatten.

> Auf allen Rekrutierungsplattformen in Dublin kann man die Gesichter der Männer sehen, die sich 1913-1914 Tag für Tag trafen, um ihre Pläne zur Ermordung unserer Frauen und Kinder durch Hunger zu erörtern... Das sind die Leute, die die Polizei auf die Unbewaffneten in der O'Connell-Street hetzten, die die Gefängnisse mit jungen Arbeitermädchen füllten, die Hunderte irische Arbeiter mit Stöcken prügeln und einsperren ließen... Das sind die Rekrutierer. Jeder Mann oder Junge, der sich auf ihren Ruf hin verpflichtet, gibt diesem Unrat einen erneuten Sieg über die Dubliner Arbeiterklasse, über die ganze irische Arbeiterklasse. (26. Februar 1916)

Im Verlauf des Jahres 1915 wurden in der Volunteers-Organisation Vorbereitungen für einen bewaffneten Aufstand getroffen. Über Sir Roger Casement, der zu Beginn des Kriegs nach Berlin gegangen war, wurden Regelungen für die Lieferung von Munition aus Deutschland getroffen. Am 17. März 1916, dem St. Patricks Tag, fand eine Parade bewaffneter Volunteers in Dublin statt. Ein allgemeiner Aufstand war für Ostern 1916 geplant. Das hatte der Exekutivrat der Volunteers unter seinem Präsident McNeill beschlossen, obwohl viele seiner Mitglieder, auch Mc Neill immer für eine Verschiebung eingetreten waren und vorschlugen, bis nach dem Krieg zu warten.

Die Hauptunterstützung für den revolutionären Aufstand kam aus den Städten; in Cork gab es eine starke Einheit bewaffneter Volunteers, in Enniscorthy (Wexford) und in Kilkenny war die Organisation der Volunteers aktiv, und in Dublin waren Citizen Army und Volunteers gut bewaffnet und ausgezeichnet organisiert. Nach dem Bericht der Königlichen Kommission zur Untersuchung der Rebellion in Irland zählten die Irish Volunteers im Dezember 1915 zwischen 13000 und 14000 Mitglieder und „erhöhten ihre Zahl und Disziplin stetig" von da an bis April. Auf dem Land gab es mit Ausnahme der Bauern und Landarbeiter in Galway wenig organisierte Unterstützung, weshalb auch schließlich die militante Gruppe schnell isoliert war, als die konterrevolutionären Kräfte im letzten Moment vom Kampf zurückwichen.

In der Nacht des 20. April versuchte ein deutscher Hilfskreuzer, getarnt als norwegischer Holzfrachter, Waffen und Munition an der irischen Küste anzuladen. Das Schiff wurde von einem britischen Schiff gestellt und kurz darauf von seiner Besatzung selbst versenkt. Nach dem Bericht der britischen Admiralität „sank der Hilfskreuzer, und es wurde eine Anzahl von Gefangenen genommen, darunter Sir Roger Casement." Casement wurde in den Tower von London gebracht und wegen Hochverrats vor Gericht gestellt. Er wurde am 3. August 1916 hingerichtet.

Die Nachricht von Casements Festnahme und dem Verlust der Munitionslieferung lieferte den Vorwand für einen Versuch, den Aufstand zu vereiteln. Am Samstag, 22. April, gab McNeill folgenden Gegenbefehl aus:

> Wegen der sehr kritischen Lage sind hiermit alle Befehle, die die Irish Volunteers für Morgen, Ostersonntag, erhalten haben, aufgehoben, und es werden keine Paraden, Märsche oder sonstige Bewegungen der Irish Volunteers stattfinden. Jeder einzelne Volunteer wird diesen Befehl in allen Einzelheiten strikt befolgen.

In Cork kamen an diesem Wochenende mehrere einander widersprechende Meldungen an, die Pläne wurden vollständig durcheinander gebracht und der Aufstand fand nicht statt. In Dublin führten die Citizen Army und die revolutionären Teile der Volunteers den Plan allein aus. Am Ostermontag wurden das Postamt, das Four-Courts-Gebäude, der Westland Row Bahnhof, Bolands Mühle (auf der Südseite des Flusses, wo De Valera das Kommando führte) und eine große Zahl von Häusern an strategischen wichtigen Punkten besetzt. Es wurde versucht, alle Bahnhöfe zu halten, als sich zeigte, daß das unmöglich war, wurden die Eisenbahnlinien unterbrochen und die Brücken zerstört, so daß Dublin für eine Woche von Eisenbahnverbindungen abgeschnitten war. Auf allen wichtigen Ausfallstraßen wurden Barikaden errichtet. Das Postamt war das Hauptzentrum, die Garnisonen dort und in anderen Stellungen waren gut versorgt. Connolly und Pearse hatten das Kommando beim Postamt. Plakate mit der Proklamation der Irischen Republik wurden herausgegeben, für die Provisorische Regierung unterzeichneten Thomas Clarke, P. H. Pearse, James Connolly und vier weitere Mitglieder. Diese Proklamation erklärte

> das Recht des irischen Volkes auf das Eigentum am Land und auf die ungehinderte Kontrolle über die Geschicke Irlands als souverän und unanfechtbar... Die Republik Irlands garantiert religiöse und bürgerliche Freiheiten, gleiche Rechte und gleiche Chance für alle ihre Bürger, sie erklärt ihre Entschlossenheit, das Glück und den Reichtum der ganzen Nation und aller ihrer Teile zu fördern, und dabei alle Kinder der Nation gleich hoch einzuschätzen, ohne die Unterscheidungen, die von einer fremden Regierung bewußt gefördert wurden, und die in der Vergangenheit eine Minderheit von der Mehrheit getrennt haben.

Alle Telegraphenleitungen wurden gekappt, aber die Telefonvermittlung war nicht genommen worden und wurde während der ganzen Zeit vom Militär benutzt. Am Dienstag kamen die ersten militärischen Verstärkungen an, in vielen Stadtteilen gab es heftige Kämpfe, vor allem am St. Stephens Green, das von Volunteers unter der Gräfin Markievicz trotz Maschinengewehrfeuers von umliegenden Häusern gehalten wurde. Am Dienstagabend wurde das Kriegsrecht verhängt. Am nächsten Tag

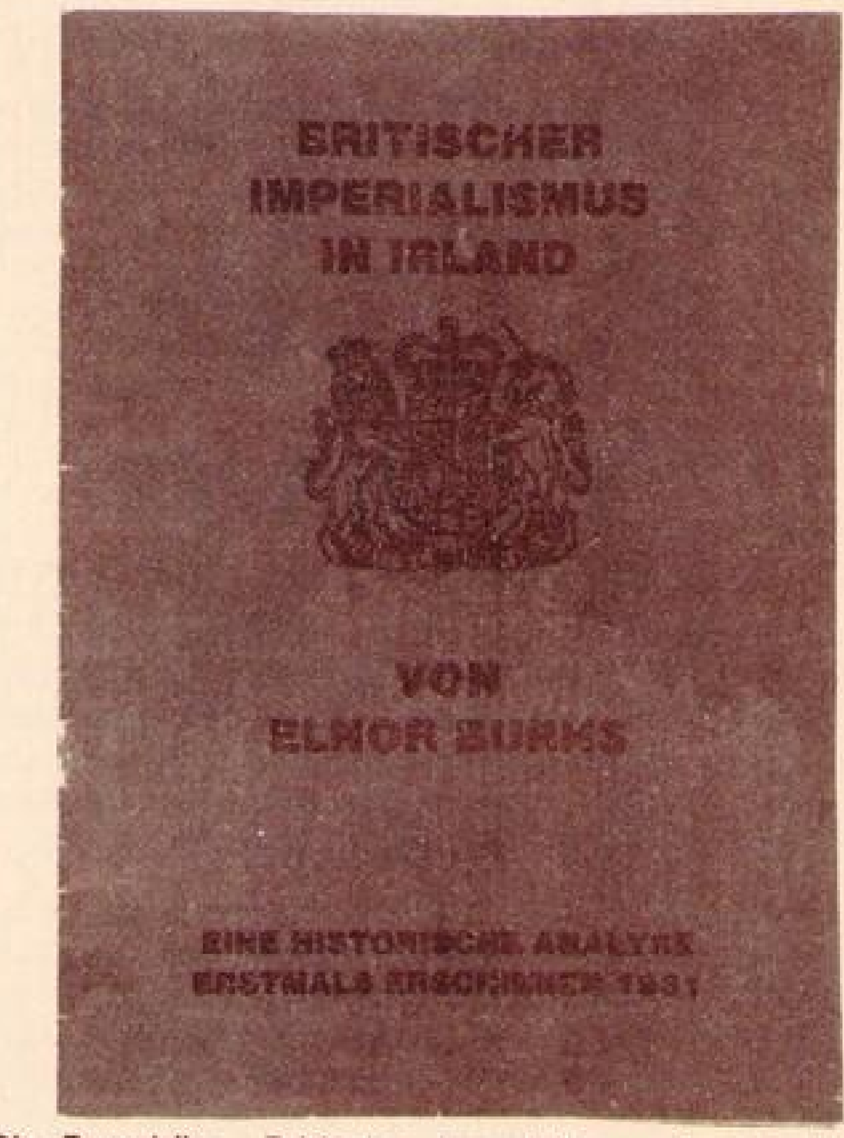
> kamen dauern neue Truppen mit Artillerie in die Stadt, und nach kurzer Rast wurden sie zum Einsatz gebracht, aber sie mußten für jeden Fuß Boden, den sie gewannen, kämpfen. (*Weekly Irish Times, Sinn Fein Rebellion Handbook*)

Ein Schiff der Admiralität fuhr in den Fluß ein und beschoß Liberty Hall mit Granaten, das Hauptquartier der Transport and General Workers' Union (Transport- und Allgemeine Arbeitergewerkschaft), obwohl Liberty Hall nicht von revolutionären Truppen besetzt war. Nach einem Bericht der „Weekly Times" war die Liberty Hall seit Jahren der Dubliner Polizei und der irischen Regierung ein Dorn im Auge, und „als beschlossen wurde, Artillerie zur Niederwerfung der Rebellion einzusetzen, wurde Liberty Hall als das erste Ziel ausgewählt."

Am Donnerstag und Freitag wurde die Bombardierung des Stadtzentrums ganztägig fortgesetzt. Eine Anzahl von Gebäuden wurde in Brand gesetzt, ganze Laden- und Büroblocks zerstört. Die Garnison war gezwungen, das Generalpostamt zu verlassen, das bis auf die Außenmauern abbrannte.

Am Samstag, 29. April, stimmten die Führer des Aufstands der bedingungslosen Kapitulation zu. Das folgende Dokument wurde von P. H. Pearse als Präsident der Provisorischen Regierung unterzeichnet:

> Um das weitere Abschlachten unbewaffneter Menschen zu verhindern und in der Hoffnung, das Leben unserer Gefolgsleute zu retten, die jetzt umringt und hoffnungslos unterlegen sind, haben die zur Zeit im Hauptquartier anwesenden Mitglieder der provisorischen Regierung der bedingungslosen Kapitulation zugestimmt, und die Kommandanten aller Einheiten der republikanischen Truppen werden ihren Gefolgsleuten befehlen, ihre Waffen niederzulegen.



Die Broschüre „Britischer Imperialismus in Irland" von Elnor Burns und zahlreiches weiteres Material über Irland sind erhältlich über: Anti-H-Block und Armagh-Komitee, c/o Frank Gallagher, Arnsburger Str. 21, 6000 Frankfurt/Main.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 36, 10 Eylül 1982 | Yıl: 16 | 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



AEG'de protesto grevi — Geçen hafta çarşamb günü Batı Berlin'de özellikle de Brunnenstr.'deki işletmeden 2000 yerli ve yabancı AEG işçisi, işi bırakarak direnişe geçtiler. Greve giden Alman ve yabancı işçiler AEG'deki işyerlerinin korunmasını ve Brunnenstr.'deki tesisleri kapatma planının geri alınmasını talep ettiler. Yürüyüşün ardından AEG işçileri eylem komitesinin girişimi üzerine Brunnenstr.'deki işletmede 400 işçinin katıldığı bir grev toplantısı yapıldı. Bu toplantıda işyerinin kapatılması planına karşı mücadelenin hangi şekilde sürdürülmesi üzerinde duruldu.

Türkiye'de iki yıl faşist cunta

Kahrolsun askeri faşist diktatörlük!

Faşist generaller çetesinin Türkiye'de yönetime el koymasının üzerinden tam iki yıl geçti. Bu iki yıl tüm sahte propagandalara rağmen, bir yandan faşit cuntanın ülkeyi zindana, işkencehaneye çevirdiğini, tüm siyasi hakları gasp ettiğini en çıplaklığıyla gösterirken, diğer yandan ise işsizlik, enflasyon, açlık ve sefaletin korkunç boyutlara ulaştığını da ortaya koymaktadır.

Faşist cuntanın elebaşısı Kenan Evren boşu boşuna Avrupa'nın Pinochet'i olarak adlandırılmadı. ABD'nin ve onun denetiminde bulunan NATO'nun yardım ve desteğini alan, Bonn Hükümeti tarafından finanse edilen faşist cunta bu iki yıl içinde ülkeyi bir zindana çevirdi. Onun işkencecileri barbarlığın en koyu örneklerini vererek, ayrı düşünen insanların direncini kırmaya çalışmakta, mahkemeleri ard arda akord çalışırcasına kitlesel davalarda cezalar yağdırmaktalar.

Faşist cuntanın iktidarda olduğu iki yıl boyunca işsizlik arttı, açlık ve sefalet çekilmez hale geldi, ücretler donduruldu. Onlarca kişi işkencede, sokak ortalarında, idam sehpalarında katledildi, sakat bırakıldı. Kısacası, komprador burjuvazi ve toprak ağaları için dikensiz bir gül bahçesi yaratabilmek amacıyla her türlü muhalefet baskı altına alındı, hapise atıldı, tüm siyasi haklar rafa kaldırıldı.

Kürt ulusu ve diğer azınlık milliyetlere karşı koyu bir soykırım politikası izlenildi, izleniliyor. Kürt köyleri basıldı, yüzlerce Kürt köylüsü en adi ve insanlık dışı işkencelerden geçirildi.

Türkiye işçi sınıfının kanı ve canı pahasına kazandığı tüm siyasi ve ekonomik hakları gasp edildi. İşçiler süngü zoruyla en koyu sömürüye tabi tutularak açlık ve sefaletin pençesine verildi. Köylüler, küçük üreticiler iflasın eşiğine sürüklendi. Kısacası komprador burjuvazi ve toprak ağaları işçilerin, memurların ve köylülerin en azgın sömürüsünden kârlar vurdular.

Öte yandan uluslararası alanda faşist cuntanın teşhirinin hızlandırılması ve onu finanse eden emperyalist hükümetlere karşı baskıların artması sonucunda faşist cunta sözüm ona demokratikleşme adımı olarak bir Anayasa Taslağı hazırlattı. Bu Anayasa, cuntanın azgınca baskı, sömürü ve zulmünün yasallaştırılmasından başka hiç bir anlam taşımamaktadır. Daha şimdiden faşist cunta her ne pahasına olursa olsun, bu anayasasını onaylatmak için bugünden halka azgınca saldırarak sözde "seçmenleri" belirlemek amacıyla sokağa çıkma yasağı koydu. Ki bu da Anayasa oylamasına gidildiğinde herkesin dipçik zoruyla sandık başına götürülmek ve oylamaya katılmamayı tamamen olanak dışı bırakılmak istenmesinden başka hiç hiç bir anlam ifade etmemektedir.

Faşist cunta ikinci yılını doldururken Anayasa Taslağı'nı açıklamakla sözde Türkiye'de parlamenter demokrasiye geçildiği süsünü vermektedir. Cuntanın bu girişimini onun batılı dostları, özellikle de Batı Alman emperyalizmi desteklerine haklı zemin kazandırma yönünde kullanmaya çalışıyorlar.

Faşist cunta hâlâ Bonn Hükümeti tarafından destek görmektedir. Bu duruma artık bir son verilmelidir. **Türkiye'ye her türlü yardım kesilmelidir. Faşist cuntaya karşı yürüyüşe katıl!**

11 Eylül Cumartesi, saat 10.30, Frankfurt-Paulsplatz'ta.

(„Nieder mit der faschistischen Militärdiktatur in der Türkei")

3000 işyeri yok edilmek isteniyor

AEG Brunnenstr.'de direniş sürüyor

3000 işçinin çalıştığı Batı Berlin AEG Brunnenstr. işletmesinin kapatılmak istendiği ağustos ayı ortasında kesinlik kazandı. İşletme yönetiminin kararını öğrenen işçiler bu tarihten beri işyerlerinin kapatılmasını önlemek için çeşitli kararlı direniş eylemlerini örgütlemeye koyuldular. Bir eylem komitesi kuruldu, çeşitli yürüyüş ve işi bırakma eylemleri düzenlendi.

Yerli ve yabancı AEG işçileri işyerlerinin yok edilmesini önlemek için mücadele etmeye hazır olmalarına rağmen, İGM Merkezi Yönetimi ve AEG işletmeleri merkezi İşçi Temsilcilik Başkanlığı bu mücadeleyi, tüm AEG işletmelerini kapsayan bir eyleme dönüştürmemekte, dolayısıyla AEG patronlarının işyerlerini yok etmelerine göz yummaktalar. İşte İGM sendika patronlarının sessizliğinden meydanı boş bulan AEG kapitalistleri işçileri birbirine karşı kışkırtmakta, görkemli eylemlerin oluşmasını engellemekteler. Bunun içindir ki, bugüne değin, AEG Brunnenstr'deki işyerlerinin korunmasının tek ve gerçek seçeneği olan işyeri işgali ve süresiz grev gerçekleştirilemedi.

İşletme yönetiminin 20 Ağustos'ta işyerinin kesin olarak kapatılacağını açıklaması üzerine işçiler 23 Ağustos'ta işletmenin önünde mücadeleci bir işyeri toplantısı düzenlediler. Hemen hemen tüm işçilerin katıldığı bu toplantıda 30'a yakın işçi konuştu ve sık sık işyerinin kapatılmasının önlenmesi için greve gidilmesi ve mücadele eylemlerinin düzenlenmesi talep edildi. Ardından ise AEG Brunnenstr. işletmesinin kapatılmasını önlemek için bir eylem komitesi kuruldu. Komitenin kuruluş toplantısına 86 işçi, büro emekçisi ve çırak katıldı. Komitenin kuruluşundan sonra yapılan ilk toplantıya işyerinden 110 işçi arkadaş geldi.

Eylem Komitesinin yaptığı bu ilk toplantıda Batı Berlin'deki tüm AEG işletmelerinin ortak bir yürüyüş yapmaları için girişimde bulunulması gerektiği kararlaştırıldı.

3 Ağustos'ta Berlin Senatosu'nun AEG Brunnenstr. işletmesi için yardımda bulunmayacağı açıklanınca, işçilerin tepkisi yeni bir hız kazandı ve bunun üzerine eylem komitesi bir gün sonra 2000 işçinin katıldığı bir yürüyüş düzenledi. Yürüyüşün ardından ise greve gidilmesini kararlaştırmak için bir toplantı yapıldı. Ne varki bu toplantıda AEG Brunnenstr. işyeri sendika temsilcileri işçilerin mücadele azimlerini yanlış değerlendirerek olumsuz bir karar aldı ve greve gidilmesine karşı çıktılar. Böylece işçiler de yılgınlık baş göstermeye başladı. greve ve işyeri işgaline gidilmedi, eyleme son verildi. Ancak buna rağmen AEG-Brunnenstr.'de henüz son söz söylenmiş değildir.

"Kızıl Şafak" Basın Şenliği'ne katılalım!

Gazetemiz "Kızıl Şafak"ın 15. yayın yılını doldurmasından ötürü 25-26 Eylül 1982'de bir basın şenliği düzenleyeceğiz. Şenlikte sınıf mücadelesinin çeşitli sorunları ve yabancı düşmanlığı üzerine podyum tartışmaları sürdürülecek. Ayrıca 25 ve 26 Eylül'de olmak üzere iki büyük gece yapılacak. Bu gecelerde Schmetterlinge, Elbe 1 vb. müzik grupları ve sanatçılar güncel yaşam üzerine parçalar söyleyecekler.

Yabancı düşmanlığına karşı gece 26 Eylül, Pazar, saat 10.00'da



Programda Melike Demirağ

Yunan "Pegasos" müzik grubu

Folklör, Yılmaz Güney'in "Endişe" filmi ve Alamanya adlı film vb. var.

Tarih: 25-26 Eylül 1982
Yer: Marienbornplatz, Dortmund-Lütgendortmund

Yerli ve yabancı öğrenciler aynı sınıflarda ders görmeli!

Özel yabancı sınıflarına hayır!

Batı Berlin İdari Mahkemesi, yakın geçmişte CDU azınlık hükümetinin eğitim politikasını destekleyen bir karar aldı. Bu kararda yabancı çocukların "yabancılar sınıfında" ders görmelerine hak verilmektedir. İdari Mahkeme'nin bu kararı ırkçı ve yabancı çocukların ikinci sınıf bir diploma almasını öngören bir karardır. Bu karara karşı protestolar yoğunlaştırılmalıdır.

Bir yıl önce çocuklarının Alman sınıflarından çıkarılarak yabancılar sınıfında toplanmasına karşı dava açan dört yabancı velinin istemini Berlin İdari Mahkmesi Ağustos ayı sonunda reddetti. İdari Mahkeme'nin bu kararı, böylece CDU azınlık hükümetinin yabancı çocukların Alman çocuklarından soyutlanarak özel sınıflarda birleştirilmesini öngören eğitim politikasına yasal bir zemin yaratmaktadır. Berlin İdari Mahkemesi'nin bu kararı bir yandan yabancı çocukların entegrasyonunu zorlaştırır ve Alman yaşıtları ile kendi aralarına ulusal çitler örerken, öte yandan ise yabancı çocukların düşük, ikinci sınıf bir eğitim görmeleri anlamını taşımaktadır.

Temelinde ırkçı bir eğitim yapılmasının yattığı CDU azınlık hükümetinin bu eğitim politikası aynı şekilde okullarda yerli ve yabancı çocuklar arasında düşmanlık tohumlarının ekilmesine, ön yargıların artmasına ve yabancı düşmanlığının daha kolay bir zemin bulabilmesine hizmet etmektedir.

İdari Mahkeme'nin ırkçı kararını açıklamasının ardından 2 bini aşkın yabancı ve Alman veliler, öğretmen ve öğrenciler bir protesto yürüyüşü düzenlediler. Ayrıca GEW sendikası da mahkemenin bu kararını eleştirdi. Berlin İdari Mahkemesi'nin bu kararına ve CDU azınlık hükümetinin ırkçı eğitim politikasına karşı protestolar yükseltilmeli, yerli ve yabancı çocukların aynı sınıflarda ders görmeleri talep edilmelidir.

(„Keine Sonderklassen für ausländische Kinder")



Yerli ve yabancı veliler Berlin İdari Mahkemesi'nin kararını protesto ettiler.

Polonya'daki olayların ardından

Cunta mezar sessizliğini sağlamak istiyor

"Dayanışma" sendikasının 2. kuruluş yıldönümü dolayısıyla Polonya'da bir çok şehirde yürüyüş ve mitingler düzenlendi. Bu eylemlerin basında yaptıkları yankılar oldukça farklı. Batı Polonya işçilerinin düzenledikleri bu eylemi şimdiye değin izlediği aynı alçakça tavrıyla sözüm ona destekler gibi görünürken, Polonya askeri sosyal faşist cuntası ve yanlıları ise eylemlerin üzerine sünger çekmeye ve önemini küçümsemeye, "bir avuç aklını" yitirmişin işi olarak göstermeye yeltendi.

Polonya'daki eylemlerin ardından ABD ve batının diğer emperyalist hükümetleri kendilerine bir pay çıkarmak için ateşli bir şekilde hemen işe koyuldular. Tamda işçilerin ve sendikanın can düşmanı olan ABD Başkanı Reagan sözüm ona Polonya işçilerinin direnişine sahip çıkarak bu baskıya rağmen özgür sendikalar isteğinin yaşadığını gösteriyor dedi. Kuşku yok ki, bugün Reagan'ın Polonya'daki ajanları, Polonya işçilerinin protestosunu ABD sermayesinin çıkarına uygun bir biçimde kanalize edebilmek için işlerinin başındadırlar. Batılı emperyalistler, özellikle de ABD emperyalizmi Polonya sosyal faşist cuntasının işçiler üzerindeki kanlı terörünü, kendilerinin barbarca saldırılarını unutturmak, dikkatleri başka yöne çekmek için kullanmaya çalışıyorlar.

Elbette ki, Polonya cuntası da işçilerin direnişi karşısında elini kolunu bağlayıp sessiz kalmakta, aksine, onlar Doğu'nun diğer sahte komünist partilerinin desteğini de alarak olayları örtbas etmeye, direnenlerin işçiler değilde, "bir kaç olay yaratmak" isteyen kişinin olduğunu söylemeye çalışmaktalar. İşçilerin eylemlerine azgınca saldırarak gözyaşartıcı bomba atan Jaruzelski cuntası eylemlerin ardından ise işçileri "teröristler" olarak göstermeye yeltendi ve eylemlerin elebaşılarının tutuklanacağını duyurdu. Polonya sosyal faşist cuntası bir yandan olaylara gözüdönmüşcesine saldırırken, diğer yandan bu eylemleri sadece bir avuç gencin birer eylemleri olarak göstermeye yöneldi.

Polonya işçilerinin direnişinin simgelendiği kalelerden biri olan Lenin tersanesinin bulunduğu Gdanks şehrinde, Wrocklaw'de, Varşova'da düzenlenen bu eylemlere sadece Polonya cuntası ateş püskürmemekte, aynı şekilde tüm revizyonist partiler de ağız birliği yapmışcasına saldırmaktalar.

Bu partilerin sözüm ona Polonya işçilerinin eylemlerini mahkum etmeye kalkıştıklarında kullandıkları siyasi tezleri o denli açık ki, bu tezlere en fazlasından Polonya'nın geçmişini bugününü bilmeyen birisi kanabilir. Örneğin DKP'nin gazetesi "Unsere Zeit"ta yapılan bir yorumda, "gençleri" (?!) kendilerine çıraklık ve işyeri garantileyen bir sisteme karşı taş atma noktasına getiren etkenlerin neler olduğu soruluyor. UZ yazarları bugün gençleri ve yaşlıları Jaruzelski cuntasının silahlarına karşı hangi etkenlerin direnişe seferber ettiğini çoktan bilmemiş olsalardı, bunu kendilerine bir kez daha etraflıca açıkladık. Örneğin Polonya egemen sınıfları planlarına uygun olarak et ihracatı yapar ve kendileri de bolluğun içinde yaşarken, işçi ve emekçiler ise et bulamıyorlardı, bulamıyorlar. Veyahut ardarda fiyatların artması, ya da işyerlerindeki kötü çalışma koşulları vb. kendisine sosyalist bir devlet ismini veren bir sisteme karşı protesto etmek için yeterli birer neden değil midir?

Polonya Başbakan Yardımcısı Rakowski DKP'den daha da samimi davranarak "Konkret" adlı dergi ile yaptığı bir konuşmada kitlelerin siyasi olarak ilgisizleşmesi hükümet için bir kazançtır diyor. Aslında kendisine komünistim adını veren birisi, işçi sınıfının geniş ve yaygın siyasi faaliyetinden yana olması gerekirken, bu tür bir açıklama yapması siyasetinin iflas ettiğinden başka hiç bir anlam taşımamaktadır.

DKP ayrıca Polonya işçi sınıfının son altı ay içinde eyleme gitmediğini yazarak bundan işçilerin Jaruzelski cuntasının yanlısı oldukları sonucunu çıkarıyor. Ancak gerçek hiçte UZ yazarlarının belirttiği gibi değil, aksine Polonya sosyal faşist cuntası işçilerin üzerine azgınca saldırmasına karşın, işçiler direnişe geçtiler.

Bu noktayı son olarak düzenlenen ve on binlerce işçinin, gencin katıldığı eylemler tüm açıklığıyla gözler önüne sermektedir. Jaruzelski cuntası göstericilerin üzerine tankıyla, topuyla saldırmasına, işçileri katletmesine, bir çoğunu yaralamasına ve şimdiye değin 4 binden fazla insanı tutuklamasına rağmen, işçiler her düzenledikleri bir eylemde ne denli ona karşı olduklarını ortaya koydular. Cuntanın tüm tehditlerine rağmen, işçi ve gençlerin sokaklara dökülmesinin nedeni şu veya bu kesim tarafından kışkırtıldıklarında değil, aksine daha iyi bir yaşam istediklerinde yatmaktadır. İşte bugün işçiler buna bağlı olarak da Polonya'daki sömürü cihazından bağımsız olan bir sendikayı talep etmekteler. Polonya cuntası bir yıldan beri işçileri teslim alamayınca, bu eylemlerin ardından yeni tehditler savurarak, daha sert önlemlere başvurulacağını ilan ederek mezar sessizliğini sağlamak istiyor.

(„Jaruzelski will Friedhofsruhe in Polen erzwingen")

Polonya cuntası direnişe geçen işçilerin üzerine azgınca saldırdı.

İşsiz Türkiyelilerin oturma izinlerinin iptal edilmesi isteniyor

Batı Berlin CDU azınlık hükümeti yabancılara yönelik saldırı halkasına her geçen gün bir yenisini eklemek istiyor. Özellikle ev işgalcilerinin ve yürüyüşçülerin üzerine vahşice saldırı kararları vermekle tanınmış olan CDU azınlık hükümetinin Berlin İçişleri Senatörü Lummer, şimdi de yabancı işçilere saldırılarından gene başı çekmeye çalışıyor.

Bilindiği gibi daha öncede Batı Berlin İçişleri Senatörlüğü Ortak Pazar dışı ülkelerden gelen yabancılara, özellikle de Türkiyelilere yönelik uygulamaya koyduğu kısıtlayıcı kararlarına bir yenisini daha eklemiştir. Bu yeni uygulamayla Batı Berlin'de 8 yıl oturmamış, 18 yaşını doldurmamış ve en az bir yıl evli olmayan Türkiyeli gençlerin eşlerini yanlarına getirmeleri yasaklanmıştır. Ama bu kararda sadece bu kadarı ile yetinilmeyip, ayrıca Türkiyeli gencin ailesini yanına getirmesinin zorunlu olup olmadığı konusunda yabancılar polisine araştırma yetkisi verilmiştir.

Ancak sadece bu insanlık dışı kararların alınması ile Batı Berlin azınlık hükümetinin saldırıları son bulmuş değildir. Derinleşen krize paralel olarak işçi sınıfının ekonomik, sosyal ve siyasi haklarına yönelik saldırılar artarken, bunun yanında Batı Alman ve Batı Berlin işçi sınıfının en zayıf ve siyasi haklardan yoksun halkasını oluşturan yabancı, özellikle de Türkiyeli işçilere yönelik saldırılarda her geçen gün yeni boyutlar kazanmaktadır. Batı Alman ve Batı Berlin sermayedarları yabancı işçilerin, burada çalıştırılmalarında muazzam kâr lar edindikleri gibi şimdi onların geri gönderilmelerinde de kâr sağlamak istiyorlar.

Sermayenin çıkarlarına uygun olarak bir kaç gün önce "Rheinische Post" adlı gazeteye demeç veren Batı Berlin İçişleri Senatörü Lummer "İşsiz Türklerin oturma izinleri iptal edilmelidir" diyor. Lummer bu talebine gerekçe olarak yabancıların sayılarının Batı Berlin'de fazla olduğunu gösterip, böylece sosyal sorunların olmasının nedenini örtbas etmeye, dikkatleri yabancıların üzerinde toplamaya ve gerçek amacını gizlemeye çalışıyor. Aslında bugün işsiz yabancıların oturma izinlerinin iptal edilmek istenmesiyle amaçlanan, onların daha fazla "sosyal ağı sömürmelerini" (?!) önlemek ve onları geri göndererek, çeşitli kazanılmış haklarının üzerine konmaktır. Lummer buna bağlı olarak ayrıca yabancı işçilerin 6 yaşından büyük çocuklarını yanlarına getirmelerinin yasaklanması talebini yineledi.

Krizin derinleşmesine bağlı olarak egemen sınıfların saldırılarının da artacağı bir gerçektir. Bunun için sermayenin saldırılarına karşı yerli ve yabancı işçilerin birleşik mücadele cephesini gerçekleştiremediğimiz sürece, sermaye saldırılarında başarılar kaydedecektir. Öyleyse şimdi sermayenin gerek bir bütün olarak işçi sınıfına, gerekse de onun en zayıf halkasını oluşturan yabancı işçilere yönelik saldırılarını geri püskürtmek için sınıfın birleşik mücadele örgütlerinde yer almalı ve ortak mücadeleyi gerçekleştirmeliyiz. Somutlarsak bugün işsiz yabancılarda bir çok bölgede kurulan işsizler komitelerinde yer alarak Alman sınıf kardeşleriyle birlikte mücadele etmelidirler.

Yılmaz Güney'in Batı Almanya'ya gelmesine izin verilmeli!

Sonbaharın sonuna doğru film rejisörü Yılmaz Güney "Yol" adlı filminin Almanca metnini hazırlamak için Federal Almanya'ya gelmek istiyor. Ancak ne varki O'nun bu amacını gerçekleştirip gerçekleştiremeyeceği Federal Alman makamlarına bağlıdır. Ve bunlar ise Yılmaz Güney'in Federal Almanya'ya girmesine izin verme taraftarı değiller. Çünkü Yılmaz Güney'e karşı İnterpol tarafından uluslararası alanda tutuklama kararı çıkartılmıştır.

Bir çok Türkiyeli ilerici sanatçı ile aynı kaderi paylaşanlardan birisi de Yılmaz Güney'dir. O daha 1971 yılında "Umut" filminden dolayı hapis cezasına çarptırılmıştı. Bilindiği gibi Güney'in "Umut" filmi de Cannes Film Festivali'ne katılmış ve ödül almıştı. Filimlerinde Türkiye halkının gerçek yaşamını, direnişini, umut ve amaçlarını konu edinen Yılmaz Güney bu filminin ardından 12 Mart faşist generalleri tarafından hapis cezasına çarptırıldı.



Y. Güney Yunanistan'da "Akdeniz Uluslararası Kültürel İşbirliği" konferansını izlerken.

Kısa bir hapishane yaşamından sonra serbest bırakılan Yılmaz Güney "Endişe" adlı filmini çevirmek için işe başladı. Fakat aradan kısa bir zaman geçmeden devlete karşı yazı yayınlama suçundan yargılandı. Güney, o dönemde Türk Ordusu'nun Kıbrıs Çıkarmasına karşı çıkmıştı. Kendisine karşı açılan tahkikatın devam ettiği dönemde Yumurtalık'ta "Endişe" adlı filmini çevirirken, tahkikatı sürdüren savcı öldürülüyor. Ve olayın ardından ise Güney savcıyı öldürme suçundan tutuklanmıştı. Ancak bu güne değin savcının öldürüldüğü gazinoda Güney'in olup olmadığı, onun öldürüp öldürmediği ispatlanmamıştır. Ama buna rağmen mahkeme onu savcıyı öldürmek suçundan dolayı Eylül 1974'de 20 yıl ağır hapis cezasına çarptırdı.

Güney cevirdiği filimlerle komprador burjuvazi ve toprak ağalarının yüreğine korku salıyordu. Böylece kitleler tarafından olağanüstü sıcak bir sempati ve sevgiye sahip olan Güney'in sanat sahnesinden silinmesi gerekiyordu. İşte bunun içindir ki egemen sınıflar sahte suçlamalarla Güney'i hapse attılar. Ayrıca Uluslararası Af Örgütü Güney olayının üzerine yaptığı bir araştırma sonucunda onun siyasi bir komplaya kurban gittiğini yazıyor.

12 Eylül 1980'de faşist generallerin yönetime el koymasıyla birlikte işçi sınıfına ve emekçi halka, Kürt ulusuna ve diğer azınlık milliyetlere saldırıları da kat kat arttı, ilerici olan ne varsa her şeye saldırıldı, devrimci, anti-faşist ve komünistler hapse tıkılarak bir bir işkenceden geçirildiler, geçiriliyorlar. Buna bağlı olarak hapiste bulunan siyasi tutuklular üzerindeki baskılar da yeni bir hız kazandı. Faşist cunta Güney'in "Faşizm üzerine" adlı kitabından ve "Siyasi gruplar" adlı makalesinden dolayı ona ayrıca bir kaç yıllık ceza daha verdi. Böylece Güney'in toplam hapis cezası 100 yılı buluyordu. Ancak Güney 1981 yılı sonunda yurtdışına kaçmayı başardı.

Güney daha hapisteyken, Mayıs ayında yapılan Cannes Film Festivali'nde Yunan rejisörü Costa Gavras'ın "Missing" (Kayıp) adlı filmiyle birlikte "Altın Palmiye" ödülünü paylaşan "Yol" adlı filminin senaryosunu yazmıştı. "Yol" filmi, hapishanedeyken kendilerine verilen izinden sonra geri dönmeyen üç mahkumun yaşamını anlatıyor. Ancak mahkumlar hapisten kaçmalarına karşın bir türlü özgürlüğü kavuşamıyorlar. Çünkü tüm ülke zindana çevrilmiş.

Yılmaz Güney Federal Almanya'ya gelerek "Yol" filminin Almanca metnini hazırlamak ve filmini tanıtmak istiyor. Kuşku yok ki, Güney'in bu filmi burada yaygın bir şekilde gösterildiği takdirde, faşist cuntanın Alman kamuoyunda teşhirine yol açacaktır. İşte bunun için Bonn Hükümeti Güney'in Federal Almanya'ya girmesini engellemek istiyor. Nitekim Bonn Hükümeti daha son olarak faşist cuntayla kapsamlı bir silah ticareti anlaşması yaptı ve "generaller çetesinin yıkılması" gerektiğini söyleyen Güney gibi birisi bu durumda ortanın karışmasına yol açar.

Fransız ve Yunan Hükümeti Güney'e karşı örnek bir tavır takındılar. Onlar İnterpol'un tutuklama kararını sadece hiçe saymayıp, aynı şekilde Güney'in ülkelerine giderek serbestçe konferans düzenlemesine de izin verdiler. SPD milletvekili Klaus Thüssing de bu iki hükümetin tutumunu örnek göstererek haziran ayı sonunda İçişleri Bakanı Baum'u aynı yönde bir adım atmaya çağırdı. Fakat görülen şu ki, Bonn Hükümeti bu adımı atmayı istemiyor. Bunun içindir ki, şu ana kadar hiç bir şey açıklanmış değildir.

Bonn Hükümeti'nin bu tavrından dolayı demokrat örgütlerin ve sanatçıların, Güney'in Federal Almanya'ya gelebilmesine izin verilmesini talep etmelerinin önemi daha da artıyor.

(„Freie Einreise für Y. Güney in die BRD!")



Bu Hafta TV'de

11 Eylül, Cumartesi
Saat 20.15, NDR/HR 3
***Bi ve Bidi Augsburg'ta.** Film Bertold Brecht'in Augsburg'taki gençlik yıllarını konu ediniyor.*

13 Eylül, Pazartesi
Saat 21.15, NDR/HR3
***Kaybolan iz.** Yönetmenliğini Mathias Knauer'in yaptığı bu filmde İsviçre'de Anti-faşistlerin 1933-1945 yılları arasındaki durumları anlatılıyor.*

14 Eylül, Salı
22.05, ZDF
***10'u 5 geçe.** Her zaman olduğu gibi özellikle Bonn'daki partilerin temsilcilerinin yer aldığı bu tartışma yayınının konusunu "Federal Almanya'da Yabancılar" oluşturuyor.*

15 Eylül, Çarşamba
Saat 20.15, ARD
***Seması olmayan yıldız.** Leonie Ossowski bu filminde Nazi diktatörlüğünün son yılında bir grup gencin kaçmış bir Yahudi genç ile olan anlaşmazlıklarını gösteriyor.*

15 Eylül, Çarşamba
Saat, 22.30, WDR 3
***Pastorale 1943.** Yönetmenliğini Wim Verstappen'in yaptığı bu filmde Nazi diktatörlüğüne karşı Hollanda'daki anti-faşist direnişele alınıyor.*

17 Eylül, Cuma
Saat 21.45, ARD
***Avrupa'da kıyaslama.** Bu filimde Batı Almanya, Avusturya, Fransa ve Norveç'te yabancı düşmanlığı konu ediliyor.*

Anti-Savaş Günü'nde çeşitli eylemler düzenlendi

Her yıl olduğu gibi bu yılda 1 Eylül Anti-Savaş Günü'ne ilişkin olarak Federal Almanya'nın bir çok bölgesinde ve Batı Berlin'de yürüyüşler vb. eylemler düzenlendi.

Hitler ordularının Polonya'ya saldırmasıyla birlikte başlayan ve 55 milyon insanın ölümüne, milyonlarca insanın sakat kalmasına, köy ve şehirlerin yerle bir edilmesine yol açan 2. emperyalist paylaşım savaşının ardından 1 Eylül dünya komünistleri ve savaş karşıtları tarafından, Anti-Savaş Günü olarak ilan edildi. O günden beri de geleneğine uygun olarak 1 Eylül'de çeşitli şehirlerde savaşa karşı eylemler düzenlenmektedir.

Bu yıl DGB sendikası tarafından Anti-Savaş Günü'ne ilişkin olarak şimdiye değin olandan fazla eylemler düzenlendi. Şüphesiz ki bu ileriye doğru olumlu bir adımdır. Ancak ne varki bu eylemlere sağcı DGB yöneticilerinin barış mücadelesine ilişkin gerici ve olumsuz tutumları da yansıyordu. Örneğin bunun bir ürünü olarak Kuzey Ren Vestfalye'de hiç bir büyük yürüyüş yapılmadı ve bunun yerine DGB merkezi salon toplantısı yaptı. Herne Kültür Merkezi'nde yapılan bu toplantıya DGB Başkanı Ernst Breit katılmıştı. 1200 kişilik bir salona toplam 600 kişi gelmişti.

DGB toplantısına neden bu kadar az kitlenin katıldığını DGB yöneticilerinin seferberlik metodlarına baktığımızda çok açık bir şekilde görebilmekteyiz. Örneğin İG Bau-Stein-Erden Dortmund şubesinin üyelere gönderdiği bir mektupta şöyle yazıyor: "DGB Dortmund Kaza Birliği bize bu toplantıya katılmak isteyen 5 arkadaşın ismini verme imkânını tanıyor." Yorumu dahi gerektirmeyecek çok açık bir şey!

DGB'nin bu toplantısına gerçek bir seferberlik yapılmış olsaydı, bu sendika patronlarını da rahatsız edecekti. Çünkü DGB Başkanının şu sözleri sert bir şekilde protesto edilmiş olurdu: "Ben öyle sanıyorum ki, biz, hedefimiz olan genel ve denetleme temelinde silahları sınırlandırmaya nasıl varılacağının kesin yolu üzerine kararları ilk etapta siyasi partilere ve hükümete bırakmakla doğru olanı yapıyoruz."

Buna karşılık 15 bin insanın katıldığı DGB'nin Bremen'deki büyük mitinginde konuşan Ticaret, Banka ve Sigorta sendikası HBV Merkezi Yönetim Kurulu üyesi Christian Götz DGB'nin "NATO Ek Silahlanma Kararına" ve aynı şekilde "sosyal hakların kısıtlanmasında Bonn'daki tüm partilerin bir koalisyonuna" karşı cephe alması gerektiğini belirtti.

Öte yandan Mainz'daki DGB mitinginde konuşan Saarbrücken Belediye Reisi Lafontaine'nin şu sözlerini duymuş olan DGB sendika patronları şok geçirmiş olmalıdırlar: Sendikalar, 1. Dünya Savaşından önce henüz bazı sosyalist işçi önderleri tarafından savunulan şu görüşün, yani bir hükümetin savaşı başlatması durumunda söz konusu ülke işçi sınıfının genel greve gitmesi gerektiğinin bugünde güncel olup olmadığı üzerine düşünmelidirler.

Hamburg'ta DGB'nin Çarşamba akşamı düzenlediği bir yürüyüşe yuvarlak olarak 20 bin savaş karşıtı insan katıldı.



Hamburg'ta 1 Eylül Anti-Savaş Günü'nde düzenlenen yürüyüş.

Yürüyüşe katılan İG Metall ise "Çılgınca silahlanma durdurulmalı — Avrupa'ya yeni roketlerin yerleştirilmesine hayır" pankartlarını taşıdı. Bunun yanında Hamburg'taki en büyük silah işletmesi olan Blohm + Voss'tan İGM sendika temsilcileri "Silahlanma ve B + V'deki çıkışlar durdurulmalı" pankartıyla yürüdüler. Breit ve şürekasının tutumuna karşın eylemleri bütünüyle ele alacak olursak, ağır olsa bile barış mücadelesi ilerlemektedir.

(„Aktionen am Antikriegstag")

Haftanın Yorumu

Darbeyi gerçekleştirmeden önce bir muhtura veren Türk Ordusu bu emelini 12 Eylül 1980'de hayata geçirdi. Her faşist darbenin ardından olduğu gibi bunda da, aynı nakaratlar tekrarlandı, yani ülke bütünlüğünün korunması, sarsılan düzenin tekrardan sağlanması vs. vs. Cuntanın yönetimi el koymasından bu yana tam iki yıl geçti.

Bu iki yıllık dönem içinde başta Türkiye işçi sınıfı olmak üzere tüm emekçi halk sınıf ve tabakaları, Kürt ulusu ve diğer azınlık milliyetler üzerindeki azgınca sömürü, zulüm ve baskı kat kat artırıldı, yüzlerce devrimci, ilerici, komünist işkenceden geçirildi, katledildi, onun üzerinde yurtsever idam edildi. Kısacası, bu iki yıl içinde faşist cunta azgınca sömürünün ve barbarlığının en katı örneğini sundu.

İKİ YIL FAŞİST CUNTA

Daha yönetime el koymasının hemen ardından her türlü demokratik hak ve özgürlükleri rafa kaldıran, işçilerin ücretlerini donduran, grevleri sendikaları ve demokratik örgütleri yasaklayan faşist cunta bu süre zarfında fiyatları kat kat artırarak, işçi ve emekçilerin yaşamını daha da çekilmez hale getirdi.

Başta ABD emperyalizmi olmak üzere batılı emperyalistlerin dayattığı 24 Ocak kararlarını uygulayan faşist cuntanın iktidara el koymasından bu yana geçen iki yıllık süre içinde işsizlik dev boyutlara ulaştı, açlık ve sefalet daha da çekilmez hale geldi. Kısacası, yaşanan bu iki yıllık pratik faşist cuntanın emperyalizmin uşağı komprador burjuvazi ve toprak ağalarının saltanatını garantilemek için yönetime el koyduğunu ve bu iki yıl içinde her türlü engeli ortadan kaldırarak halkın sırtından onlara milyarları sağladığını göstermektedir.

Faşist cunta bugün iki yıl süresince estirdiği azgınca teröre ve dizginsiz sömürüsüne yasal bir zemin kazandırabilmek için bir anayasa taslağı hazırlattı. O bu anayasasını onaylatarak komprador burjuvazi ve toprak ağalarının saltanatını gelecektede de garantilemek istemekte.

Faşist cuntanın bu iki yıllık pratiği onun gerçek yüzünün ne olduğunu daha açık bir şekilde göstermesine rağmen, başta ABD olmak üzere batılı emperyalistler, özellikle de Batı Alman emperyalist hükümeti onu şirin göstermeye, demokrasinin tek garanisi olara lansetmeye çalışıyorlar. Nitekim daha darbenin gerçekleşmesinde bile batı Alman emperyalizmi önemli bir rol oynuyurdu. Çünkü Türkiye'de Batı Alman sermayesinin de çıkarı söz konusudur. İşte Batı Alman sermayesinin de bu çıkarının korunması gerekiyordu ve gerekmektedir! Bunun içindir ki Bonn Hükümeti cuntaya yardımlarını, siyasi desteğini sürdürüyor.

Faşist cuntaya karşı yurt dışında sürdürülen teşhir kampanyasının sonunda zor durumda kalan Batı Alman emperyalist hükümeti, desteğini açık olarak sürdüremez duruma gelince, bu kez de Türkiye'ye komisyonlar göndererek, sözüm ona cuntanın "demokrasiye geriye döndüğünü" ispatlamaya çalıştı. Bonn Hükümeti zor durumda kalırken, yardımını açık olarak sürdüremezken, Reagan, F. J. Strauss, Helmut Kohl Kenan Evren faşist cuntaya olan hayranlıklarını açıkca dile getirdiler.

Bonn Hükümeti tüm manevralarına ve şirin gösterme çabalarına karşın hâlâ Kenan Evren faşist cuntasını tamamen desteklemektedir. Bunun için faşist cuntaya karşı düzenlenen her yürüyüş aynı şekilde onun önemli destekçisi Bonn Hükümeti'nin politikasını da hedeflemelidir.

Partimiz KPD bugüne değin olduğu gibi bundan sonra da Türkiye işçi sınıfı ve emekçi halkının özgürlük ve sosyalizm mücadelesini destekleyecektir.

(„Zwei Jahre Militärjunta in der Türkei")

Kısa ... Kısa ... Kısa... Kısa...

Olympia'da çıkışlar

AEG'nin yan kuruluşlarından biri olan Leer'deki Olympia işletmesinde 1983 yılına kadar 900 işçiye çıkışın verileceği açıklandı.

1963 yılından beri AEG'ye ait olan Olympia işletmesinde daktilo ve elektrikli hesap makinaları üretimi yapılmaktadır. 1970 yılından 1978 yılına kadar Olympia fabrikasında patronlar her yıl yaklaşık olarak 1000 işçiyi işten attılar. AEG tekelinin içinde bulunduğu krizden etkilenen Olympia patronları da şimdi Roffhausen, Leer ve Kuzey tesislerini kapatmak ve yüzlerce işçiyi sokağa atmak istemekteler.

Örneğin Olympia'nın Wilhelmshafen'deki tesislerinde 1970 yılında 12000 işçi çalışırken, bu gün sadece 4650 işçi çalışmaktadır. Olympia patronları her işçiyi işten attıklarında Olympia'nın ancak bu yolla rekabetini sürdürmesinin mümkün olduğunu gösterdikleri gibi, bugün de aynı gerekçeye dayanılarak bu yıl içinde 900 işçinin işine son vermek istiyorlar. İşyerlerinin yok edilmesini önlemek için Leer'deki Olympia işçileri bir kaç kez işi bırakarak direnişe geçtiler.

(„Entlassungen bei Olympia")

Ev işgalcilerine karşı karar

Hamm Baş Asliye Mahkemesi ev işgalcilerine karşı bir karar alarak, daha önce Dortmund İdari Mahkemesi'nin ev işgalcilerinin lehine verdiği kararı bozmuş oldu. Bu karara göre yıkılmaya ayrılmış bir evi işgal etmek bile suç sayılmaktadır.

Dortmund İdari Mahkemesi daha önce, onarıma ayrılmış bölgede ev işgaline katılmış bir kadını meskene taaruz suçundan beraat etmişti. Çünkü işgal edilen ev yıkılmak isteniyordu.

İdari Mahkeme'nin aynı tutumunu diğer alt mahkemeler de takınmıştılar. Onlar yıkıma ayrılmış evin oturulacak bir ev olarak görülemeyeceğinden hareket ederek, işgal durumunda bunun meskene taarruz suçu sayılamayacağı kararına varmıştılar.

Ancak Hamm Baş Asliye Mahkemesi, alt mahkemelerin kararını dikkate almayarak, evin durumu ne olursa, olsun bunun korunması gereken bir "mal olduğunu" vurgulamaktadır.

(„Grundsatzurteil gegen Hausbesetzer")

Klimsch'de 650 işçi işten atılmak isteniyor

Sanayi kameraları üretiminin yapıldığı Frankfurt Klimsch işletmesi işyerini kapatarak 650 işçinin toptan çıkışını vermek istiyor. İşletme yönetimi işçilere hiç bir ödenti yapmadan tek tek çıkışlara gitmesi üzerine, işyeri işçi temsilciliği ve İGM İş Mahkemesi'nde dava açtılar. İşverenin davayı kaybetmesi sonucunda İş Mahkemesi sosyal plan hazırlanıncaya dek hiç bir çıkışın verilmeyeceğini kararlaştırdı. Yerel İş Mahkemesi'nin kararını tanımayan işveren temyize gideceğini belirtmektedir.

Şurası açık bir gerçektir ki, bugün sosyal planlar asla yeni işyerlerinin yaratılmasına hizmet etmemekte, aksine yok edilmesine yol açmaktadır. Bunun için işyerlerinin tavizsizce korunması özellikle de artan işsiz sayısı karşısında daha da kaçınılmaz bir hal almıştır.

(„Entlassungen bei Klimsch")

Sosyal hakların kısıtlanmasına karşı mücadeleci eylemler örgütlenmelidir!

Sermayenin işçi sınıfının ekonomik ve sosyal haklarına saldırısı sonucunda hoşnutsuzluğu daha da kabaran işçi ve memurlar, bölgesel ve yöresel DGB Yönetim Kurullarını Bonn Hükümeti'nin sosyal hakları kısıtlama politikasına karşı eylemler örgütlemeye zorladılar. Tabandan gelen bu yoğun baskıların sonucunda çeşitli şehirlerde DGB yürüyüşler örgütledi. Bu yürüyüşlerin güçlü, mücadeleci ve berrak bir yönelimi olan birer yürüyüş olması için tüm okuyucuları işyerinde, sendikada, toplumsal yaşamın her alanında kendi paylarına düşen görevi yerine getirmeye çağırıyoruz.

Bunalımın faturasını zenginler ödemelidir. Sosyal hakların kısıtlanmak istenmesine karşı bizim mücadele şiarımız bu olmalıdır! Bundan hareketle sosyal haklarımızın her türlü kısıtlanmasını reddediyoruz. Ancak bu şiar bir mücadele şiarıdır ve bunun için de yankısını pratikte bulmalıdır. Bu da sağcı DGB yöneticilerinin bunalımın yükünün eşit bir şekilde paylaşımı gafını reddetmek demektir. Çünkü bu politika sınıf uzlaşıcı, son tahlilde ise işçi düşmanı bir politikadır. Ve ayrıca bu politika, sorumlularının kapitalistler olduğu bunalım döneminde biz işçi ve emekçilerin de bu bunalımın yükünü taşımak zorunda olduğumuzu, yani sosyal hakların belli oranda kısıtlanmasının gerekli olduğunu dile getirmektedir. Bu politika ile bizim serbest bir şekilde kapitalistlerin bunalımının yükünü taşımamızın hazırlığı yapılıyor, dolayısıyla da sosyal hakların kısıtlanmasına karşı yerli ve yabancı işçilerin birleşik sendikal direnişi uzlaşıcı bir yöne kanalize ediliyor.

Sosyal ortaklık politikasının bir ürünü olarakta sağcı DGB sendika patronları, sendikal direnişi sadece boş çağrılarla, en fazlasından milletvekillerine seslenmekle boğmak istiyorlar. Onlar sosyal hakların kısıtlanmasına karşı sendikalar içinde yoğun bir şekilde tartışılıp ve önerildiği gibi merkezi bir yürüyüşün yapılmasını reddediyorlar. Yürüyüşlerin yapılması bir yana, sosyal hakların kısıtlanmasına karşı direnişin yaygın bir kitle grevine dünüştürülmesinden hele hele hiç söz edemeyiz. Ki bugün yaygın bir kitle grevi oldukça gerekli bir araçtır.

Fakat bugün tabanın sendika yönetimlerine baskı yaparak ilk planda ulaşması gereken hedef Federal Almanya ve Batı Berlin'de eyaletler çapında merkezi yürüyüşlerin yapılmasını sağlamaktır. Şu ana kadar şu bölgelerde sosyal hakların kısıtlanmasına karşı DGB yürüyüşlerinin yapılması kararlaştırıldı:

★9 Eylül'de Frankfurt'ta, düzenleyen: DGB Frankfurt Yerel Yönetimi ve Frankfurt İGM Kadınlar Konferansı;

★23 Ekim'de Nürnberg'te DGB Bavyera Birliği merkezi yürüyüşü

★23 Ekim'de Bochum'da DGB Kuzey Ren Vestfalye Birliği merkezi yürüyüşü

★30 Ekim'de Stuttgart'ta DGB Baden-Württemberg merkezi yürüyüşü

★6 Kasım'da Hannover'de, düzenleyen DGB Hannover Kaza Birliği.

Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Aşağı Saksonya, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein eyaletleri çapında ve Batı Berlin'de merkezi DGB yürüyüşlerinin yapılması için bildiğimiz kadarıyla bir karar alınmış değildir.

(„Den Kampf gegen Sozialabbau organisieren")